



SEBASTIAN FRIEDRICH UND BERND LINKE

REAKTIONÄR, RASSISTISCH, RECHTS

DIE ENTWICKLUNG DER ALTERNATIVE
FÜR DEUTSCHLAND (AFD)
IN SACHSEN-ANHALT UND STENDAL

SEBASTIAN FRIEDRICH UND BERND LINKE

REAKTIONÄR, RASSISTISCH, RECHTS

DIE ENTWICKLUNG DER ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND
(AFD) IN SACHSEN-ANHALT UND STENDAL

Erster Forschungsbericht aus dem Projekt Subjekt- und hegemonie-
theoretische Untersuchung des Rechtspopulismus & Entfaltung emanzipa-
torischer Gegenmacht (PSUREG) in Sachsen-Anhalt, Landkreis Stendal

SEBASTIAN FRIEDRICH lebt in Hamburg. Er promoviert an der Universität Duisburg-Essen zu Debatten über Arbeitslosigkeit, Arbeitsethos und Arbeitsunwilligkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1973. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Sozialstaatsdiskurse, rechte Formierung, AfD, kritische soziale Arbeit, Migration und Arbeit, Diskursanalyse sowie Klassenanalyse. Homepage: www.sebastian-friedrich.net.

BERND LINKE ist Sozialwissenschaftler, lebt in Berlin und Sachsen-Anhalt und arbeitet seit Jahren zur Entwicklung der radikalen Rechten und der AfD. Er schreibt unter Pseudonym.

PROJEKTGRUPPE: Mario Candeias, Barbara Fried, Sebastian Friedrich, Christina Kaindl, Annemarie Kern, Max Lill, Martin Ling, Bernd Linke, Miriam Pieschke, Katrin Reimer-Gordinskaya, Catharina Schmalstieg, Karsten Schwarze, Elisabeth Seyer

IMPRESSUM

STUDIEN 1/2018

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-2242 · Redaktionsschluss: Mai 2018

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

INHALT

Vorwort: Dem rechtspopulistischen Sog den Boden entziehen – transformative Forschung und Praxis von links organisieren (Projektgruppe PSUREG)	5
1 Reaktionäre Krisenverarbeitungen. Entstehung, Entwicklung und Strömungen der AfD (Sebastian Friedrich)	8
1.1 Ein gesellschaftliches Projekt formiert sich	8
1.2 Krise des Konservatismus	8
1.3 Krise des neoliberalen Kapitalismus	10
1.4 Krise der sozialen Sicherheit.	12
1.5 Krise der parlamentarischen Demokratie	14
1.6 Die Entwicklung der AfD	16
1.6.1 Von der Gründung der AfD bis zur Bundestagswahl 2013	16
1.6.2 Von der Bundestagswahl 2013 bis zu den Landtagswahlen im Sommer 2014	17
1.6.3 Nach den Landtagswahlen im Sommer 2014 bis zur Spaltung im Juli 2015	18
1.6.4 Comeback, weitere Rechtsentwicklung und neuerlicher Machtkampf	20
1.7 Fazit	24
2 Die AfD in Sachsen-Anhalt von ihrer Gründung bis zur Landtagswahl 2016 (Sebastian Friedrich)	28
2.1 Gründungsphase	28
2.2 Radikalisierung und Auftrieb bis zu der Landtagswahl im März 2016	29
3 Auftreten und Parlamentspraxis der AfD Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl 2016 (Bernd Linke)	31
3.1 Zusammensetzung, Konstituierung und holpriger Start der Fraktion: März bis September 2017	31
3.2 Bundesparteitag der AfD vom 30. April bis 1. Mai 2016	33
3.3 Sonderlandesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 21. Mai 2016	34
3.4 Der Landtag als Bühne für einen «Kulturkampf von rechts»: das erste Jahr der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt	34
3.4.1 Asyl, Migration, Integration und Islam.	36
3.4.2 Positionierungen zu Geschlechtergerechtigkeit und Familienpolitik	39
3.4.3 Bildungs-, Kinder- und Jugendpolitik	40
3.4.4 Sozial- und Wirtschaftspolitik	41
3.4.5 Provokationen, Eklats und das Feindbild «Linksfaschismus».	43
3.4 Kontroversen um Kontakte zur extremen Rechten	45
3.5 Innere Querelen und «Säuberungen» im Vorfeld der Bundestagswahl 2017	48
4 Entwicklung der AfD im Landkreis Stendal (Bernd Linke)	53
4.1 Organisationsentwicklung	53
4.1.1 Allgemeine Entwicklung der Parteistruktur	53
4.1.2 Einbindung in die Strukturen der Gesamtpartei.	53
4.2 Parteiarbeit und Themenagenda	54
4.2.1 Aktivitäten der Kreispartei	54
4.2.2 Entwicklung der inhaltlichen Ausrichtung.	55
4.3 Wahlergebnisse und parlamentarische Arbeit	55
4.3.1 Überblick zu Wahlteilnahmen und -ergebnissen	55
4.3.2 Bisherige parlamentarische Arbeit	57

VORWORT: DEM RECHTSPOPULISTISCHEN SOG DEN BODEN ENTZIEHEN – TRANSFORMATIVE FORSCHUNG UND PRAXIS VON LINKS ORGANISIEREN

In Sachsen-Anhalt hat eine Gruppe verschiedener Menschen von der Hochschule Magdeburg-Stendal, vom Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung, aus der Partei DIE LINKE und aus Initiativen vor Ort einen Prozess begonnen, in dem das vorläufig als Rechtspopulismus bezeichnete Phänomen sowohl erforscht wird als auch zugleich Praxisprojekte entwickelt werden sollen, die dazu beitragen können, ihm langfristig den Boden zu entziehen.

Nun wird sich, wer in Wissenschaft, Politik oder Bildung zum Thema Rechtspopulismus und -extremismus arbeitet, mit Recht fragen: Noch ein Forschungsansatz, noch ein Praxisprojekt? Wissen wir nicht (fast) alles und haben wir nicht zahlreiche eigenständige sowie spätestens seit 2001 auch staatlich geförderte Praxisansätze «gegen rechts», die wir eher verteidigen oder ausbauen sollten? Sicherlich, das meinen auch wir, die wir seit Anfang der 1990er Jahre diese Felder beackern. Aber gerade, weil wir die theoretische und praktische Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten gut kennen, meinen wir, dass eine andere Art des kollektiven Forschens und Handelns wichtig ist. Wir haben deshalb gemeinsam begonnen, eine solche zu entwickeln. Neu ist unsere Herangehensweise dabei nicht im Sinne von (vermeintlicher) Innovation, sie ist aber auch nicht altbekannt in dem Sinne, dass wir uns mit der einen oder anderen Position identifizieren und nun für sie (mit-)streiten. Vielmehr möchten wir Denk- und Handlungsansätze miteinander verbinden, die nach unserem Eindruck entweder isoliert voneinander bleiben oder teils sogar gegeneinander gerichtet werden. Wir stellen also keine weitere Strategie den bereits existierenden Strategien an die Seite, sondern versuchen selbst und laden dazu ein, unsere Kräfte innerhalb der gesellschaftlichen Linken zu bündeln.

DEBATTEN UM DEN AUFSTIEG DES RECHTSPOPULISMUS IN DEUTSCHLAND UND KONSEQUENZEN FÜR UNSEREN ANSATZ

Als in den 1990er und 2000er Jahren rechtspopulistische Parteien in Westeuropa Erfolge feierten, sorgte der Umstand, dass hierzulande lange Zeit kein solches Phänomen zu beobachten war, ebenso für Verwunderung wie das plötzliche Entstehen einer solchen Bewegung (Pegida und andere Gidas) und Partei (Alternative für Deutschland/AfD) in den 2010er Jahren. Angesichts dessen dürften sich in der gesellschaftlichen Linken alle einig sein, dass wir dem Rechtspopulismus bisher nicht wirksam genug begegnet sind. Das heißt: Weder haben wir das Phänomen hinreichend verstanden noch verfügen wir bereits über die praktischen Mittel, es wirksam einzudämmen oder ihm gar den Boden zu entziehen.

Nach dem ersten «AfD-Schock» haben wir uns allerdings zu schnell von unserer Verunsicherung verabschiedet und uns wieder altbekannten Erklärungsansätzen zugewandt. So reiht sich eine «Theorie» mehr oder weniger folgenlos an die nächste oder wird gegen eine der anderen diskutiert. Der Rechtspopulismus gilt dementsprechend als ein Aufstand der Globalisierung(-sverlierer), als ein Produkt des rechten Kulturkampfes gegen Vielfalt und Antidiskriminierung, als Reaktion traditioneller Männlichkeit auf feministische Errungenschaften, als Ausdruck eines spezifisch ostdeutschen Rassismus und der «Kolonisierung» des Ostens, als Konsequenz der medialen Aufmerksamkeitsökonomie, als Verdichtung längst vorhandener Einstellungspotenziale, als Reaktion auf die Politik der rechtskonservativen CDU (in Sachsen), der mittig-linken CDU (im Bund), des Neoliberalismus, des Dritten Wegs und so weiter und so fort. Auch die als sinnvoll erachteten Gegenstrategien in Politik und Bildung bewegen sich zwischen den Polen «Skandalisieren und Immunisieren» auf der einen und «Zuhören und Einbinden» auf der anderen Seite.

Angesichts der Vielzahl an Beschreibungen, Erklärungsansätzen und Handlungsstrategien ist es unseres Erachtens wichtig zu klären, über welche Dimensionen und Facetten des Phänomens in jedem einzelnen Fall gesprochen wird. So können wir den größtmöglichen Nutzen aus jedem Beitrag ziehen und zugleich unnütze Debatten vermeiden, die immer dann entstehen, wenn unterschiedliche Beschreibungen oder Erklärungen sich gar nicht auf denselben Gegenstandsbereich beziehen. Und auch insoweit wir selbst forschen, bemühen wir uns, bei der Untersuchung und Beschreibung zwischen Bewegung(en) bzw. Partei(en) einerseits und Anhänger_innen bzw. Wähler_innen andererseits zu unterscheiden.

Außerdem streben wir an, die «Angebotsseite» des Rechtspopulismus im Zusammenhang mit den Konjunkturen und der Krise des neoliberal regulierten High-Tech-Kapitalismus zu analysieren und die «Nachfrageseite» hinsichtlich der gesellschaftlichen Position und Lebenslage der Subjekte und entsprechender Begründungszusammenhänge. Insofern wollen auch wir Antworten auf die Fragen nach dem «Wie» und «Warum» des raschen Aufstiegs des hiesigen Rechtspopulismus finden. Allerdings ist die zweite Konsequenz, die wir aus diesem Vorwissen und aus der bisherigen Forschung ziehen: Das zu begreifende Phänomen ist so heterogen und dynamisch, dass es sich eindeutigen Erklärungen entzieht. Deshalb bemühen wir uns, Veränderungen sowohl deskriptiv als auch analytisch nachzugehen.

Hintergrund unseres Projekts war auch, dass repräsentative Umfragen wie die Leipziger «Mitte-Studie»

(Decker u. a. 2016), die die Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit anderen Stiftungen gefördert hat, wichtige Fragen unbeantwortet lässt. Auf Grundlage der dort abgefragten «Einstellungen» können wir nicht wissen, welche Bedeutung dieses oder jenes Item für die einzelnen Befragten hat. Wir erfahren nichts darüber, welche Relevanz diese Aussagen im Alltag haben und auch nicht darüber, wie sich abgebildete rechte Einstellungen im Alltagsverstand zum Teil mit progressiven Haltungen zu einem widersprüchlichen Ganzen verbinden können. Auch deshalb erhalten wir aus solchen Erhebungen kaum Hinweise, wie von links in rechte Diskurse eingegriffen werden kann, ohne rechte Parolen zu bedienen. Umfragen ergeben keine hinreichenden Handlungsperspektiven gegen rechts und erst recht nicht für eine solidarische Gesellschaft.

Daher wollen wir mit unseren Mitteln einen anderen Ansatz versuchen: einen Ansatz, der Erkenntnisse zur Krise des Neoliberalismus mit hegemonietheoretischen Überlegungen zu deren politischer Bearbeitung von «oben» und rechts verbindet; der diese Analyse von Bedingungen, unter denen Menschen kollektiv wie individuell Handlungsfähigkeit zu gewinnen suchen, mit subjektwissenschaftlicher Analyse und Forschung zur Bedeutung dieser Krisen und politischen Deutungsangebote für die Subjekte verbindet; und der schließlich, von der Perspektive und Lebensrealität konkreter Menschen in der Untersuchungsregion ausgehend, nach «generativen Themen» (Freire) und subjektiven Handlungsproblematiken fragt und deren Bearbeitung in ideologischen Formen als potenziell widersprüchlich begreift und in progressive Praxen zu überführen trachtet.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, haben wir einen Praxis- und Forschungsprozess im Landkreis Stendal im Norden Sachsen-Anhalts begonnen, der noch längst nicht abgeschlossen ist. Wir haben uns dennoch entschieden, bereits vorliegende Ergebnisse nach und nach zu veröffentlichen. Im Folgenden präsentieren wir nun erste Bestandsaufnahmen der Entwicklung der AfD im Bund, im Land Sachsen-Anhalt und in der konkreten Untersuchungsregion, dem Landkreis Stendal, und begreifen diese als Teil der Analyse des rechtspopulistischen «Angebots», dem in Sachsen-Anhalt bei den Landtagswahlen 24 Prozent und bei den Bundestagswahlen 2017 rund 20 Prozent der Wähler_innen ihre Stimme gegeben haben.

Folgen wird unter anderem eine Sozialraumanalyse, die lokale Gegebenheiten und den konkreten Niederschlag übergreifender gesellschaftlicher Veränderungen rekonstruiert. Beispielhaft hierfür stehen Prozesse der Deindustrialisierung im Nachgang der «Wende», Privatisierungen und der Rückzug des Staates aus der Verantwortung für die Daseinsvorsorge sowie soziale Dienste und Infrastrukturen, sozialräumliche Marginalisierungen, aber auch Kämpfe gegen damit verbundene Zumutungen und Bewältigungsstrategien von Menschen, die mit diesen und anderen Umbrüchen umgehen müssen. Auf diese Weise werden Aspekte

jener oben genannten Bedeutungen sichtbar, die die Durchsetzung, der Aufstieg und die Krise des neoliberalen Projekts für die Menschen vor Ort hatten und haben, und somit auch Aspekte des «Resonanzbodens», auf dem die AfD eine so hohe Zustimmung gewinnen konnte.

Folgen wird auch eine Darstellung der Sichtweisen und Praxen derer, die sich als «Gesellschaftsgestalter_innen» verstehen. Wir führen Interviews mit den diversen parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen links der Mitte, wobei uns interessiert, welche Praxen in der Vergangenheit fruchtbar waren, was nicht funktionierte und was vielleicht gar nicht erst versucht wurde. Denn der Erfolg der Rechten ist ja nicht nur, aber auch ein Versagen der Mosaik-Linken: Relevante Institutionen wie Gewerkschaften, Parteien, aber auch zahlreiche «zivilgesellschaftliche» Gruppen haben sich über lange Zeit sowohl aus der Bearbeitung genannter Probleme zurückgezogen als auch aus deren Deutung in solidarischer Perspektive. Auch dadurch entstand ein Vakuum, das rechten Deutungen der wachsenden Entsolidarisierung und deren Verbreitung und Akzeptanz Vorschub geleistet hat.

In einer subjektwissenschaftlich angelegten Forschung können Erkenntnisse zu Handlungsbegründungen – die notwendig sind, um Handlungslogiken beispielsweise von Menschen zu rekonstruieren, die die AfD wählen – nicht dadurch gewonnen werden, dass, wie angedeutet, Lebensbedingungen immer detaillierter gefasst werden – bis man am Ende bei den Einzelnen landet. Denn zu ähnlichen Bedingungen und Erfahrungen verhalten sich Menschen sehr unterschiedlich. Sie sind unterschiedlich stark von gesellschaftlichen Veränderungen betroffen und verarbeiten diese, selbst wenn sie mehr oder weniger identisch sind, jeweils anders.

Um verstehen zu können, in welchem Sinn und aus welchen Gründen Menschen beschließen, etwa durch ihr Wahlverhalten Teil des rechtspopulistischen Projekts zu werden, müssen die Einzelnen mit ihren Sichtweisen auf sich selbst und auf die Welt, in der sie leben, zu Wort kommen. So kann nachvollzogen werden, welche Aspekte der Denk- und Handlungsmöglichkeiten im Rechtspopulismus für sie überhaupt relevant waren, warum das der Fall war und welche Widersprüche sich daraus möglicherweise ergeben. Insoweit dem so ist, stellen wir die Frage nach Ansätzen für solidarisches Handeln, wo folglich auch linke Politik – jenseits von abstrakten, wenn auch richtigen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit – dringend ansetzen müsste.

Mit unserem Projekt eines transformativen Forschungsprozesses verfolgen wir den Anspruch, nicht nur Erkenntnisse über die genannten Fragen und Widersprüche zu gewinnen, sondern «die Beforschten» im Prozess zu Akteuren der Erkenntnisproduktion und von gesellschaftlicher Veränderung zu machen. Deshalb sind sogenannte Haustürgespräche ein wichtiges Element unseres Vorgehens (vgl. hierzu Steckner

2017). Sie dienen dazu, einerseits das Feld zu eruieren und Personen zu finden, die gegebenenfalls für widerspruchsbasierte Interviews zur Verfügung stehen könnten. Andererseits kommen wir in diesen Gesprächen mit zahlreichen Menschen in Kontakt, die sich an der Tür zwar durchaus rechter Deutungen bedienen, aber keine verfestigten rechten Weltbilder vertreten. Vielmehr sind sie, so die gemachten Erfahrungen, durchaus offen für emanzipatorische Perspektiven und haben meist ein recht klares Bewusstsein davon, dass die von der AfD angebotenen Lösungen für ihre Probleme letztlich nicht tragfähig sind. So treffen wir Menschen, die jahrelang DIE LINKE wählten, dann wütende AfD-Anhänger_innen wurden und nun hadern und überlegen, wie sie sich anders orientieren könnten, aber kaum Ansatzpunkte für alternatives Handeln sehen. Sie sind teils sehr dankbar, über solche Alternativen überhaupt einmal ins Gespräch zu kommen. Gleichzeitig treffen wir Menschen, denen der «Rechtsruck» enorme Angst macht und die sich – weil sich nicht ins vermeintlich homogene Bild des nationalen Kollektivs passen – immer weiter zurückziehen. Auch sie haben Schwierigkeiten, sich mit anderen, denen es ähnlich geht, zusammenzufinden. Dafür fehlen häufig die geeigneten Orte.

Hier setzt das organisierende Moment unseres Prozesses an. Die Tatsache, dass nicht nur die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Hochschule Magdeburg-Stendal daran beteiligt sind, sondern auch Menschen, die in Initiativen vor Ort aktiv sind, öffnet wertvolle Chancen. Ziel ist es, aus einem Forschungsprojekt zunächst ein «Mitforschungs-Projekt» und letztlich ein «Selbstorganisations-Projekt» zu machen, in dem gemeinsam an der Verbesserung der Lebenswirklichkeit vor Ort gearbeitet wird, ohne das große Ganze aus den Augen zu verlieren.

Teils profitieren wir von bereits vorhandenem Wissen und Erfahrung. So lernen wir von Ansätzen des transformativen Organizing, wie sie überwiegend in den USA erfolgreich praktiziert werden (vgl. hierzu Williams 2015). Aber auch hierzulande entstehen seit einigen Jahren – unter anderem von der Partei DIE LINKE angestoßen – Modellprojekte zur Organisation in benachteiligten Wohngebieten. Einige werden ebenfalls von der Rosa-Luxemburg-Stiftung begleitet, andere – wie ein Organisationsprojekt in Berlin-Lichtenberg – wird von der Stiftung maßgeblich mitgetragen. Auch

die bundesweiten Haustürbefragungen der LINKEN bieten zahlreiche Inspirationen und haben die Bedeutung rassistischer Elemente des Alltagsverständnisses deutlich gemacht.

Der nun vorliegende erste Forschungsbericht rekonstruiert also zunächst die «Angebotsseite», die Interessen und Strategien der rechtspopulistischen Formation im Bund, in Sachsen-Anhalt und im Landkreis Stendal als Aspekte der Lebensbedingungen in der Untersuchungsregion. Wenngleich das Phänomen Rechtspopulismus auch vor dem Entstehen der AfD in Deutschland virulent war, ist diese Partei doch zu (s)einem wesentlichen organisatorischen und öffentlichkeitswirksamen Knoten eines Netzwerkes der extremen Rechten geworden. Deshalb scheint es gerechtfertigt, die «Angebotsseite» zunächst mittels Beschreibung der heterogenen politisch-ideologischen Strömungen, die sich in der AfD in wechselnden Dominanzverhältnissen formieren, ihrer (sich wandelnden) Programmatik, ihrer Strategien im Parlament, ihres wahlkampfaktischen und alltagspolitischen Agierens sowie in ihrer bundesweiten und landesspezifischen Entwicklung zu rekonstruieren. Letztlich geht es um die Fragen, welche (ggf. widersprüchlichen) Interessen diese Partei vertritt und wie bzw. inwieweit diese Interessen in der Kommunikation mit ihren Anhänger_innen und potenziellen Wähler_innen kommuniziert wurden und werden. Hier also ein Anfang, alles Weitere wird folgen.

Die Projektgruppe, April 2018

LITERATUR

- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016):** Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen.
- Steckner, Anne (2017):** «Die Asys müssen weg!» Warum die Linke mit den Leuten reden sollte, statt über sie, in: LuXemburg 1/2017, S. 74–81, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/kommunikationsstrategien-gegen-rechts/.
- Williams, Steve (2015):** Den Wandel organisieren. Eine Best-Practice-Studie zum Modell des «Transformative Organizing», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, unter: www.rosalux.de/publikation/id/1117/den-wandel-organisieren/.

1 REAKTIONÄRE KRISENVERARBEITUNGEN. ENTSTEHUNG, ENTWICKLUNG UND STRÖMUNGEN DER AfD

Eine Analyse der Entstehung, der Entwicklung und der Strömungen der AfD zeigt, dass die AfD seit ihrer Gründung vor allem eines ist: eine rechte Sammlungs- partei, die verschiedene rechte Akteure bindet. Zwar dominierte in der Anfangszeit die Auseinandersetzung um die Euro-Rettungspolitik der damaligen Bundes- regierung, doch an der Gründung waren im Wesentli- chen zwei Strömungen beteiligt: eine nationalneolibe- rale und eine nationalkonservative. Im Verlauf kam eine dritte Strömung hinzu: die völkische. Die AfD ist nur zu verstehen, wenn wir uns zunächst die gesellschaft- lichen Entwicklungen vergegenwärtigen, die den Auf- stieg der Rechten begünstigten.

1.1 EIN GESELLSCHAFTLICHES PROJEKT FORMIERT SICH

Die AfD steht nicht allein, auch wenn sich die Ausein- andersetzung um die Rechtsentwicklung in Deutsch- land häufig auf ihren rasanten Aufstieg konzentriert. In den vergangenen Jahren hat sich ein rechtes gesell- schaftliches Projekt etabliert, das weit über die AfD hi- rausgeht.

Gesellschaftliche Projekte umfassen in verschie- denen Zusammenhängen organisierte Gruppen, «die sich teils bewusst aufeinander beziehen, sich aber auch voneinander abgrenzen und sich selbst nicht als Teil eines «gemeinsamen Projekts» begreifen würden» (Buckel u. a. 2014: 46). Die unterschiedlichen Akteure haben ähnliche Strategien und Zielvorstellungen, um die von ihnen identifizierten Probleme zu lösen. Und sie eint das Ziel, diese Gesellschaft grundlegend verändern zu wollen. Gesellschaftliche Projekte entstehen weder von heute auf morgen noch nach einem vorgefertigten Plan, sondern formieren sich allmählich – zum Beispiel über konkrete politische Initiativen, die sich als Lösung für bestimmte soziale, ökonomische oder politische Krisen präsentieren (Bieling/Steinhilber 2000: 106).

Die AfD spielt bei der Formierung der Rechten eine entscheidende Rolle, denn sie bietet die Plattform, auf der sich die unterschiedlichen Fraktionen und Akteure sammeln und – öffentlich stark beachtet – ihre Positi- onen diskutieren. Die AfD ist damit sowohl Ausdruck der rechten Formierung als auch ihr Motor. Zu den Ak- teuren des gesellschaftlichen Projekts zählen Medien, Intellektuelle, soziale Bewegungen, die Neue Rechte, fundamentalistische Christen, Burschenschafter, anti- feministische Organisationen, Rechtslibertäre, Adlige, europäische Netzwerke und einzelne Kapitalfraktio- nen. Es gibt zwischen den wesentlichen drei Strömungen der Partei – der nationalkonservativen, der neo- liberalen und der völkischen – Überschneidungen, manchmal kommt es zwischen ihnen zu Bündnissen oder einzelne Akteure versuchen, sie zu verbinden.

Wichtig, um die unterschiedlichen Strömungen en- ger zusammenzubringen, sind Konsensthemen. Im

Fall der AfD waren die beiden Themenfelder zentral, die schon beim Aufbau der AfD den Konsens sicher- ten: die Euro-Rettungspolitik und später die Flücht- lingspolitik. Mit beidem wird Angela Merkel assoziiert, doch beide Themen sind bei der AfD nicht frei von Wi- dersprüchen. Bei der Europapolitik reicht das Spek- trum in der AfD von der Forderung «Raus aus EU und Euro» bis zu Vorschlägen, wie die Gemeinschaftswä- hrung und die Europäische Union zu reformieren sind. Zwar gibt es auch beim Thema Flucht und Migration unterschiedliche Vorstellungen (etwa was die Frage betrifft, wie viel Einwanderung aus ökonomischen Ge- sichtspunkten vertretbar ist), doch fanden die Akteure, die für strengere Asylkriterien und die Wiedereinfüh- rung von Grenzkontrollen eintreten, einen gemeinsa- men Nenner. Die Klammer um beide Konsensthemen ist die Ablehnung Merkels und deren Credo von der Alternativlosigkeit ihrer Politik. An weiteren verbind- enden Themen mangelt es nicht. Die verschiedenen rechten Strömungen haben Überschneidungen beim konservativen Familienbild und betonen alle die Be- deutung der «deutschen Leitkultur», die sie gegen ei- ne angebliche «Überfremdung» oder «Islamisierung» ins Feld führen.

Neue gesellschaftliche Projekte formieren sich vor allem dann, wenn sich die alten in der Krise befinden. Das lässt sich in Bezug auf die AfD feststellen für den liberalkonservativen Machtblock, der in den vergan- genen Jahren und Jahrzehnten zunehmend Risse be- kommen hat. Es sind vor allem vier gesellschaftliche Entwicklungen, die den Aufstieg der AfD begünstig- ten: die Krise des Konservatismus, die des Neolibera- lismus, die der sozialen Sicherheit und die der Demo- kratie.

1.2 KRISE DES KONSERVATISMUS

Das Ziel des Konservatismus, die bestehende Ordnung zu bewahren und vor als bedenklich wahrgenom- menen Veränderungen zu schützen, setzt Konservative aufgrund gesellschaftlicher Dynamiken permanent unter Druck. Es sind vor allem gesellschaftspolitische Themen, die Konservative in Deutschland in den ver- gangenen Jahren und Jahrzehnten erheblich in die Bredouille gebracht haben: Eingewanderte wollten mehr als leidlich geduldete «Gäste» sein, Frauen mehr als nur Ehefrauen, Schwule und Lesben mehr als nur Abweichung. Selbst die konservativen Unionspartei- en erkennen mittlerweile an, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Die Mehrheit der Gesellschaft spricht sich für die Gleichberechtigung der Geschlech- ter aus und erkennt gleichgeschlechtliche Liebe mehr oder weniger als Normalität an (Antidiskriminierungs- stelle des Bundes 2017).

Diese gesellschaftlichen Entwicklungen wurden in den vergangenen Jahren aber immer wieder heftig dis-

kutiert. Im August 2010 veröffentlichte Thilo Sarrazin sein Buch «Deutschland schafft sich ab», das sich weit über eine Million Mal verkaufte. Das Buch ist nicht nur ein Pamphlet zur Rehabilitierung der in Deutschland ins Abseits geratenen Intelligenzforschung, sondern zugleich ein erzkonservatives Plädoyer für die Stärkung der «deutschen Leitkultur». So warnt Sarrazin von der angeblich drohenden Vormachtstellung des Islam, vor einer vermeintlich um sich greifenden politischen Korrektheit und vor «Deutschenfeindlichkeit», unter der die Einheimischen zu leiden hätten, und betont die Vorzüge eines elitären Bildungssystems. Sarrazin verbindet in seinem Buch diverse Diskussionsstränge und Fragen, die konservative Kreise schon seit geraumer Zeit beschäftigen.

Mit der Veröffentlichung des Buches kamen die Themen Integration von Eingewanderten und die Rolle des Islam dann auch in der politischen und medialen Debatte an. Trotz eines von linker und liberaler Seite beklagten gesellschaftspolitischen Rollbacks im Zuge der Kontroversen bedeuteten deren Verlauf und ihr letztl. Ergebnis aus konservativer Perspektive eine Niederlage. Der damalige Bundespräsident Christian Wulff (CDU) etwa bezog in der Diskussion um die Stellung des Islam in Deutschland eindeutige Position, als er in seiner Rede zum Tag der deutschen Einheit 2010 davon sprach, dass auch der Islam zu Deutschland gehöre (Wulff 2010). Damit erzürnte er den rechten Flügel der Union: Vehement wurde auf die deutsche «Leitkultur» gepocht, der sich die «islamische Kultur» unterzuordnen habe. Tatsächlich aber sind solche Stimmen wie die von Wulff immer leiser geworden, vor allem innerhalb der CDU. Vielmehr entstehen neue Ausschlussmechanismen, wenn etwa Einwanderung nicht mehr per se abgelehnt wird, ökonomische Nützlichkeitsabwägungen aber umso mehr Gewicht bekommen.

Genuin reaktionäre Positionen, die eine deutsche, auf Blut beruhende Identität beschwören, haben über Parteigrenzen hinweg jedoch einen Bedeutungsverlust erlitten. Das zeigt letztlich auch die «Sarrazin-Debatte»: Auch wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel davon sprach, dass «Multi-Kulti» gescheitert sei, hat sich an der Einwanderungspolitik nichts geändert: Ökonomisch nützliche Migration ist auch innerhalb der Union grundsätzlich erwünscht (Friedrich 2011), und damit orientiert sie sich an den Forderungen, die von den führenden Wirtschaftsverbänden schon lange erhoben werden. Vor allem Industrieunternehmen wünschen sich migrantische Arbeitskräfte, die sie für einen geringeren Lohn ausbeuten können. Außerdem erhalten sie für deren Anstellung nicht selten staatliche Zuschüsse, wenn etwa Ausbildungsplätze subventioniert werden (Friedrich/Pierdicca 2016).

In einem anderen zentralen Themenfeld ist ebenfalls eine Krise des alten Konservatismus auszumachen: in der Frauen- und Familienpolitik. Auch hier war es ein Buch, das den Riss innerhalb der Konservativen vertiefte. Bereits im September 2006 hatte die damalige

Fernsehmoderatorin Eva Herman «Das Eva-Prinzip» veröffentlicht. Darin plädiert sie für eine klassische Rollenverteilung: Männer seien ihrer biologischen Veranlagung nach nicht für die Kindererziehung vorgesehen (Herman 2006: 85), im Gegensatz zu Frauen, die sich auf ihre «natürlichen» Fähigkeiten besinnen sollten. Frauen seien im Kern für emotionale Werte zuständig, sie stünden für «weibliche Klugheit, mit der die Familie wieder ins Zentrum des Bewusstseins rückt» (ebd.: 59). Das werde allerdings durch den Feminismus – «der herrschenden Ideologie» – verhindert. Die Gesellschaft «hat sich die feministischen Glaubenssätze einverleibt und benutzt sie nun als Alibi, um Frauen aus der Familie zu reißen und sie auf den Arbeitsmarkt zu treiben» (ebd.: 24). Ähnlich wie Sarrazin sieht Eva Herman nichts weniger als den Fortbestand der Gesellschaft gefährdet, wenn sie einleitend fragt: «Werden wir aussterben, wird unser Land in wenigen hundert Jahren brachliegen?» (ebd.: 12).

Es gibt bei ihrem Buch und der damit verbundenen Kontroverse eine Gemeinsamkeit mit der «Sarrazin-Debatte» vier Jahre später. Herman mobilisierte genauso wie Sarrazin den konservativen Teil der Bevölkerung und konnte bei Teilen der Unionsparteien das eine oder andere zustimmende Statement ernten. Aber die Realität in Form von Gesetzen und Reformen sprach jenseits der Symbolpolitik eine andere Sprache. Die Diskussion um Hermans Buch fiel nämlich zusammen mit einer deutlichen Wende in der Familienpolitik der CDU. Die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen sorgte während ihrer Amtszeit zwischen 2005 und 2009 durch mehrere Vorstöße für Unmut in den eigenen Reihen, da sie ein vergleichsweise modernisiertes Familienleitbild vertrat. So setzte sie etwa das gesetzliche Recht auf Krippenplätze durch.

Dass die Union ihre Frauen-, Familien- und Einwanderungspolitik modernisierte, ist zunächst wahlstrategisch begründet: Die Merkel-CDU schielt mehr auf die gesellschaftliche Mitte als auf den rechten Rand. Auch wenn die Union auf Bundesebene seit knapp 15 Jahren die stärkste Partei in allen Umfragen ist, hat sie ein Problem: Sie ist in den Städten schwach. Gerade das urbane Bürgertum hat sie an andere Parteien, zuvorderst die Grünen, verloren. Unterstützung erhält Merkel für ihre Ausrichtung vom CDU-nahen Wahlforscher Matthias Jung (Birnbach 2016). In einer Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung begründet er die Orientierung auf die Mitte: Die Union müsse sich mehr noch als die anderen Parteien modernisieren, «da ihre Wählerschaft aufgrund des überdurchschnittlichen Lebensalters schneller «wegstirbt» (circa eine Million Wähler_innen pro Legislaturperiode) als die der anderen Parteien. Deshalb muss die Union zu jedem Zeitpunkt viel mehr Wähler in mittleren Altersgruppen dazugewinnen, die naturgemäß stärker durch modernere Orientierungen beeinflusst sind, wenn sie ihren Status quo an der Wählerfront erhalten will» (Jung 2015a). In einem Papier für die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung betont Jung (2015b): «Wenn die Union in der modernen poli-

tischen Mitte überzeugen will, dann darf sie insbesondere nicht als die Partei der Ewiggestrigen verdächtigt werden, die versucht, mit den Antworten von gestern die Probleme der Zukunft lösen zu wollen.»

Die Diskussion um eine neue rechte Partei spitzte sich nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch «Schwarz-Gelb» auf Bundesebene im Jahr 2009 zu. Zusammen mit der wachsenden Unzufriedenheit an der Basis der Union über die als zaghafte empfundenen Reformversuche loderten bereits im gesamten Zeitraum des Parteivorsitzes Merkels immer wieder Diskussionen um einen «Linkstrend» der CDU auf. Konservative organisierten sich im Berliner Kreis, dem anfänglich auch die AfD-Mitbegründer Alexander Gauland und Konrad Adam angehörten. Die CDU-Rechte vermochte es allerdings unter Merkel nicht, ihre Positionen zu stärken – im Gegenteil: Seit Beginn ihrer Kanzlerschaft hat sich eine ganze Reihe von Konservativen aus Spitzenämtern zurückgezogen.

Während sich die Union also von ihrer Aufgabe als Hüterin deutschen Brauchtums und der klassischen Rollenverteilung der Geschlechter weitgehend verabschiedet und sich gesellschaftspolitisch erneuert hat, formierten sich Rechtsaußen zunehmend Diskurse um Einwanderung, die Integration von Migrant_innen, die Rolle der Frau und sexuelle Vielfalt, die die im Zuge der Modernisierung der Union entstandene Lücke zu füllen suchten. Offenbar gibt es eine beträchtliche Anzahl von Menschen, die über ein geschlossenes rechtes Welt- und Familienbild verfügen. Laut Sinus-Studien haben in Deutschland 23 Prozent der Bevölkerung eine konservative Grundorientierung (13 Prozent gelten als «Traditionelle», 10 Prozent als «Konservativ-Etablierte»; Sinus Sociovision o. J.). Viele Angehörige dieser «Milieus» dürften sich im traditionellen Parteienspektrum nicht mehr adäquat repräsentiert sehen.

1.3 KRISE DES NEOLIBERALEN KAPITALISMUS

Die Krise von Konservatismus und politischer Repräsentation fallen zusammen mit einer Krise des neoliberalen Kapitalismus. Die neoliberale Spielart des Kapitalismus wurde Ende der 1970er Jahre nach der ersten Weltwirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg zur vorherrschenden Wirtschafts- und Vergesellschaftungsform (Harvey 2007). Die Neoliberalen der «ersten Generation» (etwa die Chicago Boys um Milton Friedman) wandten sich gesellschaftspolitisch gegen linke Projekte (Beispiel Chile unter Allende) und wirtschaftspolitisch gegen staatliche Interventionen, insbesondere gegen einen nachfrageorientierten Keynesianismus. Mit Ronald Reagan und Margaret Thatcher setzten sich dann weltweit die Vorstellungen von Deregulierung, entfesseltem Markt, Flexibilisierung und Globalisierung durch. Mittlerweile wird unter dem Begriff Neoliberalismus weit mehr gefasst als eine Strömung, die sich im Kern für den freien Markt einsetzt. «Der Neoliberalismus ist längst zur Grundlage von Lebensstilen geworden, anerkannt und angesagt. Als solche

ist er sehr viel hartnäckiger denn als einfache gesellschafts- oder wirtschaftspolitische Ideologie» (Schreiner 2015: 8).

Spätestens mit der Wirtschaftskrise ab 2007 war der Neoliberalismus dann mit seinen eigenen Widersprüchen konfrontiert. Grundsätzlich gibt es in einer Strukturkrise zwei Möglichkeiten: Entweder modernisiert sich das Bestehende oder es findet ein Paradigmenwechsel statt. Auch wenn es kurze Zeit nach einem Umschwung aussah, haben sich letztlich modifizierte neoliberale Grundsätze durchgesetzt. Nicht nur im bürgerlichen Feuilleton, in dem traditionell nach links und rechts ausgeschert werden darf, wurden bestimmte Prämissen kurzfristig infrage gestellt, die in den Jahren zuvor gar nicht zur Diskussion gestanden hatten (Friedrich 2012). Selbst die deutsche Bundesregierung orientierte sich zumindest ansatzweise an nachfrageorientierten Politikkonzepten: Sie akzeptierte zunächst Haushaltsdefizite, um die Konjunktur anzukurbeln, und glich damit die in der Krise sinkende Nachfrage aus (z. B. mit der Verschrottungsprämie). Die im Jahr 2009 beschlossene sogenannte Schuldenbremse zeigte allerdings, dass eine Erhöhung der Staatsausgaben nicht dauerhaft vorgesehen war.

Auch wenn die herrschende Finanz- und Wirtschaftspolitik sich schnell wieder entlang angebotsorientierter Grundsätze ausrichtete, wie die Fiskal- und Austeritätspolitik der EU verdeutlicht, wurden im Zuge der Euro-Krisen-Bekämpfung Differenzen offensichtlich, nicht zuletzt zwischen der neoliberalen Politik der EU und den stärker an nationalstaatlicher Souveränität orientierten Nationalneoliberalen in Deutschland. «Die Auseinandersetzungen über das Krisenmanagement haben die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen, namentlich in der EU, enorm vertieft. In den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen entzündet sich der Dissens vor allem an der Vergemeinschaftung der Haftung für die Staatsschulden von Mitgliedsstaaten der Eurozone» (Prokla-Redaktion 2016: 524).

Grundsätzlich stehen Unternehmen im Kapitalismus in Konkurrenz zueinander, jahrzehntelang hatten große Teile des Kapitals jedoch eine Art politische Einheit gebildet und ihre Interessen gemeinsam artikuliert. Mittlerweile haben sich die Kapitalfraktionen zunehmend ausdifferenziert und es treten divergierende Interessen zutage (Sablowski 2008). Insbesondere die Widersprüche zwischen Konzernen, die auf europäischen und globalen Märkten agieren, und Unternehmen, die weiterhin eher an regionalen und lokalen Absatzmärkten orientiert sind, werden hier für die Analyse der AfD relevant.

Das global ausgerichtete Kapital kann in der Regel flexibler auf günstigere Standortbedingungen in anderen Ländern, Regionen und Kontinenten reagieren. Aus diesen unterschiedlichen Voraussetzungen ergeben sich widerstreitende Interessenslagen. So profitiert ein exportorientierter Konzern vom europäischen Binnenmarkt ebenso wie vom – im Vergleich zur D-Mark – eher billigen Euro, weil der seine Wett-

bewerbsfähigkeit stärkt. Hingegen macht es für ein Unternehmen, das für den Inlandsmarkt produziert, keinen eklatanten Unterschied, ob die Waren in Euro oder D-Mark bezahlt werden. Aktuelle und erhellen-de Arbeiten zu den Widersprüchen zwischen den und auch innerhalb der unterschiedlichen Kapitalfraktionen sind rar. Eine der wenigen Studien hierzu haben im Jahr 2013 Frederic Heine und Thomas Sablowski vorgelegt. Sie untersuchten die «Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche» und konnten erste Risse in diesem Machtblock ausfindig machen. Grundlage ihrer Analyse sind Positionspapire und Pressemitteilungen von Wirtschaftsverbänden zur Krisenpolitik, die zwischen Oktober 2009 und Juli 2013 veröffentlicht wurden. Vor allem ein Verband stach bei der Analyse heraus: Die Familienunternehmer, früher Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU). Die Familienunternehmer waren der einzige deutsche Verband, der sich während der Euro-Krise grundsätzlich gegen die Euro-Rettungspolitik stellte. Er unterstützte zudem die Klage gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vor dem Bundesverfassungsgericht und forderte den Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone (Heine/Sablowski 2013: 28). Überdies verlangten Die Familienunternehmer «eine weitere Verschärfung der fiskalpolitischen Maßnahmen», wendeten sich gegen «jede Form von wirtschaftspolitischer Europäisierung» und bedienten sich «einer zum Teil rechtspopulistischen Rhetorik» (ebd.: 31).

Doch weshalb diese Ablehnung der Euro-Rettungspolitik? Heine und Sablowski gehen davon aus, dass sich ein aktiver Teil dieser Unternehmen durch eine zunehmende europäische Integration verstärkter Konkurrenz ausgesetzt und durch diese gefährdet sieht. «Daher versuchen sie, diese durch verschiedene politische (und rechtliche) Interventionen aufzuhalten» (ebd.). Die Fraktion der international agierenden Unternehmen hingegen orientiert sich am europäischen und außereuropäischen Markt. Sie erhofft sich von der europäischen Währungsunion und einer stabilen EU bessere Chancen für eine globale Expansion. Entsprechend setzen diese Unternehmen auf einen harten Austeritätskurs und die – in ihrem Sinne – Verbesserung der Standortbedingungen, was zum Beispiel bedeutet, durch «Flexibilisierungen» die Arbeitsrechte einzuschränken und die Löhne zu senken (ebd.: 32).

Eine klar national ausgerichtete neoliberale Strömung hat sich in Deutschland bis heute nicht in einer bestimmten Partei organisiert. Stattdessen wurde versucht, auf die bestehenden Parteien (vor allem CDU/CSU und FDP) Einfluss zu nehmen. In den vergangenen Jahren ist es vor allem die Kritik am Euro und an der EU-Rettungspolitik gewesen, die Nationalneoliberale gegen die Regierung mobilisiert hat. Diese mussten wiederum einsehen, dass mit der Einführung des Euro eine neue Qualität der europäischen Integration erreicht wurde, die nicht ohne Weiteres wieder rückgängig zu machen ist. Die Kritik der explizit national

ausgerichteten Neoliberalen an der vorherrschenden Ausprägung neoliberaler Politik – deren Vertreter wissen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Hegemonie nur als europäische möglich ist – war bereits vor der Gründung der AfD mit Namen wie Joachim Starbatty und Hans-Olaf Henkel, vor allem aber mit Bernd Lucke verbunden. Lucke hatte sich bereits vor der Parteigründung darum bemüht, nationalneoliberale Volkswirte zu vernetzen.

Kurz vor der Bundestagswahl 2005 initiierte Lucke dann gemeinsam mit zwei Kollegen, den Professoren für Volkswirtschaftslehre Thomas Straubhaar und Michael Funke, den «Hamburger Appell». Dieser wurde von mehr als 200 Personen aus der Wissenschaft unterzeichnet und richtete sich gegen Wirtschaftsprogramme, die mittels der Ausweitung öffentlicher Ausgaben die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ankurbeln wollten. Stattdessen plädierten sie für die Senkung der Arbeitskosten sowie einen strikten Sparkurs (Funke u. a. 2005). Viele derjenigen, die den Appell unterschrieben, waren auch Teil des «Plenums der Ökonomen», das im September 2010 federführend von Lucke ins Leben gerufen wurde. Aus diesem Kreis entstand im Februar 2011 eine Stellungnahme gegen den Plan der europäischen Finanzminister, einen dauerhaften Rettungsmechanismus einzurichten und den Euro-Rettungsschirm auszudehnen. Eine Vergemeinschaftung der Schulden, zu diesem Zeitpunkt vor allem in Bezug auf Griechenland im Gespräch, wurde strikt abgelehnt. Es folgten mehrere Aufsätze Luckes in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die diese Position unterstrichen. Offensichtlich verfolgte er die Strategie, die damals regierende schwarz-gelbe Bundesregierung auf diskursiver Ebene zu überzeugen.

Im Herbst 2011 unterstützten zahlreiche Volkswirte – darunter auch Lucke – in einem offenen Brief einen von Frank Schäffler initiierten Mitgliederentscheid der FDP, in dem über den weiteren Euro-Rettungskurs abgestimmt wurde. Die Entscheidung ging aus Sicht dieser Ökonomen, die sich gegen eine «Haftungsunion» aussprachen, knapp verloren. Danach wurde der Ton gegenüber Schwarz-Gelb schärfer. Vor allem in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und in *Die Welt* folgten weitere Aufsätze, und ein wiederum von Lucke ins Leben gerufenes «Protestbündnis» gründete sich im Februar 2012. Mit dabei waren Henkel und Schäffler.

All diese Vorstöße durch Nationalneoliberale adressierten aber bis zum Sommer 2012 immer noch die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP. Sowohl die Medieninterventionen in Form von Interviews, Aufsätzen und mehreren offenen Briefen als auch der Mitgliederentscheid in der FDP hatten zum Ziel, die bestehenden und regierenden Parteien von ihrem Kurs in der Euro-Politik abzubringen.

Die Chancen dafür standen zu diesem Zeitpunkt alles andere als schlecht. Selbst die später durch die AfD vertretene Forderung einer flexiblen Währungsunion und der damit zusammenhängende antizipierte Rauswurf Griechenlands aus dem Euro-Raum wurden in

der schwarz-gelben Koalition durchaus diskutiert. So sprach selbst die Kanzlerin im März 2010 im Bundestag von einer möglichen Revision europäischer Verträge, um ein Land aus dem Euro-Raum werfen zu können. Im Sommer 2012 wurde der FDP-Vorsitzende und amtierende Vizekanzler Philipp Rösler noch deutlicher und legte – fleißig unterstützt durch die *BILD*-Zeitung – Griechenland nahe, sich aus der Euro-Zone zu verabschieden. Griechenland stand tatsächlich kurz vor dem Staatsbankrott, da die Zinsen auf seine Staatsanleihen drastisch in die Höhe geschossen waren. Im Nachhinein sind Röslers Vorstöße im Juli und August 2012 aber als taktische Manöver zu werten, denn auch der FDP-Chef wird zu diesem Zeitpunkt schon gewusst haben, dass die Europäische Zentralbank (EZB) den Ausschluss Griechenlands aus dem Euro nicht zulassen würde.

Hinter der Auseinandersetzung um die Rettungspolitik der Bundesregierung steht laut dem Politikwissenschaftler Dieter Plehwe auch ein rechtsliberales Europakonzept. Rechtsliberale verbinden Wirtschaftsliberalismus mit Kulturkonservatismus und verknüpfen ihre «Freiheitsideologie eng mit dem Konzept nationalstaatlicher Souveränität» (Plehwe 2016: 56). Vor allem wegen der Verabschiedung der Maastrichter Verträge Anfang der 1990er Jahre sei ein Riss durch das wirtschaftsliberale Lager gegangen: Während für Rechtsliberale «Maastricht eine Gefahr für die nationale Stabilitätspolitik darstellte, weil der eingeschlagene Pfad der europäischen Integration die Sanktionsgewalt des Staates unterminiere, sahen die Chefvolkswirte der Großbanken in Unterstützung der Maastricht-Koalition die Gefahr eher in einem für wirtschaftspolitische Rückfälle anfälligen nationalistischen Denken» (ebd.: 57).

Neoliberal sind beide Varianten, es geht nur um die Frage, «auf welcher Ebene und in welcher Form die für den möglichst wirtschaftsliberalen Kapitalismus erforderlichen Staatsfunktionen angeordnet werden» (ebd.). Seit den 1990er Jahren wurden diverse rechtsliberale Thinktanks wie die bereits genannte Hayek-Gesellschaft gegründet (ebd.: 59) und die transnationale Zusammenarbeit vorangetrieben. Denn Rechtsliberale lehnen Europa nicht per se ab, vielmehr sollten «die positiven Elemente der Europäischen Integration» erhalten bleiben (ebd.: 60). Entsprechend geht es nicht um eine Auflösung der EU, sondern um eine konservative Reform.

Wesentliche Positionen, die Nationalneoliberale vertraten, standen bis Sommer 2012 zur Diskussion. Doch die Hoffnungen von Lucke und Co., die Bundesregierung würde ihren Empfehlungen folgen, sollten sich nicht erfüllen. Am 29. Juni stimmte der Bundestag dem ESM zu, was eine herbe Niederlage für Frank Schäffler und seinen Flügel innerhalb der FDP bedeutete. Aber es kam noch schlimmer: Wenige Tage später kündigte EZB-Präsident Mario Draghi eine neue Praxis beim Kauf von Staatsanleihen an. Als am 2. August 2012 die EZB dann tatsächlich beschloss, am sogenannten Sekundärmarkt Staatsanleihen von Staaten des Euro-

Raums, deren Zinsen sehr hoch waren, von Investoren zurückzukaufen, stimmte der deutsche Vertreter als Einziger im 27-köpfigen EZB-Rat dagegen (Stützel 2013: 333). Auch wenn Deutschland eine dominante Rolle innerhalb der EU und der EZB spielt, musste sich die Bundesregierung dem EZB-Kurs anpassen.

Die legendären Worte Wolfgang Schäubles Mitte Oktober 2012 vor der deutsch-singapurischen Industrie- und Außenhandelskammer («It will not happen that there will be a Staatsbankrott in Greece») und das nachgeschobene Bekenntnis, dass Griechenland nicht aus der Währungsgemeinschaft ausgeschlossen werden würde, markierten nur die Vollendung der neuen EZB-Zinsstrategie. Bereits im August und September zeichnete sich also ab: Ein Ausschluss Griechenlands war vom Tisch, und auch die Forderung nach einer flexiblen Währungsunion war mit der bestehenden Regierung nicht durchzusetzen.

Lucke und Co. dürften erkannt haben, dass ihre Strategie, über öffentlichen Druck auf die Union und FDP einzuwirken, gescheitert war. Vor allem von der traditionell wirtschaftsnahen FDP war kaum mehr etwas zu erwarten. Schäffler hatte sich weit aus der Deckung gewagt und war gescheitert. Zudem wurde immer unwahrscheinlicher, dass die FDP auch nach den Wahlen 2013 im Bundestag sitzen würde. Daraufhin gründete Lucke gemeinsam mit rechten Kulturkämpfer_innen wie Beatrix von Storch im September den Verein zur Unterstützung der Wahlalternative 2013, der wenige Monate später zur Etablierung der AfD führte. Dass bei der Vereinsgründung nicht nur Nationalneoliberale dabei waren, sondern auch von Storch samt ihrem Kampagnennetzwerk, zeigt, dass er von Anfang an darauf ausgelegt war, eine rechte Sammlungspartei ins Leben zu rufen. Ausschlaggebend für das Bündnis dürfte die Einschätzung gewesen sein, dass weder eine rechtsliberale noch eine ausschließlich rechtskonservative Partei in Deutschland langfristig Chancen hätte.

1.4 KRISE DER SOZIALEN SICHERHEIT

Ein Aspekt des Neoliberalismus ist die schwindende Zustimmung seitens der Bevölkerung zur aktuellen Form des Kapitalismus. Das Institut für Demoskopie Allensbach fragte im Jahr 2012 vor dem Hintergrund der damals entstandenen Occupy-Wall-Street-Bewegung nach den Assoziationen zum Begriff Kapitalismus und verglich diese mit Werten aus dem Jahr 1992. Das Ergebnis: 1992 wurde mit Kapitalismus noch weit aus mehr Positives verbunden als im Jahr 2012. Assoziierten 1992 noch 48 Prozent der Befragten «Freiheit», waren es 2012 nur noch 27 Prozent, an «Fortschritt» dachten 1992 immerhin 69 Prozent, 2012 lediglich noch 38 Prozent. Dagegen stieg die gedankliche Verbindung zu «Ausbeutung» von 66 auf 77 Prozent. Außerdem stellte Allensbach in einer repräsentativen Befragung fest: 70 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Einkommensunterschiede zu hoch sind, 65 Prozent sehen die Gefahr, sozial abzustiegen, als zu groß an, 50 Prozent stimmen der Aussage zu, dass die

Marktwirtschaft Egoismus und Ellbogenmentalität fördert (Köcher 2012).

Während das Einverständnis mit dem Kapitalismus in der Bevölkerung also tendenziell sinkt, nimmt die soziale Ungleichheit weltweit und eben auch in Deutschland sichtlich zu. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt nach Berechnungen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zu dem Ergebnis, dass zwischen 2000 und 2012 die real verfügbaren Haushaltseinkommen zwar um fünf Prozent gestiegen sind, davon aber nur wenige profitieren: «Während die realen Einkommen der obersten zehn Prozent um mehr als 15 Prozent stiegen, stagnierten sie in der Mitte der Einkommensverteilung und waren in den unteren Einkommensgruppen sogar rückläufig. Im Ergebnis ist die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland bis zum Jahr 2005 stark gestiegen und stagniert seitdem auf hohem Niveau» (Goebel 2015 u. a.: 571). Parallel zu dieser Entwicklung hat laut DIW das Armutsrisiko zwischen 2000 und 2009 zugenommen. Es sind vor allem Menschen zwischen 25 und 35 Jahren immer mehr von Armut bedroht (ebd.).

Und auch die Vermögensungleichheit wächst. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt den Anteil des reichsten Prozents der Bevölkerung am Nettovermögen aller privaten Haushalte in Deutschland auf ein Drittel. Die reichsten zehn Prozent der Gesellschaft besitzen zwischen 63 und 74 Prozent des Nettogesamtvermögens (Westermeier/Grabka 2015: 123). Innerhalb der Euro-Zone ist in Deutschland der Gini-Koeffizient und damit die Vermögensungleichheit am höchsten (Grabka/Westermeier 2014: 151 ff.).

Die subjektive Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus hat also eine reale Grundlage – die Schere zwischen Arm und Reich geht nicht nur gefühlt auseinander. Das zeigt: Das «goldene Zeitalter» des Kapitalismus, von dem der Historiker Eric Hobsbawm (1995: 285 ff.) mit Blick auf die wirtschaftliche Prosperitätsphase in den westlichen Staaten sprach, ist vorbei. Und die Profitraten sinken weltweit (Nachtwey 2016: 47 ff.).

Die bundesrepublikanische Nachkriegszeit war geprägt von weitgehender Zustimmung zum demokratischen Parlamentarismus, von eingebundenen Milieus, starken Gewerkschaften und einer sehr niedrigen Arbeitslosenquote. Doch auch damals war längst nicht alles Gold, was glänzte. Denn auch wenn die keynesianische Wirtschaftspolitik die ökonomische Ungleichheit zwischen den Klassen abmilderte, baute sie Benachteiligungen anderswo zugleich aus – zulasten von Migrant_innen und von Frauen (ebd.: 40). Mit den erfolglosen neoliberalen Versuchen, durch Deregulierungen und Privatisierungen neue Märkte zu erschließen und auf diesem Wege ein erneutes Wachstum zu verstetigen, nahm aber der Druck auf die Arbeitenden zu. Die Löhne sanken kontinuierlich, «Flexibilisierungen» erhöhten die Konkurrenz zwischen den Erwerbstätigen, es etablierte sich ein umfangreicher Niedriglohnssektor (ebd.: 98 ff.).

In seinem Buch «Die Abstiegs-gesellschaft» spricht Oliver Nachtwey (2016: 11) von Prozessen regressiver Modernisierung: «Sie verknüpfen häufig gesellschaftliche Liberalisierung mit ökonomischer Deregulierung. Horizontal, zwischen Gruppen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen, zwischen den Geschlechtern und in bestimmten Bereichen sogar zwischen Ethnien, wird die Gesellschaft gleichberechtigter und inklusiver, vertikal geht diese Gleichberechtigung mit größeren ökonomischen Ungleichheiten einher.» Gleichzeitig nehmen prekäre Beschäftigungsverhältnisse – also befristete, niedrig entlohnte und von mangelnder rechtlicher Absicherung geprägte Lohnarbeit – zu, was nicht nur Teile der Arbeiterklasse betrifft. Dem französischen Soziologen Robert Castel (2009: 32) zufolge existiert auch eine «gehobene Form von Prekarität» bei denjenigen, die gut bis sehr gut qualifiziert sind.

Und zahlreiche Studien belegen, dass die Mittelschicht schrumpft. Eine gemeinsam von der Bertelsmann-Stiftung, dem DIW und der Universität Bremen im Jahr 2012 durchgeführte Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass seit 1997 der Anteil der «Mittelschicht» an der Gesamtgesellschaft von 65 auf 58 Prozent gesunken ist. Als Mittelschicht werden dabei diejenigen gefasst, die über 70 bis 150 Prozent des mittleren Einkommens verfügen. Den unteren und untersten Einkommensschichten lassen sich dagegen heute fast vier Millionen mehr Menschen zuordnen. An die Stelle der Aufstiegs-mobilität trete zunehmend die Gefahr des sozialen Abstiegs, und die Sorgen um die wirtschaftliche Situation innerhalb der Mittelschicht hätten sich im Laufe der vergangenen zehn Jahre deutlich vergrößert (Bertelsmann Stiftung 2012).

Bei Teilen der Mittelklassen entstand auf der Grundlage dieser Entwicklung eine diffuse Ablehnung des Bestehenden bei gleichzeitigem Beharren auf Privilegien. Doch nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse stehen im Mittelpunkt der Kritik; stärker ist der Unmut darüber, nicht mehr die Rolle in der Gesellschaft zu spielen, die man sich eigentlich ausgesucht und die man von Geburt an mithilfe der aufstiegsgewöhnten Eltern eingeübt hatte.

Eine Mischung aus dem bereits beschriebenen «postdemokratischen Unbehagen» und Abstiegsängsten kennzeichnet also die unzufriedene «Mitte». Allerdings muss daraufhin nicht automatisch eine Orientierung nach rechts erfolgen, schließlich ist eine reaktionäre Wende infolge politischen Unbehagens und sozialer Bedrohungen kein Naturgesetz. Es ist ebenso möglich, dass die Unzufriedenheit zu einer stärkeren Polarisierung führt und linken Kräften Auftrieb bringt, wie es teilweise in südeuropäischen Ländern zu beobachten ist. In Deutschland sieht das derzeit anders aus. Hier war es die AfD, die die Krise des Sozialen und die Abstiegsängste aufgegriffen hat und damit an eine reaktionäre Krisenbearbeitung andocken konnte.

Bereits in den Jahren vor der Gründung der AfD haben Sozialwissenschaftler_innen immer wieder be-

tont, dass Autoritarismus und Rassismus weit verbreitet seien und man allgemein von einem Rechtstrend in der Mitte der Gesellschaft sprechen könne. Eine 2010 veröffentlichte Langzeitstudie etwa machte eine deutliche Zunahme «abwertender, menschenfeindlicher Einstellungen gegenüber verschiedenen schwachen Gruppen» aus, und zwar besonders bei höheren Einkommensgruppen (Heitmeyer 2010). Die Forscher_innen sprachen hier von einer «rohen Bürgerlichkeit». Es gebe «infolge von ökonomischen wie gesellschaftlichen Kriseneffekten deutliche Hinweise auf eine entsicherte wie entkultivierte Bürgerlichkeit» (ebd.). Dieser «entsicherte» Teil der Mitte richte seine Abwertung vornehmlich auf vermeintlich nutzlose Menschen und sei zudem fortschreitend islamfeindlich (ebd.).

Im November 2014 wies eine Studie von Andreas Zick und Anna Klein (2014: 106) nach, dass ein Teil der Mittelklassen einen – wie sie es nennen – marktförmigen Extremismus befürwortet. Dieser habe drei Komponenten: Erstens gebe es eine Art unternehmerischen Universalismus, der die Leistungsideologie verallgemeinert. So stimmten beispielsweise 56 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Menschen selbst für ihr Scheitern verantwortlich sind, wenn sie einen Mangel an Eigenmotivation haben. Die zweite Dimension ist die Wettbewerbsideologie, nach der gesellschaftlicher Fortschritt zuvorderst durch Konkurrenz und Wettbewerb entsteht. Drittens sind für den marktförmigen Extremismus ökonomistische Grundhaltungen charakteristisch: Ökonomische Kriterien werden zum Maßstab für die Bewertung von Menschen und Bevölkerungsgruppen. Zwar stimme nur etwa jede sechste Person diesen drei Aspekten in ihrer Gesamtheit zu (ebd.: 110), interessant ist aber, dass diese Zustimmung doppelt so häufig bei Personen mit Abstiegsangst diagnostiziert wurde als bei jenen ohne: «Das Gefühl, durch die aktuellen Entwicklungen in Europa etwas verlieren zu können, geht also stark mit marktförmigem Extremismus als Gesamtphänomen einher» (ebd.: 111). Und weiter: «Die Partei AfD greift das vorhandene wettbewerbspopulistische Potential offenbar als politisches Sprachrohr auf und scheint gerade diese ökonomisch menschenfeindliche Verbindung zu kanalisieren. Vor allem hier – bei Personen, die mit den Argumenten der AfD sympathisieren – sind marktförmiger Extremismus und Bedrohungsgefühle besonders stark vertreten» (ebd.).

Dass ausgerechnet diese Bevölkerungsgruppe sich von der AfD vertreten wähnt, ist nicht absurd, wie David Bebnowski und Lisa Julika Förster in einer im Mai 2014 veröffentlichten Studie treffend erläutert haben. Der Erfolg der Partei sei Resultat «der Wettbewerbsintensivierung der letzten Jahrzehnte». Zum einen knüpft die AfD an den Diskurs der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland an (Bebnowski/Förster 2014: 30). Politische Maßnahmen wie die Agenda 2010 zur «Flexibilisierung» des deutschen Arbeitsmarktes beschleunigten durch den Ausbau prekärer Beschäfti-

gungsverhältnisse die Erosion der Mittelschichten – und bereiteten im oben beschriebenen Sinne den Boden für die AfD. Die Paradoxie bestehe nun darin, dass die AfD den materiellen Ängsten mit einer weiteren Wettbewerbsintensivierung begegnen wolle (ebd.: 31). Zum anderen übernimmt die AfD den gesellschaftlichen Leistungsdiskurs, der sich in den vergangenen Jahren verschärft hat. Die Quintessenz: Die geschundene, leistungswillige Mitte scheint hier vor allem durch vermeintliche Leistungsverweigerer unter Druck geraten zu sein. Das Ressentiment gegen die, die es sich angeblich in der sozialen Hängematte bequem machen, bedienen seit Mitte der 2000er auch gern Größen aus der Politik (Kemper 2011).

Zumindest ein Teil der «Mitte» in der Krise ähnelt damit einem Radfahrer, so wie ihn Kurt Tucholsky vor fast 100 Jahren beschrieb: Untertänig und respektvoll himmeln sie nach oben, geschwollen treten sie nach unten – ein prägnantes Muster, wie reale Fragen reaktionär beantwortet werden.

1.5 KRISE DER PARLAMENTARISCHEN DEMOKRATIE

Die genannten gesellschaftlichen Entwicklungen haben ein breites Spektrum von Nationalkonservativen bis extrem Rechten mobilisiert. Auch die sukzessive Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie und die Angleichung der etablierten Parteien begünstigen die Rechten. Es war Anfang der 1990er Jahre, als der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama (1992) das Ende der Geschichte ausrief. Seine Diagnose: Faschismus und Kommunismus seien gleichermaßen an den inneren Widersprüchen gescheitert, übrig bleibe einzig der Liberalismus in Form von Marktwirtschaft und Demokratie. Heute, ein Vierteljahrhundert später, hält Fukuyama zwar an der These fest, sein Hauptaugenmerk liegt mittlerweile aber auf etwas anderem: der Krise der Demokratie.

Nicht nur bei Fukuyama, auch bei vielen anderen in Wissenschaft und Feuilleton ist diese ausgerufene Krise seit Jahren ein Topthema. Sie berufen sich etwa auf die gesunkene Wahlbeteiligung: Gingen in der BRD der 1970er Jahre noch über 90 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen, lag die Wahlbeteiligung bei den beiden zurückliegenden Bundestagswahlen um die 71 Prozent. Auch die Bindung an etablierte Parteien hat stark abgenommen: Seit 1990 hat sich sowohl bei der SPD als auch bei der CDU die Mitgliederzahl fast halbiert. In einer repräsentativen Umfrage der Freien Universität Berlin gaben 60 Prozent an, sie hielten die hiesige Staatsform für keine echte Demokratie, da der Einfluss der Wirtschaft zu stark sei (Schroeder/Deutscher 2015: 568f.).

Die Abkehr von Parteiorganisationen und parlamentarischer Repräsentation sowie die Zweifel an der Demokratie verweisen auf ein Phänomen, das Colin Crouch (2008) vor einigen Jahren als «Postdemokratie» beschrieben hat. Dem britischen Politikwissenschaftler zufolge werden die demokratischen Institutionen

zunehmend von den wirtschaftlichen Eliten ausgehöhlt, auf die sich die Macht in wachsendem Maße konzentrierte. Die Kritik an den etablierten Parteien, der herrschenden Politik und in Teilen auch an den Medien kann als Reaktion auf eine sich abkapselnde Politikerklasse und die damit verbundenen Folgen interpretiert werden. Diese treffe in nicht demokratisch legitimierten Gremien «über Nacht» weitreichende Entscheidungen, für die Jahre zuvor noch lange Parlamentsdebatten und gesellschaftliche Auseinandersetzungen notwendig gewesen wären. Stattdessen begründe die politische Klasse ihre Entscheidungen nur allzu gern mit dem Verweis auf eine vermeintliche Alternativlosigkeit.

Das, was Crouch als ein Phänomen des Neoliberalismus beschreibt, verstand der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli als ein Grundprinzip der parlamentarischen Demokratie in kapitalistisch verfassten Gesellschaften. Bereits 1967 beschrieb er, dass die sozialen Widersprüche und die Klassenfrage in der parlamentarischen Demokratie auf einen bloßen Interessenspluralismus reduziert würden. Dadurch würden die Parteien nicht mehr die Interessen bestimmter Gruppen vertreten (was sich schon im Begriff der Volkspartei ausdrücke). «Die Parteien trennen sich von der eigenen, aktuellen oder potentiellen gesellschaftlichen Basis und werden zu staatspolitischen Vereinigungen» (Agnoli 1967: 33). Letztlich gehe es um die Machtkonkurrenz unterschiedlicher Führungseliten. Die Demokratie sei von einer «Involution» betroffen, der prozesshaften Rückentwicklung und Aushöhlung. Übrig bleibe eine «Demokratie ohne demos» (ebd.: 44). Das Parlament sei «Transmissionsriemen der Entscheidungen politischer Oligarchien» (ebd.: 68). Dadurch transformiere sich der Staat allmählich in einen autoritären Staat. Demnach wird nicht der Parlamentarismus selbst zerstört, denn formal existiert die Demokratie weiter, aber der Interessengegensatz ist blockiert.

Hinter Crouchs und Agnolis Analysen steht eine kapitalismuskritische Position. Eine Kritik an der hiesigen Form der Demokratie ist aber zunächst einmal weder links noch rechts. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich nämlich, dass die gesellschaftliche Linke keineswegs ein Copyright darauf hat. Auch Konservative haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend mit diesem Thema befasst.

So entspannte sich in den Jahren vor der Gründung der AfD im konservativen Feuilleton eine ausgiebige Debatte über den Einfluss der Wirtschaft auf die demokratischen Institutionen. Es war vor allem Frank Schirrmacher, der diese Debatte befeuerte. Der im Jahr 2014 verstorbene Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schrieb im Sommer 2011 in einem vielbeachteten Artikel, er beginne zu glauben, dass die Linke recht habe. Er kritisierte: Globalisierung «sollte ursprünglich nichts anderes bedeuten als weltweiter freier Handel. Jetzt heißt es, dass Banken die Gewinne internationalen Erfolgs an sich reißen und die Verluste auf jeden Steuerzahler in jeder Nation ver-

teilen» (Schirrmacher 2011a). Wenige Monate später legte Schirrmacher (2011b) nach und beklagte, die Demokratie verkomme mehr und mehr zu Ramsch. Anlass für diese Einschätzung war die öffentliche Kritik an der überraschenden Ankündigung des damaligen griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou, ein Referendum über die Sparaufgaben abhalten zu lassen, die zuvor beim Euro-Gipfel in Brüssel beschlossen worden waren. Die Kritik an Papandreou zeige, so Schirrmacher, dass beim Machtkampf zwischen Ökonomie und Politik Letztere massiv an Boden verloren habe. Fast verzweifelt fragte er sich: «Sieht man denn nicht, dass wir jetzt Ratingagenturen, Analysten oder irgendwelchen Bankenverbänden die Bewertung demokratischer Prozesse überlassen?» (ebd.).

Auch wenn einige Linke sich von den Worten Schirrmachers verzaubern ließen (Friedrich 2012), ist die Kritik letztlich eine konservative, die sich an den schlimmsten Auswüchsen des Finanzmarktkapitalismus abarbeitet. Schirrmacher machte sich keineswegs für eine Abkehr vom kapitalistischen Prinzip stark, sondern für die Restauration der «sozialen Marktwirtschaft» im Sinne Ludwig Erhards.

Es war der heutige AfD-Spitzenmann Alexander Gauland, der schon Anfang der 2000er Jahre in seinem Buch «Anleitung zum Konservativsein» sehr ähnlich argumentierte. Damals noch CDU-Mitglied, grenzt er sich in seinem Essay von der Beschleunigung des globalisierten Kapitalismus ab. Er bedauert den «politisch-philosophischen Stellungswchsel» der Wirtschaft, nach dem suggeriert werde, dass ein Wirtschaftssubjekt auf Moral verzichten könne (Gauland 2002: 57). Er kritisiert auch den «Ökonomismus aller Lebensbereiche», der «vor Kultur und Familie, Religion und Heimat nicht Halt macht» (ebd.: 86). Daher sei alles, was das Tempo der Globalisierung verlangsamt und diese einhege, gut und richtig: «Traditionen und Mythen, Glaubensbekenntnisse und Kulturen, Ethnien und Grenzen» (ebd.: 87). Schließlich bedeute Konservativsein «nicht, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren und alles zu tun, was man tun kann, konservativ sein heißt bewahren, verlangsamen, im Gleichgewicht halten und dem Zeitgeist widerstehen» (ebd.: 91).

Was Schirrmacher weiterhin umtrieb, war ein postdemokratisches Unbehagen angesichts des Bedeutungsverlusts des Feuilletons. Es begründet sich in der nicht ganz unberechtigten Befürchtung der intellektuellen Elite, zugunsten von ökonomischen «Sachzwängen» und postulierter «Alternativlosigkeit» kaum noch Gehör in den wesentlichen Debatten zu finden. Über Nacht wird beschlossen, Milliarden für die Bankenrettungen auszugeben, eine gesellschaftliche Auseinandersetzung im Vorfeld findet so gut wie nicht statt. An einem ähnlichen Punkt setzt seit den 1980er Jahren der sogenannte Rechtspopulismus an. Auch wenn der Begriff wegen seiner Vieldeutigkeit nur eingeschränkt geeignet ist, die modernisierte Rechte zu beschreiben, gibt es eine zentrale Überschneidung bei all jenen Pro-

jekten, die als rechtspopulistisch gelten: Sie alle betonen, dass die gegenwärtige Demokratie nicht mehr funktioniere.

Nach dem Politikwissenschaftler Sebastian Reinfeldt (2013: 33) «tritt rechter Populismus mit dem Ziel an, die politische und soziale Mitte zu erobern, politisch zu infiltrieren und somit eine etwas andere Denk- und Machart des Staates durchzusetzen, besonders hinsichtlich der demokratischen Verfahren und Prozesse». Rechter Populismus zielt auf eine Politik der vermeintlichen Mehrheit gegen Minderheiten, der Politikstil sei autoritär und vor allem, wenn es um Krisen geht, werde auf essentialisierende und kollektivierende Muster zurückgegriffen (ebd.). So etwa bei der EU-Finanzkrise: Rechte grenzten sich ab gegen «die da oben», womit sie vor allem die Politikerklasse in Brüssel meinten, zugleich positioniere sich der Rechtspopulismus auch gegen «die da unten»: Migrant_innen, Menschen aus Südeuropa oder auch Erwerbslose (ebd.: 35).

Reinfeldt fasst die rechtspopulistische Demokratiekritik folgendermaßen zusammen: «Es sind die da oben, die uns schlecht regieren würden und dies darüber hinaus zu Unrecht täten, also ohne eine ausreichende Legitimation. Denn sie würden die «überwiegende Mehrheit» des Volkes nur unzureichend repräsentieren und eigentlich gegen ihren Willen regieren – so lautet die rhetorische Figur der Abstoßung» (ebd.: 53). Eine Situation, die von postdemokratischem Unbehagen geprägt ist, eignet sich also dazu, einen Dualismus zwischen «dem Volk» und «den Politikern» aufzubauen. Dieser Dualismus, der die ökonomischen Voraussetzungen der gesellschaftlichen Machtverschiebungen gerade nicht zur Sprache bringt, ist ein wesentliches Merkmal rechtspopulistischer Politik.

Und genauso agiert die AfD. Dem Sozialwissenschaftler Horst Kahrs (2014) zufolge bedient die AfD erfolgreich eine populäre «Anti-Parteien-Stimmung: Die «Altparteien», die «Systemparteien» seien alle «verfault», «korrupt», auf jeden Fall nicht mehr auf der Seite des gesunden bürgerlichen Menschenverstandes». Die Parteien sollen mit ihrem Gezänk aufhören, stattdessen «soll der Expertensachverständigen regieren, der professorale, der wirtschaftliche, der technokratische». Die Gegenüberstellung von «Volk» und «Politik» drückt sich nicht nur in der Forderung nach Volksentscheiden und in der «Ablehnung der Altparteien» aus, sondern selbst im Parteinamen. So lehnt sich die Alternative für Deutschland an die inflationäre Verwendung des politischen Schlagworts «alternativlos» an, das Merkel etwa seit dem Jahr 2009 vermehrt verwendet.

AfD-Initiator Bernd Lucke hat auf diesen Zusammenhang bereits bei seiner Grundsatzrede auf dem AfD-Gründungsparteitag im April 2013 verwiesen. Letztlich richtet sich die Opposition gegen die verlautbarte Alternativlosigkeit auch gegen den Diskurs der nicht mehr veränderbaren, gestellten Weichen. Insofern ist die AfD auch eine rechte Antwort auf Fukuyamas Diktum vom Ende der Geschichte.

1.6 DIE ENTWICKLUNG DER AfD

Seit ihrer Gründung im Frühjahr 2013 hat die AfD viele Höhen und Tiefen und harsche interne Auseinandersetzungen erlebt. Eine Analyse der Entwicklung der Akteure, der Themen, des medialen Auftretens und der öffentlichen Wahrnehmung der Partei ergibt eine Einteilung in vier Phasen: Die erste Phase von der Gründung bis zur Bundestagswahl im September 2013 ist geprägt von einer betont gemäßigten Programmatik, gepaart mit einem relativ moderaten Auftreten. Während der zweiten Phase, von der Bundestagswahl bis zu den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im August 2014, lässt sich eine allmähliche Rechtsverschiebung feststellen, die von denjenigen mit vorangetrieben wurde, die ihr später den Kampf ansagten. Die Kräfteverhältnisse hatten sich unumkehrbar verschoben und die Flügel polarisiert, was spätestens ab September 2014 in einem offen geführten Machtkampf mündete, der die dritte Phase bestimmte. Im Juli 2015 kam es zur Spaltung, die kurzfristig den Untergang der AfD vermuten ließ. Doch im September 2015, dem Beginn der vierten Phase, konnte die Partei ein Comeback feiern. Es ging einher mit einer weitgehend ungebremsten Rechtsentwicklung und einem neuerlichen Kampf um die Macht, den Frauke Petry verlor, weswegen sie und einige Gefolgsleute die Partei verließen.

1.6.1 Von der Gründung der AfD bis zur Bundestagswahl 2013

Auf dem Gründungsparteitag der AfD im April 2013 in Berlin fanden sich Repräsentant_innen der nationalneoliberalen und der nationalkonservativen Strömung in den ersten Reihen. Die Eröffnungsrede hielt Konrad Adam, ehemals Feuilleton-Redakteur der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sowie Chefkorrespondent und Kolumnist der *Welt*. Dass christlicher Fundamentalismus und damit die Politik von geschlechter- und sexualpolitischem Rollback der AfD ins Stammbuch geschrieben ist, wird klar, wenn man sich den Hintergrund der Parteimitbegründerin Beatrix von Storch ansieht (Kemper 2016: 91). Sie war ebenfalls beim Gründungsparteitag dabei. Seit Jahren ist von Storch federführend in dem Kampagnennetzwerk «Zivile Koalition», in dem verschiedene antifeministische Strömungen vereint agieren. Das Netzwerk betreibt unter anderem die Seiten freie-welt.net, buergerkonvent.de und familienschutz.de. Die «Märsche für das Leben» oder die Kampagne gegen Bildungsansätze, die an den Schulen Aufklärung über sexuelle Vielfalt und Selbstbestimmung vorsehen, sind Beispiele seines reaktionären Mobilisierungrepertoires.

Durch den Parteitag führte Alexander Gauland, zwischen 1987 und 1991 unter Walter Wallmanns Leiter der Hessischen Staatskanzlei, anschließend Herausgeber der *Märkischen Allgemeinen*. In der ersten Reihe saßen Joachim Starbatty, renommierter Professor für Volkswirtschaften aus Tübingen, und Hans-Olaf Henkel, ehemaliger Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI).

Auch wenn bereits in der Gründungsphase Nationalkonservative beteiligt waren, konnten rechte Kulturkämpfer_innen zunächst wenig Einfluss geltend machen. So war das auf dem Gründungsparteitag beschlossene, lediglich drei Seiten umfassende Bundestagswahlprogramm ein weithin liberal-konservatives. Nationalkonservative Themen und Strömungen wurden «nur begrenzt und in vieler Hinsicht vage formuliert» (Plehwé/Schlögl 2014: 28). Es wurde ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild angemahnt, ausdrücklich eine «qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung» befürwortet und eine Arbeitserlaubnis für Asylsuchende gefordert. Überdies ging es im Programm um die Notwendigkeit, Schuldenberge abzubauen und ein Steuerrecht im Sinne des Kirchhof'schen Modells (das im Wesentlichen einen einheitlichen Steuersatz von 25 Prozent vorsieht) einzuführen – eine Forderung, mit der 2005 noch die CDU in den Wahlkampf gezogen war.

Auch bezogen auf das Thema Europa war das Programm relativ gemäßigt: Man bejahte den gemeinsamen Binnenmarkt, gleichzeitig wurde die «Brüsseler Bürokratie» abgelehnt und eine Reform der Europäischen Union gefordert. Dem insgesamt gemäßigten Programm entsprechend verlief auch der Wahlkampf vergleichsweise zurückhaltend. Auf den Wahlplakaten war etwa zu lesen: «Der EURO ruiniert Europa. Auch uns!», «Griechen verzweifeln. Deutsche zahlen. Banken kassieren» oder «Ja zu Europa. Nein zu dieser Euro-Politik». Es gab auch eine Reihe von Plakaten, auf denen zwar keine klare Position bezogen, aber an rechte Stimmungen angeschlossen wurde. «Einwanderung braucht strikte Regeln!» hieß es etwa auf einem Plakat, ohne dass irgendwo erläutert wurde, worin diese bestehen sollten. Gleichwohl hat sich die Rechtstendenz bereits damals auf einem Wahlplakat angedeutet, auf dem sich die AfD unmissverständlich wohlstandschauvinistisch positionierte: «Mut zur Wahrheit. Wir sind nicht das Weltsozialamt». Es war übrigens Horst Seehofer, der vermutlich als Erster, nämlich im Oktober 2010 beim Deutschlandtag der Jungen Union, öffentlich den Satz sagte: «Wir wollen nicht zum Sozialamt für die ganze Welt werden» (Süddeutsche Zeitung, 16.10.2010).

Im Bundestagswahlkampf waren offen rassistische Töne selten zu hören, wenngleich sich gegen Ende der Wahlkampagne bereits eine Öffnung gegenüber rechts abzeichnete. Gleichzeitig tummelten sich mehr und mehr Menschen innerhalb der AfD, die vorher einer rechten Partei angehört hatten. Diese fielen aber noch nicht übermäßig auf. Doch das sollte sich bald ändern.

1.6.2 Von der Bundestagswahl 2013 bis zu den Landtagswahlen im Sommer 2014

Bereits Ende Juli 2013 hatte Lucke gegenüber seinen Vorstandskollegen Adam und Gauland angesichts des eher schleppend laufenden Wahlkampfes einen «Tabubruch» angeregt. «Das machen wir, indem wir Herrn

Sarrazin vereinnahmen. Das kann uns viel Aufmerksamkeit, Kritik der linken Presse und viel Zuspruch in der Bevölkerung einbringen», schrieb Lucke in einer Mail, aus der im Januar 2015 *Der Spiegel* zitierte (Amann/Pfister 2015).

Die strategische Ausrichtung nach rechts hat die entsprechenden Flügel gestützt und Rechte außerhalb der Partei motiviert, sich in der AfD zu engagieren. Mitglieder extrem rechter und rechtspopulistischer Kleinstparteien waren bereits vor September 2013 vermehrt der AfD beigetreten. Die Spitzenkräfte der Partei bemühten sich um Distanz. So verkündete Lucke schon vor dem Gründungsparteitag, dass Aufnahmeanträge ehemaliger Mitglieder von NPD und DVU pauschal abgelehnt würden (Stein 2013). Allerdings spielte eine andere rechte Partei in der Gründungsphase eine wichtige Rolle: Die Freiheit. Die «rechtspopulistische Anti-Islam-Partei» (Niedermayer 2011) war bei Wahlen wenig erfolgreich. Vielen Freiheit-Mitgliedern dürfte das Erscheinen der AfD auf der politischen Bühne daher sehr gelegen gekommen sein. Bereits vor der Bundestagswahl 2013 traten viele von ihnen der AfD bei, insbesondere in den Landesverbänden Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern saßen sie in einflussreichen Positionen (Häusler 2013: 70f.).

Die explizite Öffnung der Partei nach rechts schlug sich im Europawahlkampf im Frühjahr 2014 noch nicht direkt nieder. So hieß es in der Präambel zum Programm für die Wahlen zum Europaparlament, dass die Partei nicht europafeindlich sei. Auch wirtschaftspolitisch wurde der bekannte nationalneoliberale Kurs weitergeführt: mehr Eigenverantwortung und mehr Wettbewerb, was konkret Privatisierungen und Deregulierung bedeutet.

Aufgrund der explizit nationalneoliberalen Ausrichtung überrascht es nicht, dass insbesondere bis zu den Wahlen zum Europaparlament der Kontakt zwischen dem Verband Die Familienunternehmer und der AfD eng war. Bereits bei einer Veranstaltung kurz vor der Bundestagswahl 2013 äußerte sich etwa Peer-Robin Paulus, Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft des Verbandes, freundlich über die neue Partei. Er machte deutlich, CDU und FDP gegenüber fehle das Vertrauen und die damaligen Regierungsparteien würden dem gesellschaftlichen Linkstrend nicht entschieden genug entgegentreten, weshalb das Credo laute: «Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen» (Dorn 2013). Anfang Mai 2014, kurz vor den Wahlen zum Europaparlament, hielt der Verband ein großes Treffen in Dresden ab. Prominenter Redner war Bernd Lucke, der zu Beginn des zweiten Tages – zur besten Zeit also – eine Stunde lang seine Euro- und Europakonzepte vorstellen durfte. Keine andere Institution ging mit der AfD so früh auf Tuchfühlung. Anlässlich der Einladung erklärte der Hauptgeschäftsführer der Familienunternehmer, Albrecht von der Hagen: «Damit zeigen wir, wie unzufrieden wir mit der jetzigen Bundesregierung sind», und fuhr fort: «Viele Fragen der AfD sind auch unsere Fragen» (Pichler 2014).

In dem Programm für die Wahlen zum Europaparlament wurde versucht, den nationalkonservativen Flügel stärker einzubinden, so etwa bei der Ablehnung von Gender-Mainstreaming (Plehwe/Schlögl 2014: 31). Dennoch war programmatisch zu diesem Zeitpunkt noch keine fundamentale Verschiebung oder Themenerweiterung festzustellen. Die AfD konnte Ende Mai sieben Prozent der abgegebenen Stimmen erzielen und somit sieben Abgeordnete ins Europaparlament nach Straßburg schicken. Die bereits nach der Bundestagswahl begonnene Rechtsverschiebung schlug sich dann in den Wahlprogrammen zu den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen im Sommer 2014 nieder.

Ein vollkommen neues, in den Landtagswahlkämpfen aber beliebtes Thema war innere Sicherheit. Vor allem in Sachsen und Brandenburg wurde in rechtspopulistischer Law-and-Order-Manier gegen «Grenzkriminalität» Stimmung gemacht. Das Hauptaugenmerk galt der sogenannten Ausländerkriminalität (AfD Brandenburg 2014). Der nationalkonservative und der Rechtsaußenflügel konzentrierten sich voll auf die Wahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern, denn dort hatte die AfD bei den Bundestags- und Europawahlen ihre stärksten Ergebnisse und waren die Landesverbände deutlich rechtslastig. Bei einem erneut guten Abschneiden der Partei, so die Erwägung, würde sich schlagartig die innerparteiliche Machtposition der Rechten verbessern. So kam es dann auch: In allen drei Bundesländern zog die AfD mit herausragenden, in Thüringen und Brandenburg sogar zweistelligen Ergebnissen in die Landtage ein. Die Erfolge bestätigten die programmatische Erweiterung nach rechts. Von Anbeginn hatte es heftige Auseinandersetzungen innerhalb der AfD gegeben, doch ab Mitte September 2014 bekriegten sich die Flügel mit offenem Visier.

1.6.3 Nach den Landtagswahlen im Sommer 2014 bis zur Spaltung im Juli 2015

Während der rechte Flügel an Einfluss gewann, löste sich eine andere Strömung, die zumindest die Anfangsphase der AfD noch mitprägen konnte, langsam ab. Die auch in gesellschaftspolitischen Fragen liberal Gesinnten kehrten zwischen Herbst 2013 und Sommer 2014 der Partei den Rücken. Für Schlagzeilen sorgte im März etwa der Rücktritt der Pressesprecherin der AfD, Dagmar Metzger, die als liberale Galionsfigur galt.

Auch die Diskussionen an der Parteispitze wurden heftiger. Hans-Olaf Henkel verkündete, in der AfD seien auch «Unvernünftige, Unanständige und Intolerante» versammelt (Spiegel Online, 20.9.2014). Henkel richtete sich auch gegen diejenigen in der Partei, die sich beim Ukraine-Konflikt auf die Seite von Putin stellten und TTIP ablehnten. Den Gegenpart spielte zunehmend Alexander Gauland, der Vorsitzende der AfD-Fraktion im brandenburgischen Landtag. Henkel sollte sich fragen, ob er noch in der richtigen Partei sei, ließ Gauland Ende Oktober verlauten und fuhr fort, Henkel «möchte eine Partei, die die Werte von CDU und FDP,

wie er sie sieht, weiter verkörpert. Und das wird mit der AfD nicht gehen» (Lachmann 2014a). Der Machtkampf zwischen Lucke und Henkel auf der einen und Petry, Höcke und Gauland auf der anderen Seite spitzte sich zu. Zentraler Streitpunkt im Winter 2014/15: die Haltung der Partei zu den Demonstrationen der «Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes» (Pegida) in Dresden.

Die erste Pegida-Demonstration fand am 20. Oktober 2014 statt. Wenige Tage zuvor hatten in der Dresdner Innenstadt Anhänger der in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ihre Solidarität mit den Kämpfen gegen den Islamischen Staat im kurdischen Kobanê bekundet. Daraufhin hatte Lutz Bachmann gemeinsam mit Bekannten eine zunächst geschlossene Facebook-Gruppe gegründet. Wie auf der Pegida-Seite auf Facebook zu lesen war, entstand aus diesem Kreis die Idee, «gemeinsam auf die Straße zu gehen, um gegen die Glaubens- und Stellvertreterkriege zu demonstrieren, die Zug um Zug auf unseren friedlichen deutschen Boden gebracht werden» (Geiges u. a. 2015: 12). Von Oktober bis Januar vervielfachte sich die Teilnehmerzahl der (fast) jeden Montag stattfindenden Demonstrationen. Mitte Dezember waren es bereits über 10.000, im Januar sogar bis zu 20.000 Menschen. Danach ging es mit der Teilnehmerzahl bergab. Petry traf sich mit Pegida, und Gauland bekundete öffentlich, er sehe seine Partei als natürliche Verbündete dieser Bewegung an (Lachmann 2014b). Insbesondere Henkel vertrat die entgegengesetzte Auffassung, zunehmend auch Lucke.

Weitgehend unbeachtet von dieser Auseinandersetzung formierten sich auch christliche Fundamentalist_innen wie etwa der «Pforzheimer Kreis» und der Arbeitskreis «Christen in der AfD». Auch die erzkonservative «Lebensschutz»-Bewegung spielt hier eine Rolle. Die «Lebensschutz»-Bewegung betont die Zweigeschlechtlichkeit und sieht in der lebenslangen monogamen Ehe von Mann und Frau das einzig akzeptable Lebensmodell. «Dieses leiten sie aus ihrem christlichen Weltbild und der Bibel her und setzen sich für einen Staat ein, der nach den Geboten Gottes gestaltet sein sollte» (Jentzsch 2016: 106). Wenngleich die Unionsparteien nach wie vor wichtiger Bezugspunkt dieser Bewegung sind, ist ein Teil der «Lebensschützer» mittlerweile in der AfD organisiert. Dieser Flügel ist es auch, der systematisch gegen die rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben zu Felde zieht. So unterstützte die AfD Baden-Württemberg Anfang Januar 2015 die dortigen Proteste sowie eine Petition gegen den Bildungsplan 2015, der die Akzeptanz sexueller Vielfalt umfasst. In einer Verbandsmitteilung der AfD wurde der Plan als «pädagogische, moralische und ideologische Umerziehungskampagne an allgemeinbildenden Schulen» attackiert (Korsch 2014: 2). Bezugnehmend auf die homophoben Demonstrationen in Frankreich im Sommer 2013, die unter dem Motto «La Manif pour tous» («Die Demo für alle») standen, organisiert die «Initiative Familienschutz» in Stutt-

gart seit 2014 gegen den Bildungsplan Demonstrationen. An diesen beteiligten sich von Anfang an auch AfD-Mitglieder und hielten Redebeiträge (Demo für alle 2014a u. 2014b).

Anfang 2015 bliesen der nationalkonservative und der völkische Flügel zum Angriff. Im März 2015 veröffentlichten Björn Höcke und der Sprecher des AfD-Landesverbands Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, die «Erfurter Resolution» (vgl. hierzu Kapitel 2 zur AfD in Sachsen-Anhalt). Eine Gegenaktion ließ nicht lange auf sich warten. Unter anderem Hans-Olaf Henkel und Joachim Starbatty initiierten die «Deutschland-Resolution», die sich explizit gegen die Initiative von Höcke und Poggenburg richtete: Wer die «Erfurter Resolution» unterschreibe «will eine andere AfD, eine AfD der flachen Parolen und der schrillen Töne» (Kölmel u. a. 2015).

Inmitten der Auseinandersetzungen zwischen Erfurter und Deutschland-Resolution wurde der Verdacht laut, Björn Höcke habe in der Vergangenheit unter Pseudonym für die NPD-nahe Publikation *Volk in Bewegung* geschrieben. Der Soziologe Andreas Kemper hatte Texte von Björn Höcke mit denen eines Autors namens Landolf Ladig verglichen und erstaunliche Parallelen festgestellt. Kemper vermutete dahinter ein Pseudonym Höckes: «Da gibt es so viele Überschneidungen in den Phrasen, in den Begrifflichkeiten, die nur bei ihm und bei dem Ladig zu finden sind. Auch die ganze Ideologie, die würde Björn Höcke ohne weiteres unterschreiben» (Exakt 2015). Aufgrund der Vorwürfe verlangte der AfD-Bundesvorstand von Höcke eine eidesstattliche Versicherung, nicht Autor der Texte zu sein. Eine solche Versicherung gab er nicht ab, erklärte aber, er habe «niemals unter einem Pseudonym für eine NPD-Zeitung geschrieben» (Höcke 2015). Die Zustimmung für die AfD in bundesweiten Umfragen sank und auch die beiden Wahlen in Hamburg (Februar 2015) und Bremen (Mai 2015) verliefen für die AfD vergleichsweise enttäuschend. In Hamburg erreichte die Partei 6,1 Prozent, in Bremen zog sie mit 5,5 Prozent nur knapp in die Bürgerschaft ein.

Eine Entscheidung im Machtkampf zeichnete sich für den außerordentlichen Parteitag in Essen ab, der vom 4. bis zum 5. Juli 2015 stattfand. Bereits im Vorfeld hatten Frauke Petry und Bernd Lucke erklärt, nicht mit der jeweils anderen Person an der Spitze zusammenarbeiten zu wollen. Bei dem denkwürdigen Parteitag musste Lucke dann eine schmerzhaft Niederlage einstecken. Bei der Wahl des Parteivorstands erhielt er lediglich 38,1 Prozent der Stimmen, Petry dagegen triumphierte mit 60 Prozent. Diesen Sieg verdankte sie auch dem rechten Flügel um Höcke, der ihre Kandidatur unterstützt hatte.

Nur wenige Tage später verließen Bernd Lucke und seine Getreuen die AfD und gründeten aus dem Kreis des Weckrufs heraus eine neue Partei: die «Allianz für Fortschritt und Aufbruch» (ALFA). Die ALFA hatte es von Beginn an schwer, überhaupt wahrgenommen zu werden. Im November 2016 nannte sich die Partei

dann in «Liberal-Konservative Reformer» (LKR) um, weil die «Aktion Lebensrecht für Alle» das Kürzel ALFA für sich beansprucht und vor Gericht den Namensstreit gewonnen hatte. Bei Landtagswahlen holte die Partei zwischen 0,2 und 1,0 Prozent, bei den Bundestagswahlen im September 2017 trat die Partei nicht an.

Auf dem Essener Parteitag der AfD im Juli 2015 wurde neben Frauke Petry auch Jörg Meuthen zum AfD-Sprecher gewählt. Er war zu diesem Zeitpunkt ein weitgehend unbekanntes Gesicht und galt als Vertreter des gemäßigten bürgerlichen Flügels. Frauke Petry war die unangefochtene Führerin der Partei. Zwar verließen Teile des nationalneoliberalen Flügels die AfD und folgten Lucke, doch die AfD bemühte sich darum, die wirtschaftsnahe Strömung nicht zu verlieren. Die Liaison mit dem Familienunternehmerverband war zum Zeitpunkt der Spaltung bereits – zumindest auf offizieller Ebene – beendet. Während Lucke noch auf dem «Familienunternehmerstag» im Mai 2014 die Hauptrede hielt, wurde die AfD im April 2015 gar nicht eingeladen. Lutz Goebel, Präsident des Familienunternehmerverbands, äußert sich seit der Europawahl zunehmend scharf ablehnend, wenn es um die AfD geht. So im September 2014 in einem Interview mit dem *Tagesspiegel*. Hier wiederholte er die Auffassung seines Hauptgeschäftsführers, die AfD stelle die richtigen Fragen, gebe «aber die falschen Antworten» (Jahberg 2014).

Warum dieser Kurswechsel? Erstens dürfte die AfD vielen im Verband schlicht zu rechts geworden sein, insbesondere nach der Abspaltung der Lucke-Fraktion. Zwar bestand anfänglich die Hoffnung, mittels der AfD Druck auf die Union und die FDP aufbauen zu können, doch mit der zunehmenden Öffnung in Richtung völkischer Kreise haben vor allem die eher gemäßigten Kräfte im Verband von dieser Strategie abgelassen. Zweitens sind im Verband sehr unterschiedliche Interessen vertreten. Einige der sogenannten Familienunternehmen, besonders in Süddeutschland, sind direkt auf den Markt außerhalb Deutschlands angewiesen oder mittelbar, wenn sie etwa Zulieferer für die Autoindustrie sind. Eine Abschaffung des Euro oder ein Austritt aus der EU ist nicht in ihrem Sinne. Drittens dürften selbst die Teile, die der AfD wohlgesonnen sind und die Partei auch gern offen unterstützen würden, nicht an einer Spaltung des Verbands interessiert sein. Weil sie verhindern wollen, dass sich zwei nebeneinander existierende Lobbyorganisationen gegenseitig schwächen, befinden sie sich aufgrund ungünstiger Kräfteverhältnisse innerhalb des Verbands in der Defensive.

Doch es irrt, wer glaubt, die Kontakte zwischen den reaktionären Teilen des Familienunternehmerverbands und der AfD seien gänzlich abgebrochen. Hier wirken die Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft und die mit dieser eng kooperierende Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft als integrierende Klammer. Die als Verein organisierte Gesellschaft sowie die Stiftung setzen sich für marktradikale Ideen im Sinne des neoliberalen Vordenkers Hayek ein (Kronauer 2016).

Parallel zur Spaltung in der AfD kam es auch zu einem Bruch innerhalb der Hayek-Gesellschaft. Namhafte Mitglieder wie der FDP-Chef Christian Lindner und die Publizistin Karen Horn traten aus Protest gegen die zunehmende Rechtsverschiebung der Hayek-Gesellschaft aus. Der Einfluss der Familienunternehmer in der Hayek-Gesellschaft hat dadurch in jüngster Zeit sogar zugenommen. Dem von LobbyControl betriebenen Online-Lexikon «Lobbypedia» zufolge kam der Austritt der Liberalen dem Familienunternehmerverband zugute: Im Rahmen der nach der Spaltung notwendigen Umstrukturierung «verstärkte der Verein seine Präsenz in deren Leitungsgremien» (Lobbypedia 2016).

Laut *Wirtschaftswoche* ist die Mitgliederzahl des AfD-Mittelstandsforums seit Juli 2015 denn auch stabil geblieben (Fischer u. a. 2016). Nach der Spaltung hatten sich Frauke Petry und das Mittelstandsforum mittels einer gemeinsamen Erklärung auch um den Verbleib der Unternehmer bemüht: «Die Wiederherstellung der patriotisch/konservativen Ausrichtung der AfD-Partei geht nicht zu Lasten wirtschaftsliberaler Positionen, weil sie komplementär zu ihnen erfolgt» (Petry/Müller 2015).

1.6.4 Comeback, weitere Rechtsentwicklung und neuerlicher Machtkampf

In den Wochen nach dem Showdown in Essen sah es kurz so aus, als würde die AfD in der Bedeutungslosigkeit versinken. Sie befand sich im Umfragetief: Alle großen Wahlforschungsinstitute sahen sie zwischen drei und vier Prozent. Auch als Ende August die Solidarität mit Geflüchteten die öffentliche Stimmung prägte, gelang es der Partei nicht, sich medial in Szene zu setzen. Ende September war die AfD plötzlich aber wieder da. In Umfragen stiegen die Werte und es gelang ihr auch, sich in der Debatte um Geflüchtete lautstark zu Wort zu melden. Gleichzeitig hatte Pegida in Dresden wieder steigende Teilnehmerzahlen zu vermelden. Auch wenn das Verhältnis zwischen AfD und Pegida weiterhin nicht ohne Störungen verlief (Korsch 2016), war im Herbst eine erneute Annäherung festzustellen, zumal einer Zusammenarbeit nach der Abspaltung der Gruppe um Lucke weniger im Weg stand als zuvor. Es musste nicht mehr darum gestritten werden, ob die AfD Pegida-Ableger unterstützen sollte. Sie organisierten Demonstrationen gleich gemeinsam, so wie etwa im Oktober 2015 in Magdeburg, wo rund 2.000 Menschen gegen «Asylmissbrauch» und Angela Merkel marschierten. War im Winter 2014 Pegida ein Phänomen, das vor allem in Sachsen massenhaft Menschen mobilisieren konnte, exportierte die AfD das Konzept nun erfolgreich aus dem Freistaat in andere Bundesländer. So fanden sich in Erfurt im Oktober 2015 bei der von der AfD organisierten «Mittwochsdemo gegen Asylmissbrauch» sogar bis zu 8.000 Menschen ein. Und siehe da: Der Schulterchluss mit der Straße schadete der AfD nicht. Im Gegenteil: Die Umfragewerte stiegen kontinuierlich an.

Um das Comeback der AfD im Herbst 2015 zu verstehen, hilft ein Konzept weiter: das Gelegenheitsfenster. Die politische Debatte um Asyl und Geflüchtete war für die AfD eine nahezu maßgeschneiderte Gelegenheit, ihre Inhalte bekanntzumachen. Sie konnte mit ihrer ablehnenden Position gegenüber Geflüchteten bei den Teilen der Bevölkerung punkten, die ihre Resentiments pflegten oder sich in der Debatte nicht angemessen repräsentiert sahen.

Auch innerhalb der AfD öffnete sich ein Gelegenheitsfenster. Es war der Rechtsaußenflügel um Björn Höcke, der nicht nur die polarisierte gesellschaftliche Kontroverse für sich nutzen konnte, sondern auch den Umstand, dass nach dem Ausstieg der Gruppe um Lucke eine Neustrukturierung der Partei notwendig geworden war. Auch wenn die Rechtsausrichtung bereits unter Lucke angelegt war, wirkten Lucke und Henkel gewissermaßen als Korrektiv. Nun aber konnten die radikalen Kräfte ungebremst rechts überholen. Mehr noch: Eine Zeitlang schienen sich konkurrierende Gruppierungen mit Rechtsaußen-Statements geradezu übertrumpfen zu wollen.

Immer wieder war es Höcke, der im Herbst 2015 von sich reden machte. Mal brüllte er auf einer Demonstration in Erfurt ins Mikrofon «Thüringer! Deutsche! 3.000 Jahre Europa, 1.000 Jahre Deutschland, ich gebe euch nicht her», weshalb ihm vorgeworfen wurde, in Nazi-jargon zu sprechen (Ivitz 2015). Mal brachte er sich wegen einer mitgebrachten drapierten Deutschlandfahne in der Talkshow von Günther Jauch ins Gespräch. Vor allem aber sorgte seine Rede bei einem Kongress des neurechten «Instituts für Staatspolitik» in Schnellroda in Sachsen-Anhalt für Aufsehen (Paul 2016: 33).

Doch nicht nur Höcke, auch Personen aus anderen Parteiflügeln haben sich im Zuge der Debatte um Asyl und Geflüchtete durch Provokationen hervorgetan. So etwa Frauke Petry Ende Januar 2016, als sie gegenüber dem *Mannheimer Morgen* äußerte, die Grenzpolizei müsse illegale Grenzübertritte verhindern und «notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen» (Mack/Serif 2016). Die stellvertretende AfD-Vorsitzende Beatrix von Storch legte kurz darauf noch einmal nach. Auf ihrer Facebook-Seite wurde sie gefragt, ob auch Frauen und Kinder mit Waffengewalt am Grenzübertritt gehindert werden sollten. Sie bejahte zunächst, lenkte aber später ein und gab an, doch nicht auf Kinder schießen zu wollen (Zeit Online, 31.1.2016). Nach dem gleichen Muster agierte auch Alexander Gauland, als er Ende Mai über den Fußballnationalspieler Jérôme Boateng sagte: «Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben» (Wehner/Lohe 2016). Nach heftiger öffentlicher Kritik – Gauland hatte nicht bedacht, dass in den Augen vieler Rechte verdiente Mitglieder der deutschen Fußballnationalmannschaft nicht kritisiert werden dürfen – ruderte er zurück.

Dass die AfD sich in ihrem politischen Kalkül gleichwohl zu bescheiden weiß, zeigt ein Blick auf die Landtagswahlen im Frühjahr 2016. Die Wahlkampfstra-

tegien in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt waren sehr verschieden. In den beiden westlichen Bundesländern präsentierte sich die AfD eher bürgerlich-konservativ, vor allem im Süden Sachsen-Anhalts hingegen zielte sie mehr auf Erwerbslose und sozial Deklassierte. Entsprechend dominierten in bürgerlichen Landstrichen Wahlplakate mit wertkonservativem Inhalt (Familie, Kultur etc.) und Themen der inneren Sicherheit, während in Arbeiterbezirken vor allem sozialpolitische Fragen angesprochen wurden.

In Rheinland-Pfalz kam die Partei auf 12,6 Prozent, in Baden-Württemberg auf 15,1 Prozent und in Sachsen-Anhalt landete sie mit 24,2 Prozent auf Platz zwei – deutlich vor der LINKEN und der SPD. Damit war die AfD bereits drei Jahre nach ihrer Gründung die erfolgreichste, sich rechts von den Unionsparteien und der FDP positionierende Partei in der Geschichte der Bundesrepublik. Die AfD konnte diese Wahlergebnisse nicht zuletzt deshalb erzielen, weil es ihr gelungen war, die Landtagswahlen zu einer Abstimmung über die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung zu machen.

Neue Machtkämpfe zwischen Petry, dem NRW-Landesvorsitzenden Marcus Pretzell auf der einen Seite sowie Gauland, Höcke und Meuthen auf der anderen bahnten sich bereits während dieser Wahlkämpfe an. Doch es geht nicht allein um Machtfragen. Die Strömungen, die sich unter dem Dach der AfD zusammenfinden, haben in vielen Sachfragen große Differenzen, die im Zuge der Diskussionen um das Grundsatzprogramm im Frühjahr 2016 einmal mehr offensichtlich wurden. Kurz nach den Landtagswahlen im März tauchte im Internet der Entwurf für ein Grundsatzprogramm auf, der allerdings durch den Bundesvorstand noch einmal überarbeitet wurde, was insbesondere die sozialpolitischen Programmpunkte betraf (Friedrich 2016). Der Hintergrund: Manche in der Partei sprechen sich mit Blick auf Wählerstimmen für ein stärker sozialpolitisches Profil aus, andere sind für einen strikt marktradikalen Kurs, manche sind für den Mindestlohn, andere würden dagegen gern die Arbeitslosen- und Unfallversicherung abschaffen.

Da es auch bei anderen Fragen, etwa in Bezug auf geopolitische Strategien, Antisemitismus, Freihandel oder die Familienpolitik, erhebliches Streitpotenzial gibt, sind Konsensthemen, um die sich die unterschiedlichen Fraktionen gruppieren lassen, umso wichtiger. Ein solches Konsensthema war in der Gründungsphase der Partei die Kritik an der Euro-Rettungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung. Doch das Thema trug nicht: Spätestens seit Sommer 2015 spielten Euro, EU und Euro-Rettung kaum noch eine Rolle. Im September 2015 fand die AfD mit der Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin dann ihre große konsensschaffende Klammer: Einigkeit bestand und besteht in der Ablehnung der in Deutschland praktizierten Asyl- und Migrationspolitik.

Der Parteitag in Stuttgart beschloss am 30. April und am 1. Mai 2016 das «Programm für Deutschland». Darin macht sich die AfD für ein «souveränes Deutsch-

land» stark und spricht sich gegen «Vereinigte Staaten von Europa» aus (AfD 2016: 16). Das impliziert die Annahme, der deutsche Staat sei nicht souverän oder zumindest in seiner Souveränität gefährdet. Wer die «fremden Mächte» sind, lässt die AfD im Vagen, womit sie Verschwörungstheorien unterschiedlicher Couleur befördert. Eng mit der Forderung nach «Souveränität» verbunden ist die Ablehnung des Euro. Wurde in der Vergangenheit noch eine Reform der Gemeinschaftswährung angemahnt, plädiert die AfD jetzt dafür, «das Experiment Euro geordnet zu beenden» (ebd.: 18).

Und immer wieder geht es um das Themenfeld Einwanderung, Flucht und Migration, das in mehreren Kapiteln des Parteiprogramms behandelt wird, etwa wenn es um innere Sicherheit geht: Ein erheblicher Anteil der Delikte im Bereich der Gewalt- und Drogenkriminalität gehe auf Ausländer zurück, worauf nur halbherzig reagiert werde, so die Kritik. Daher müssten die Ausweisungsvoraussetzungen gesenkt und Abschiebehindernisse abgebaut werden. Zudem fordert die AfD die Wiedereinführung des Abstammungsprinzips bei der Staatsbürgerschaft, also die Rücknahme der entsprechenden Reform aus dem Jahr 2000 (ebd.: 26). Die Vorstellung vom Staat als biologischer Gemeinschaft, vom biologistisch definierten Volk und der Nation feiern hier fröhliche Urstände. Nur folgerichtig ist dann die Positionierung gegen «Masseneinwanderung». Diese helfe auch nicht, um dem demografischen Wandel zu begegnen. Stattdessen müsse durch eine «aktivierende Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden» (ebd.: 41).

Aufschlussreich ist auch der Abschnitt zu «Kultur, Sprache und Identität». Kultur sei die «zentrale Klammer, in der sich auch ein neues Politikverständnis sehen muss», Bildung, Kultur und Identität seien «für die Entwicklung der Gesellschaft von zentraler Bedeutung» (ebd.: 46). Unter Kultur versteht die AfD vor allem die «deutsche Kultur», die sich aus der Überlieferung des Christentums sowie der wissenschaftlich-humanistischen Tradition speise und sich am römischen Recht orientiere (ebd.: 47). Der Rechtsaußenflügel der Partei, «Der Flügel», kritisiert diese Definition, da hier die deutsche Kultur «klammheimlich in einer westlichen Einheitskultur» aufgehoben werde. Entscheidend für diese Strömung sind vielmehr «die deutsche Sprache, die deutsche Romantik, der deutsche Idealismus» (Der Flügel 2016).

Flügelübergreifende Einigkeit besteht indes in der Ablehnung der «Ideologie des Multikulturalismus» (AfD 2016: 47). Und so befasst sich die AfD unter der Überschrift «Kultur» dann nicht nur mit Maßnahmen zum Erhalt der deutschen Sprache oder mit der Abschaffung der Rundfunkgebühren, sondern auch mit der Stellung des Islam in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die klare Botschaft: Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Mehr noch: «In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden

Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung» (ebd.)

Das Bedrohungsszenario einer Islamisierung wird sich in dieser Vehemenz kaum in den Parteiprogrammen von CDU/CSU oder SPD finden lassen. Allerdings bemüht sich auch die AfD, an die verbreitete Trennung von «guter Muslim» versus «schlechter Muslim» anzuknüpfen, wenn sie betont, dass viele Muslime «rechts-treu sowie integriert» leben und «akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft» sind (ebd.: 49). Ferner will die AfD Koranschulen schließen (ebd.: 55) sowie Minarette und den Muezzinruf verbieten lassen (ebd.: 50). Dass die AfD Maßnahmen gegen «den Islam» so viel Platz einräumt, deutet darauf hin, dass der Strategiewechsel, den von Storch angeregt hatte, in die Tat umgesetzt wurde.

Ansonsten wird im «Programm für Deutschland» sichtbar, dass es sich bei der AfD um eine Sammlungspartei mit sehr verschiedenen Flügeln handelt. Dem Historiker Helmut Kellershohn (2016) zufolge kommen hier alle drei in der Partei vertretenen ideologischen Strömungen – der Neonationalliberalismus, die christlich-konservative bis fundamentalistische Fraktion sowie die völkisch-nationalistische – zu Wort.

Trotz des gemeinsam beschlossenen Grundsatzprogramms zeichnete sich nach dem Parteitag jedoch ein erneuter Kampf um Ausrichtung und Macht ab. Auch die Stimmung zwischen den beiden Vorsitzenden verschlechterte sich zusehends. Jörg Meuthen hatte bei seiner Wahl zum zweiten Sprecher der Bundespartei im Juli 2015 zunächst als Gemäßigter gegolten, von dem erwartet wurde, er werde die wirtschaftsliberale und konservative Linie der Partei fortsetzen. Doch war er schnell zu einem Bündnis mit dem Rechtsaußenflügel bereit. Bereits kurz nach seiner Wahl zum Parteisprecher soll es innerhalb des Bundesvorstands eine enge Zusammenarbeit zwischen Gauland und Meuthen gegeben haben. Doch Meuthen rückte auch mit dem Flügel um Höcke enger zusammen. So trat er im Mai 2016 beim «Kyffhäuser-Treffen» der Rechtsaußenströmung «Patriotische Plattform» als Redner auf.¹ Meuthen ist ein Beispiel dafür, welchen Einfluss mittlerweile die Neue Rechte auf die AfD ausübt. Die Neue Rechte ist eine intellektuelle Strömung zur Erneuerung rechten Denkens, die sich in den 1960er Jahren entwickelt hat. Sie orientiert sich ideologisch an den Ideen der Konservativen Revolution bzw. des Jungkonservatismus der 1920er Jahre und grenzt sich explizit von den Neonazis ab. In Anlehnung an Konzepte der Neuen Linken fokussiert die Neue Rechte auf kulturelle Hegemonie. Ihr Ziel ist die Hoheit über die herrschenden Diskurse, um so ein antiliberales und antiegalitäres Programm gesellschaftlich durchsetzbar zu machen.

Zentrale Denkfabrik der Neuen Rechten in Deutschland ist das «Institut für Staatspolitik» (IfS), das seinen Sitz auf einem «Rittergut» in Schnellroda in Sachsen-Anhalt hat. Unbestrittene Führungsfigur des IfS ist Götz Kubitschek, der nicht nur allenthalben bei Pegi-

da-Demonstrationen auftrat, sondern auch bemüht ist, den rechten Flügel der AfD mit außerparlamentarischen Kräften zu verbinden. Insbesondere Björn Höcke und André Poggenburg sind gern gesehene Gäste in Schnellroda. Regelmäßig zu Gast am IfS ist auch der Österreicher Martin Sellner, seines Zeichens Kopf der neurechten «Identitären Bewegung» (IB; abgeleitet vom französischen Bloc Identitaire). Ihr Grundgedanke: Die europäische Bevölkerung werde ausgetauscht durch Fremde; insbesondere gegen die muslimische Einwanderung müsse sich die europäische Kultur verteidigen. Die IB knüpft also an den in Europa weit verbreiteten antimuslimischen Rassismus an, einer speziellen Form des Rassismus. Dabei steht «der Islam» für das grundsätzlich «Andere», das Frieden und Zusammenhalt in Europa verhindere (Bruns u. a. 2016: 86). Gemeinsam mit Kubitschek vom IfS und dem Chefredakteur der Zeitschrift *Compact*, Jürgen Elsässer, hat die IB die Kampagne «Ein Prozent für unser Land» ins Leben gerufen. Sie präsentiert sich als «NGO für Deutschland» und macht Stimmung gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Hintergrund für den Namen der Kampagne: Wenn nur ein Prozent der Deutschen die Kampagne unterstützen würde, könne daraus ein schlagkräftiges Projekt werden. Auch wenn die AfD sich offiziell von der IB distanziert, gibt es Verbindungen: An der Ein-Prozent-Kampagne beteiligt ist etwa Hans-Thomas Tillschneider, AfD-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt und Sprecher der «Patriotischen Plattform» der AfD (Fugmann 2016). Tillschneider ist es auch, der als prominenter AfD-Funktionär öffentlich die Abgrenzung der AfD zur IB kritisiert (Bensmann 2016). Seine «Patriotische Plattform» solidarisierte sich im Juni 2016 denn auch mit der IB, als der Verfassungsschutz mitteilte, sie zu beobachten, mit dem Bekenntnis «Wir sind [auch] identitär» (Patriotische Plattform 2016).

Die immer enger zusammenarbeitenden Gruppierungen der völkischen Strömung pflegen ebenso zu anderen Teilen der rechten Bewegung Kontakt. Das rechte Konglomerat befindet sich nicht nur in den Salons und in den Redaktionsstuben im Aufwind, sondern auch auf der Straße. Spätestens im Herbst 2014 ist deutlich geworden, dass diese Rechte den Charakter einer mobilisierungsfähigen sozialen Bewegung hat. Angesichts der sich ähnelnden Forderungen bei AfD und Pegida ist eine starke inhaltliche Überschneidung festzustellen (Wiegel 2015). Zwar gab es nie eine offizielle Kooperation zwischen Pegida und der AfD (Korsch 2016: 113), aber das Verhältnis zwischen Bewegung und Partei ist dadurch geprägt, dass sie sich gegenseitig rhetorisch und organisatorisch «verstärken».

¹ Am Kyffhäuserdenkmal veranstaltet die als völkisch und nationalistisch eingestufte AfD-Gruppierung «Der Flügel» ihre Treffen. Ihre Führungsfiguren sind Björn Höcke und André Poggenburg, die bewusst rechtsextremistische und nationalsozialistische Bezüge in ihrem Sprachgebrauch herstellen. Es bestehen enge Überschneidungen mit der «Patriotischen Plattform». Letztere ist ein Verein von Mitgliedern des völkisch-nationalistischen Rechtsaußen-Flügels der Partei. Sie wird vom sachsen-anhaltischen Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider geleitet.

In Anbetracht der Dynamik der letzten Jahre und des offenkundigen Willens des rechten Parteiflügels, die AfD zur Bewegungspartei umzubauen, ist zu vermuten, dass die bisherigen Erfolge auf der Straße nicht die letzten sein werden. Regelmäßig stattfindende Demonstrationen und Kundgebungen, insbesondere in mittelgroßen Städten in Ostdeutschland, zeugen davon. Obgleich sich weiterhin offizielle Akteure von ihm distanzieren, ist als Teil der Bewegung ein militanter Flügel herangewachsen.

So beklagen Nichtregierungsorganisationen und staatliche Behörden übereinstimmend einen massiven Anstieg rassistischer Straftaten seit 2014. Im Jahr 2015 soll es fünfmal mehr rassistisch motivierte Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünften gegeben haben als im Vorjahr. Mehr als 1.000 solcher Straftaten wurden letztlich registriert, Dunkelziffer unbekannt (Amnesty International 2016). Im August 2016 verständigten sich die AfD-Vorsitzenden auf einem Parteikonvent in Kassel, jede weitere Eskalation (erst einmal) zu vermeiden. Immerhin standen im September die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern sowie die Abgeordnetenhauswahl in Berlin an, und die Chancen auf gute Ergebnisse sollten nicht durch interne Streitigkeiten und eine Nähe zu Gewalttätigkeiten gefährdet werden.

Nach den Wahlen, bei denen die AfD in Berlin 14,2 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern gar 20,8 Prozent erzielen konnte, ist die Partei stark wie nie. Sie ist nunmehr in zehn von 16 Landtagen vertreten und scheint sich bundesweit etabliert zu haben. Doch Anlässe für neue Wendungen im Machtkampf gibt es immer wieder. Anfang des Jahres 2017, also ein gutes halbes Jahr vor der Bundestagswahl, eskalierte in der AfD erneut der Flügelkampf. Dabei wurde klar, dass es nicht allein um Personalfragen, sondern auch um die grundsätzliche Ausrichtung der Partei geht. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand wieder einmal Björn Höcke, der Mitte Januar 2017 auf Einladung der «Jungen Alternative»² in Dresden eine vielbeachtete Rede hielt. Das deutsche Volk sei das einzige der Welt, «das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt» habe (Der Tagesspiegel, 19.1.2017). Vor allem die Bezeichnung «Denkmal der Schande» hat für Unmut gesorgt. Das anschließende Zurückrudern Höckes wirkte einstudiert – natürlich alles nur ein Missverständnis. Die deutsche Grammatik lässt durchaus Interpretationsspielraum: Hat nun die Schande ein Denkmal bekommen oder ist das Denkmal selbst eine Schande? Der Kontext verrät, dass der AfD-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag Letzteres meinte: Er forderte eine «erinnerungspolitische Wende um 180 Grad», denn die «dämliche Bewältigungspolitik» lähme Deutschland (ebd.).

Doch so einfach kam er mit dem kalkulierten Tabubruch dieses Mal nicht durch: Die Kritik ebte nicht, wie sonst üblich, nach wenigen Tagen ab – auch nicht innerhalb der AfD. Die zweite Vorsitzende Frauke Petry ging in einem parteiinternen Rundschreiben an alle Mitglieder auf Konfrontationskurs. Die Rede enthal-

te «Sprengpotenzial für die Einheit der Partei» und «für das Demokratieverständnis der AfD» (Bender 2017). Der heillos zerstrittene AfD-Bundesvorstand leitete daraufhin mit Unterstützung einer Zweidrittelmehrheit Mitte Februar ein Parteiausschlussverfahren gegen Höcke ein. Dagegen stimmten Alexander Gauland, Jörg Meuthen, André Poggenburg und Armin-Paul Hampel. Auf das Ergebnis bei den kurz darauf stattfindenden Landtagswahlen hat sich diese Auseinandersetzung eher negativ ausgewirkt. Im März holte die AfD im Saarland 6,2 Prozent, im Mai kam sie, verglichen mit den Ergebnissen im Jahr 2016, bei den Wahlen in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen auf enttäuschende 5,9 bzw. 7,4 Prozent.

Hinter dem Machtkampf in der AfD verbirgt sich ein schwelender Konflikt zwischen Realos und Fundis. Die Realos sind nicht unbedingt weniger rechts, blicken aber strategisch auf die Mitte, setzen auf Parlamentarismus und wollen im Stile der FPÖ breite Schichten der Bevölkerung ansprechen. «Wir werden Realisten sein oder politisch irrelevant werden», sagte Petry in einem Zeitungsinterview im Januar 2017 (Meisner/Hofmann 2017). So sieht es auch die *Junge Freiheit* (JF). In Bezug auf Höcke schreibt sie, man dürfe sich nicht in den «Krähwinkeleien politischer Romantik verzetteln». «Zielpublikum einer Partei mit Gestaltungsanspruch dürfen nicht die vielleicht vier bis fünf Prozent der Wähler sein, die die Auffassungen eines Björn Höcke teilen könnten.» Zielpublikum seien «vierzig bis fünfzig Prozent oder sogar noch mehr» (Paulwitz 2017). Und JF-Chef Dieter Stein (2017) weiß: «Nur mit einem Kurs realpolitischer Vernunft hat sie eine echte Zukunftschance.»

Die Fundis hingegen setzen – um es mit den Worten Höckes zu sagen – auf eine «fundamentaloppositionelle Bewegungspartei». Für sie sind die Parlamente nicht mehr als eine Plattform – oder wie Höcke im November 2015 auf einer Tagung der neurechten Denkfabrik IfS meinte: Man solle sich in Anbetracht des einsetzenden Staatsverfalls nicht mit Landtagsarbeit «überbeschäftigen». «Wir müssen, und da kann es nur eine deutliche und ganz klare Ansage geben, und das gilt für jeden Abgeordneten, und das gilt für jeden Mandatsträger: Wir müssen raus auf die Straßen und aufklären, aufklären, aufklären» (Paul 2016: 38). Mit diesem Ansatz steht Höcke nicht allein. Er weiß mehrere Tausend AfD-Mitglieder auf seiner Seite und hat mit Meuthen und Gauland einflussreiche Verbündete.

Das zeigte sich auch beim Bundesparteitag der AfD, der Ende April 2017 in Köln stattfand. Im Vorfeld bereitete Frauke Petry einen Antrag vor, wonach sich die Partei für einen «realpolitischen» Kurs aussprechen sollte. Das nahmen ihr viele Parteimitglieder übel. Aufgrund des starken innerparteilichen Drucks erklärte sie wenige Tage vor dem Parteitag, sich nicht als Spit-

² Die «Junge Alternative für Deutschland» (kurz JA) ist die 2013 gegründete und am 28. November 2015 durch den Bundesparteitag anerkannte Jugendorganisation der AfD.

zenkandidatin für den anstehenden Bundestagswahlkampf bewerben zu wollen. Auf dem Parteitag selbst lehnte die Partei ab, ihren sogenannten Zukunftsantrag überhaupt zu behandeln. In seiner Rede griff ihr Mitvorsitzender Jörg Meuthen Petry frontal an, wofür er großen Beifall erhielt. Anschließend widmete sich die Partei dem eigentlichen Grund der Zusammenkunft: der Verabschiedung eines Wahlprogramms. Das Programm dreht sich vor allem um innere Sicherheit, Einwanderung und Familie. Die AfD wendete sich in ihrem Wahlprogramm gegen die angebliche «ungeregelte Massenimmigration in unser Land und in unsere Sozialsysteme», will die Geburtenzahl erhöhen und die Steuern senken (AfD 2017). Als Spitzenkandidat_innen wurden auf dem Parteitag in Köln Alexander Gauland und Alice Weidel gewählt. Gauland hatte bereits im Vorfeld für diese Lösung geworben. Mit der Unternehmensberaterin Weidel konnte so der als gemäßigt geltende neoliberale Flügel miteingebunden werden.

Rund um den Parteitag hatten Gerüchte über eine mögliche Spaltung der Partei die Runde gemacht. Das Journalistenportal *Correctiv* hatte mit Verweis auf Parteikreise berichtet, Petry und ihr Ehemann Marcus Pretzell hätten vor, nach dem Einzug der AfD in den Bundestag die Partei zu spalten (Bensmann 2017). Bis zur Bundestagswahl gab es jedoch eine Art Burgfrieden zwischen den Gegnern. Petry hielt sich weitgehend aus dem Bundestagswahlkampf zurück und das Duo Gauland und Weidel warb in unterschiedlichen Rollen für Stimmen. Gauland sprach eher die Unzufriedenen bzw. das Protestmilieu an, Weidel eher das rechtskonservative bürgerliche Spektrum. Am Ende ging diese Strategie auf. Die AfD holte 12,6 Prozent der Stimmen und zog mit 94 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein, in Sachsen holte sie sogar drei Direktmandate. Nur einen Tag nach der Wahl erklärte Frauke Petry, zu diesem Zeitpunkt immerhin Vorsitzende der AfD, nicht der Bundestagsfraktion angehören zu wollen. Sie verließ wie ihr Mann und Mitstreiter Marcus Pretzell kurz darauf die AfD.

1.7 FAZIT

Die AfD hat für das rechte Projekt die Funktion eines Versuchslabors. Die Entwicklung der Partei wird zeigen, ob die verschiedenen Flügel der Rechten in Deutschland zusammenarbeiten können und welche der Strömungen die Führung innerhalb des rechten Projekts übernehmen wird. Zudem steht die AfD vor der Aufgabe, will sie als Partei auf Dauer existieren, das breite rechte Spektrum in Deutschland langfristig an sich zu binden.

Zugleich bergen die inneren Widersprüche eines Bündnisses von durchaus heterogenen Strömungen erhebliches Konfliktpotenzial. Während der völkische Flügel eng mit einer sich formierenden rechten außerparlamentarischen Bewegung zusammenarbeitet, betrachten die moderater auftretenden Kräfte aus dem nationalneoliberalen und nationalkonservativen Flügel

genau dies mit Sorge. Das zeigt sich etwa beim Thema Einwanderung, die von den völkischen Teilen komplett abgelehnt wird, während die anderen Fraktionen auf Zugangskriterien pochen, die den Interessen der «deutschen Wirtschaft» entsprechen.

Die größten Differenzen bestehen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. So herrscht bei der Freihandelspolitik alles andere als Einigkeit: Manche Strömungen in der AfD lehnen etwa TTIP strikt ab, während andere unter bestimmten Bedingungen diesem Abkommen zustimmen würden. Es gibt unternehmerfreundliche Positionen, zugleich existiert bei vielen der Anspruch, eine «Partei der kleinen Leute» zu sein. Insbesondere die völkischen Kräfte innerhalb der AfD versuchen, der Partei ein sozialeres Antlitz zu verleihen. Angesichts der insgesamt kapitalfreundlichen Programmatik, der engen Verbindungen zu «mittelständischen Unternehmen» und eines beträchtlichen Anteils von Kleinbürger_innen an der sozialen Basis der AfD dürfte das nicht ohne Streit ablaufen.

Doch bei allen Widersprüchen innerhalb des rechten Projekts herrscht in den Grundzügen Einigkeit: Alle Strömungen folgen der Ideologie der Ungleichheit. Ob für das Kollektiv (vor allem bei der völkischen Strömung) oder das Individuum (insbesondere bei den Nationalneoliberalen), für alle gilt die Überlegenheit des Stärkeren gegenüber dem Schwachen.

Spielte die nationalneoliberale Strömung mit ihrer Kritik an der Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2014 die Hauptrolle, konnten sich spätestens seit 2015 die Vertreter_innen des völkischen Flügels in den Vordergrund rücken. Die nationalkonservative Strömung, die in der Partei nach wie vor sehr stark vertreten ist, wirkt ob der Provokationspolitik der Völkischen tendenziell blass. Zusehends gelingt es den radikalen Strömungen, die AfD nach rechts zu verschieben.

Trotz allen Konfliktpotenzials ist aber nicht davon auszugehen, dass sich die Auseinandersetzungen zu einer Selbstdemontage ausweiten werden. Der Ausstieg von Petry und Pretzell hat bisher nicht zu einer größeren Austrittswelle geführt. Wahrscheinlicher ist, dass die AfD als Integrationsmaschine für die drei Strömungen fungiert, zumal sie sich nicht zwingend auf einen Gesellschaftsentwurf festlegen muss. Vielmehr dürfte sich das «Modell Gauland» durchsetzen. In einem längeren Interview schwärmte er von seiner früheren Partei, als diese noch gut funktioniert habe: «In den Hochzeiten der CDU haben verschiedene Flügel – der soziale, der konservative und der liberale – miteinander gerungen» (Friedrich 2017). Entsprechend brauche auch die AfD sowohl einen wirtschaftsliberalen wie auch einen konservativen und sozialen Flügel. «Wir müssen lernen, dass diese Flügel zusammenwirken und dass sie gemeinsam ein Ganzes bilden. Die Flügel dürfen nicht gegeneinanderstehen» (ebd.).

Sebastian Friedrich

LITERATUR

- AfD Brandenburg (2014):** Mut zu Brandenburg – bodenständig und frei leben. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland in Brandenburg zur Landtagswahl am 14. September 2014, Potsdam.
- AfD (2016):** Programm für Deutschland. Das Grundsatzzprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin.
- AfD (2017):** Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Berlin.
- Agnoli, Johannes (1967):** Die Transformation der Demokratie, Berlin.
- Amann, Melanie/Pfister, René (2015):** «Das Tabu brechen», in: Der Spiegel 4/2015, 17.1.2015.
- Amnesty International (2016):** Living in Insecurity. Germany is Failing Victims of Racist Violence, London, unter: www.amnesty.org/download/Documents/EUR2341122016ENGLISH.PDF [31.8.2016].
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017):** Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage, Berlin, unter: www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/Handout_Themenjahrumfrage_2017.pdf?__blob=publicationFile&v=3 [23.1.2017].
- Bebnowski, David/Förster, Lisa Julika (2014):** Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen, Frankfurt a. M.
- Bender, Julius (2017):** Petry kritisiert Höcke in Rundschreiben an AfD-Mitglieder, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.1.2017.
- Bensmann, Marcus (2016):** Die Identitären und die AfD, in: Corrective, 20.8.2016, unter: <https://correctiv.org/recherchen/neue-rechte/artikel/2016/08/28/die-identitaeren-und-die-afd/> [4.10.2016].
- Bensmann, Marcus (2017):** AfD: Spaltung nach der Bundestagswahl?, in: Correctiv.Ruhr, 20.4.2017, unter: <https://correctiv.org/blog/ruhr/artikel/2017/04/20/afd-spaltung-nach-der-bundestagswahl/> [1.7.2017].
- Bertelsmann Stiftung (2012):** Mittelschicht schrumpft seit 15 Jahren, Gütersloh, unter: www.bertelsmannstiftung.de/de/unsere-projekte/wirtschaftliche-dynamik-und-beschaeftigung/projektnachrichten/mittelschicht-schrumpft-seit-15-jahren [22.7.2017].
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinilber, Jochen (2000):** Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinilber, Jochen (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster, S. 102–130.
- Birnbaum, Robert (2016):** Merkels Demoskop, in: Der Tagesspiegel, 24.6.2016.
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2016):** Die Identitären. Der modernisierte Rassismus einer Jugendbewegung der Neuen Rechten, in: Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (Hrsg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster, S. 82–92.
- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2014):** Historisch-materialistische Politikanalyse. Die Operationalisierung materialistischer Staatstheorie für die empirische Forschung, in: Buckel, Sonja u. a. (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld, S. 43–59.
- Castel, Robert (2009):** Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, in: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a. M., S. 21–34.
- Crouch, Colin (2008):** Postdemokratie, Frankfurt a. M.
- Demo für alle (2014a):** Reden und Grußworte vom 28. Juni in Stuttgart, unter: <https://demofueralle.wordpress.com/2014/06/29/demo-fur-alle-reden-und-grussworte-vom-28-juni-in-stuttgart> [22.12.2014].
- Demo für alle (2014b):** Demo 19. Oktober 2014, unter: <https://demofueralle.wordpress.com/service/demo-19-oktober-14> [22.12.2014].
- Der Flügel (2016):** Anträge zum Parteitag. Deutsche Leitkultur, unter: www.derfluegel.de/2016/04/27/antraege-zum-parteitag-4/ [2.6.2016].
- Dorn, Christian (2013):** Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?, in: eigentümlich frei, 19.3.2013, unter: <http://ef-magazin.de/2013/09/19/4516-forum-freiheit-2013-afd-oder-fdp> [22.12.2014].
- Exakt (2015):** Richtungsstreit: Wie weit rechts steht die AfD? Sendung vom 21.5.2015, Manuskript, unter: www.mdr.de/exakt/afd_hoecke106.html [18.8.2016].
- Fischer, Konrad u. a. (2016):** Die AfD wird im Mittelstand salonfähig, in: WirtschaftsWoche, 15.9.2016.
- Friedrich, Sebastian (2011):** Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Einleitung, in: Friedrich, Sebastian (Hrsg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der «Sarrazindebatte», Münster, S. 8–38.
- Friedrich, Sebastian (2012):** Sprung nach links? Zu den jüngsten Wendungen im FAZ-Feuilleton, in: DISS Journal Nr. 23, S. 35–37.
- Friedrich, Sebastian (2016):** Von Le Pen lernen, in: Der Freitag 12/2016, S. 14.
- Friedrich, Sebastian (2017):** Die AfD. Analysen – Hintergründe – Kontroversen, Berlin.
- Friedrich, Sebastian/Pierdicca, Marika (2016):** Willkommen in der Ausbeutung. Autonomie der Migration, Rassismus und Kapitalismus in Deutschland, in: Baumann, Hans u. a. (Hrsg.): Denknetz Jahrbuch 2016 – Migration ohne Grenzen, Zürich, S. 50–58.
- Fugman, Tom (2016):** Raffiniert: Die Linie der Neuen Rechten. ZAPP – Das Medienmagazin vom 27.1.2016.
- Fukuyama, Francis (1992):** The End of History and the Last Man, New York u. a.
- Funke, Michael/Lucke, Bernd/Straubhaar, Thomas (2005):** Hamburger Appell, unter: www.hwwi.org/uploads/tx_wilpubdb/Hamburger_Appell.pdf.

- Gauland, Alexander (2002):** Anleitung zum Konservativsein, Stuttgart/München.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015):** Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld.
- Goebel, Jan/Grabka, Markus M./Schröder, Carsten (2015):** Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht, DIW Wochenbericht 25/2015, S. 571–585.
- Grabka, Markus M./Westermeier, Christian (2014):** Anhaltende hohe Vermögensungleichheit, DIW Wochenbericht 9/2014, S. 151–164.
- Harvey, David (2007):** Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich.
- Häusler, Alexander (2013):** Die «Alternative für Deutschland» – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, Düsseldorf.
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2013):** Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/RLS_Studien_Europapolitik.pdf.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2010):** Deutsche Zustände. Folge 9, Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Berlin, unter: www.uni-bielefeld.de/ikg/Pressehandout_GMF_2010.pdf [22.12.2014].
- Herman, Eva (2006):** Das Eva-Prinzip. Für eine neue Weiblichkeit, München/Zürich.
- Hobsbawm, Eric (1995):** Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien.
- Höcke, Björn (2015):** Offener Brief an AfD-Bundesvorstand und AfD-Mitglieder, unter: <http://afd-thueringen.de/2015/04/offener-brief-an-afd-bundesvorstand-und-afd-mitglieder/> [18.8.2016].
- Ivitz, Ellen (2015):** So sehr verfällt die AfD in Nazi-Jargon, in: Der Stern, 30.10.2015.
- Jahberg, Heike (2014):** «Die AfD ist keine Alternative» – Interview mit Familienunternehmer Lutz Goebel, in: Der Tagesspiegel, 28.9.2014.
- Jentzsch, Ulli (2016):** Die «Lebensschutz»-Bewegung und die AfD. Nur ein Teil der Bewegung ergreift Partei, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland, Wiesbaden, S. 99–107.
- Jung, Matthias (2015a):** Notwendige Modernisierung. Warum Parteien sich damit so schwertun, in: Die Politische Meinung Nr. 530, S. 12–16.
- Jung, Matthias (2015b):** Die AfD als Chance für die Union. Die Union muss sich der politischen Mitte weiter annähernd, in: Politische Studien Nr. 460, S. 47–57.
- Kahrs, Horst (2014):** Leistung ist ihr Lieblingswort, in: analyse & kritik Nr. 598, S. 28.
- Kellershohn, Helmut (2016):** Allzeit bereit. Das Grundsatzzprogramm der AfD plädiert für einen nationalen Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis, in: analyse & kritik Nr. 617, S. 7.
- Kemper, Andreas (2011):** Klassismus unter deutschen Politikern, unter: <https://andreasemper.org/2011/12/07/klassismus-von-deutschen-politikern/> [23.1.2017].
- Kemper, Andreas (2016):** Antiemanzipatorische Netzwerke und die Geschlechter- und Familienpolitik der Alternative für Deutschland, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, S. 81–97.
- Köcher, Renate (2012):** Das Unbehagen am Kapitalismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.2.2012, S. 5.
- Kölmel, Bernd/Trebesius, Ulrike/Henkel, Hans-Olaf/Starbatty, Joachim (2015):** Deutschland-Resolution, unter: <http://deutschland-resolution.de/deutschland-resolution/> [18.8.2016].
- Korsch, Felix (2014):** Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der «Alternative für Deutschland», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_National-konservativ.pdf.
- Korsch, Felix (2016):** «Natürliche Verbündete»? Die Pegida-Debatte in der AfD zwischen Anziehung und Ablehnung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland, Wiesbaden, S. 111–134.
- Kronauer, Jörg (2016):** Demokratie als Feindbild: die Hayek-Gesellschaft, in: analyse & kritik, unter: www.akweb.de/ak_s/ak614/03.htm [5.10.2016].
- Lachmann, Günther (2014a):** AfD-Spitze zerlegt sich im Richtungsstreit, in: Die Welt, 31.10.2014.
- Lachmann, Günther (2014b):** AfD sieht sich als natürlichen Pegida-Verbündeten, in: Die Welt, 11.12.2014.
- Lobbypedia (2016):** Die Familienunternehmer – ASU, unter: https://lobbypedia.de/wiki/Die_Familienunternehmer_-_ASU.
- Mack, Steffen/Serif, Walter (2016):** «Sie können es nicht lassen» – Interview mit Frauke Petry, in: Mannheimer Morgen, 30.1.2016.
- Meisner, Matthias/Hofmann, Laura (2017):** Brandrede in Dresden: Der totale Höcke, in: Der Tagesspiegel, 18.1.2017.
- Nachtwey, Oliver (2016):** Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin.
- Niedermayer, Oskar (2011):** Partei-Profil DIE FREIHEIT, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Patriotische Plattform (2016):** Wir sind identitär, unter: <http://patriotische-plattform.de/blog/2016/06/14/wir-sind-identitaer> [31.8.2016].
- Paul, Jobst (2016):** Der Niedergang – der Umsturz – das Nichts. Rassistische Demagogie und suizidale Perspektive in Björn Höckes Schnellrodaer IfS-Rede, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

- (DISS), Duisburg, unter: www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2016/02/Jobst_Paul-Bjoern_Hoeckes_lfS-Rede.pdf.
- Paulwitz, Michael (2017):** Riskanter Warnruf, in: Junge Freiheit, 15.2.2017.
- Petry, Frauke/Müller, Hansjörg (2015):** Gemeinsame Presseerklärung der AfD-Partei und des Mittelstandsforums, unter: www.afd-mittelstand.de/grav/de/nachrichten/archiv/gemeinsame-presseerklaerung-der-afd-partei-und-des-afd-mittelstandsforums.
- Pichler, Roland (2014):** Familienunternehmen geben der AfD die Bühne, in: Stuttgarter Zeitung, 8.5.2014.
- Plehwe, Dieter/Schlögl, Dieter (2014):** Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa) skeptischen Partei Alternative für Deutschland, WZB Discussion Paper, SP III 2014-501, Berlin.
- Plehwe, Dieter (2016):** Alternative für Deutschland? Europäische und transatlantische Dimensionen des neuen Rechtsliberalismus, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland, Wiesbaden, S. 53–66.
- Prokla-Redaktion (2016):** Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand, in: Prokla 185, S. 507–542.
- Reinfeldt, Sebastian (2013):** «Wir für Euch». Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise, Münster.
- Sablowski, Thomas (2008):** Kapitalfraktionen, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 7/1, Hamburg, S. 203–220.
- Schirmacher, Frank (2011a):** Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.8.2011, S. 17.
- Schirmacher, Frank (2011b):** Demokratie ist Ramsch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.11.2011, S. 29.
- Schreiner, Patrick (2015):** Unterwerfung als Freiheit. Leben im Neoliberalismus, Köln.
- Schroeder, Klaus/Deutz-Schroeder, Monika (2015):** Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Frankfurt a. M.
- Sinus Sociovision (o.J.):** Die Sinus-Milieus in Deutschland 2015, unter: www.sinus-institut.de/veroeffentlichungen/downloads/download/die-sinus-milieuR-2015/download-file/1074/download-a/download/download-c/Category/ [20.7.2016].
- Stein, Dieter (2017):** Klärungen sind unvermeidbar, in: Junge Freiheit, 16.2.2017.
- Stein, Timo (2013):** «Wir lehnen Ausländerfeindlichkeit ab.» Interview mit Bernd Lucke, in: Cicero, 8.4.2013.
- Stützle, Ingo (2013):** Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise, Münster.
- Tucholsky, Kurt (1958):** ... ganz anders, Berlin.
- Wehner, Markus/Lohe, Eckart (2016):** Gauland beleidigt Boateng, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.5.2016.
- Westermeier, Christian/Grabka, Markus M. (2015):** Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, DIW Wochenbericht 7/2015, S. 123–132.
- Wiegel, Gerd (2015):** Bürgerbewegung von rechts. Die PEGIDA-Proteste und ihre Ursachen, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 101, März 2005, unter: <http://zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/1303.buergerbewegung-von-rechts.html> [26.8.2016].
- Wulff, Christian (2010):** Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, unter: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Christian-Wulff/Reden/2010/10/20101003_Rede.html [22.12.14]
- Zick, Andreas/Klein, Anna (2014):** Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Bonn.

2 DIE AFD IN SACHSEN-ANHALT VON IHRER GRÜNDUNG BIS ZUR LANDTAGSWAHL 2016

2.1 GRÜNDUNGSPHASE

Am 5. April 2013 gründete sich als einer der letzten Landesverbände die AfD Sachsen-Anhalt (Förster u. a. 2016: 33). Der erste Vorsitzende war Michael Heendorf. Der Ende 2016 verstorbene Magdeburger spielte in der Gründungsphase der bundesweiten AfD eine entscheidende Rolle. Er war Mitgliederbeauftragter der «Wahlalternative 2013», dem Vorgängerverein der AfD, klapperte die Mitglieder der Wahlalternative im ganzen Bundesgebiet ab und wählte die Länderbeauftragten aus (Amann 2017: 51 f.). Vor diesem Engagement war er bereits bei der PDS und später bei der CDU als Stadtrat aktiv (Bock/Honig 2013). Ihn trieb die Kritik an der Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung zur Wahlalternative (Brost/Coen 2015). Kurze Zeit nach der offiziellen Gründung der AfD geriet Heendorf mit der Partei in Streit. Im Bundesvorstand stellte er einen Antrag auf die Abwahl Luckes und versuchte gar wegen formaler Unregelmäßigkeiten, den Wahlantritt der AfD bei den Bundestagswahlen zu verhindern (Amann 2017: 61). Auch in Sachsen-Anhalt geriet er zunehmend mit seinen Parteifreunden in Streit. Heendorf sah sich massiver Kritik ausgesetzt: So wurde vor allem sein Führungsstil kritisiert (Bock/Honig 2013). Ende Dezember trat er von seinem Posten zurück und kurze Zeit später aus der AfD aus.

Bei den Bundestagswahlen 2013 schnitt die AfD in Sachsen-Anhalt unterdurchschnittlich ab. Sie erhielt landesweit 4,2 Prozent der gültigen Stimmen, bundesweit aber 4,7 Prozent. Es war das schwächste Ergebnis der AfD in den neuen Bundesländern. Am besten schnitt die AfD in Sachsen-Anhalt in den Wahlkreisen Dessau/Wittenberg (5,1 Prozent) und in Anhalt (4,8 Prozent) ab.

Am 21. Dezember wählte der Landesparteitag Arndt Klapproth aus Dessau-Roßlau zum neuen Vorsitzenden. Er gewann knapp gegen Andreas Herning, ebenfalls aus Dessau-Roßlau, der dann Landesschatzmeister wurde (ebd.). Die Streitigkeiten und Machtkämpfe innerhalb der Partei rissen auch unter dem neuen Landesvorsitzenden nicht ab. Klapproth konnte sich ebenfalls nicht lange als Vorsitzender halten. Auf Druck einiger Kreisvorsitzender, darunter André Poggenburg, die ihm Veruntreuung von Parteigeldern und satzungswidriges Verhalten vorwarfen, trat er zurück (Förster u. a. 2016: 34). Nachdem Tobias Rausch kurze Zeit Interimsvorsitzender war, übernahm im Juni 2014 André Poggenburg den Landesvorsitz.

Kurz vorher hatten gleichzeitig zwei Wahlen stattgefunden: Erstens hatten am 25. Mai bundesweit Stimmberechtigte Abgeordnete für das Europaparlament gewählt. Zweitens hatten in einigen Bundesländern, darunter auch Sachsen-Anhalt, Kommunalwahlen stattgefunden. Dabei waren Vertretungen für Kreistage, Stadträte, Gemeinderäte und Ortschaftsrä-

te gewählt worden. Der Kommunalwahlkampf war für die AfD äußerst chaotisch verlaufen, was vor allem an der Auswahl ihrer Kandidat_innen lag. So hatten Medienberichte über kriminelle Kandidaten die Runde gemacht. Gegen mehrere Kandidaten waren Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, unter anderem wegen Gewalt- und Drogendelikten (Fricke 2014). Der bekannteste Fall: Vor den Wahlen war herausgekommen, dass gegen den Magdeburger Spitzenkandidaten der AfD, Jörg Alsleben, wegen Nötigung, Bedrohung und Körperverletzung ermittelt wurde. Außerdem soll er Medienberichten zufolge an den Himmelfahrtskrawallen in Magdeburg beteiligt gewesen sein (K. T. 2014). Bei den Magdeburger Himmelfahrtskrawallen am 12. Mai 1994 hatten Neonazis eine Gruppe von schwarzen Menschen stundenlang durch die Stadt gejagt. Verletzt worden war dabei unter anderem der Algerier Farid Boukhit, der viereinhalb Monate später seinen schweren Verletzungen erlag.

Bei den Gemeinderatswahlen 2014 holte die AfD 2,5 Prozent der Stimmen und 34 Sitze. Bei den Kreistagswahlen und den Stadtratswahlen in den kreisfreien Städten erzielte die AfD insgesamt 2,3 Prozent der Stimmen und 16 Sitze. Dort, wo die AfD flächendeckend antrat, holte sie insgesamt 4,3 Prozent. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Europaparlament erhielt die AfD in Sachsen-Anhalt 6,3 Prozent, bundesweit holte sie 7,1 Prozent. Sachsen-Anhalt war erneut das Bundesland im Osten, in dem die AfD mit Abstand am schwächsten abschnitt. Im gesamten Bundesgebiet erreichte die AfD bei beiden Wahlen jeweils nur in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ein schlechteres Ergebnis. In Sachsen-Anhalt war die Partei am stärksten in den Wahlkreisen Dessau-Roßlau/Stadt (8,2 Prozent) sowie in Anhalt-Bitterfeld (8,1 Prozent).

Nach den Wahlen kehrte bei der AfD in Sachsen-Anhalt keine Ruhe ein. Auf kommunaler Ebene zerfielen Fraktionen. In Dessau-Roßlau gab es ab September 2014 bis zur Spaltung der AfD im Sommer 2015 gar einen Kreisverband und einen Stadtverband, die sich gegenseitig nicht anerkannten (Brachert 2015). Auch die Skandale rissen nicht ab. Der damalige Beisitzer im Landesvorstand, Jobst von Harlessem, teilte auf Facebook eine Fotomontage, in der der US-Präsident Barack Obama am Galgen hing, weswegen der zurücktreten musste (Eichler 2014). Auf Van Harlessems Facebook-Seite verglich Landesvorstandsmitglied Dirk Hoffmann die Politik der israelischen Regierung im Gazastreifen mit dem Holocaust (O. N. 2014). Insgesamt machte die AfD Sachsen-Anhalt in der Zeit von ihrer Gründung bis Anfang 2015 vor allem durch interne Streitigkeiten und Machtkämpfe von sich reden. Zwei Jahre nach der Gründung konstatierte das *Antifaschistische Infoblatt* (2015a): «Inhaltliche, politische Arbeit

zeigt die offiziell flächendeckend organisierte Partei dagegen bisher kaum.» Entsprechend war der Organisationsgrad der Partei sehr gering: Ende 2013 hatte die Partei nach eigenen Angaben knapp 240 Mitglieder und verfügte über acht Kreisverbände (Bock/Honig 2013).

2.2 RADIKALISIERUNG UND AUFTRIEB BIS ZU DER LANDTAGSWAHL IM MÄRZ 2016

Unter Poggenburg gab es zwar weiterhin Machtkämpfe in der AfD in Sachsen-Anhalt, diese beruhigten sich allerdings etwas, was auch an der klaren Linie liegen dürfte, die Poggenburg einschlug. «Inhaltlich wie personell richtete sich der Landesverband unter Poggenburg neu aus. Interne Kritiker zogen sich größtenteils zurück. Poggenburg rückte den Landesverband deutlich nach rechts, verlor zunehmend Distanz zu Strukturen und Forderungen insbesondere der Neuen Rechten» (Förster u. a. 2016: 34).

Ein deutliches Anzeichen für die Rechtsentwicklung innerhalb der AfD in Sachsen-Anhalt hatte es bereits Anfang 2015 gegeben. Am 14. März 2015 hatte Poggenburg gemeinsam mit dem AfD-Rechtsaußen Björn Höcke auf dem Landesparteitag der AfD Thüringen die «Erfurter Resolution» vorgestellt. Darin richteten sie sich gegen den Kurs der AfD, der sie vorwarfen, sich an den Betrieb der etablierten Parteien anzupassen. Sie beklagten einen Umbau der AfD «zu einer technokratisch ausgerichteten Partei» (Erfurter Resolution 2015) und kritisierten damit, ohne Namen zu nennen, den Kurs von Bernd Lucke. Höcke und Poggenburg betonten, dass die AfD eine «grundsätzliche, patriotische und demokratische Alternative zu den etablierten Parteien» sei, eine «Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus und Erziehungsbeliebigkeit usf.)» (ebd.). Mehr noch: Die AfD sei Teil einer «Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands, als Partei, die den Mut zur Wahrheit und zum wirklich freien Wort besitzt» (ebd.). Am Ende folgte eine offene Kampfansage an die Gruppe um Lucke: Ziel der Resolution sei «die Sammlung aller auf eine echte Alternative zu den bestehenden Parteien ausgerichteten Kräfte innerhalb der AfD» (Höcke/Poggenburg 2015). Binnen einer Woche hatten 1.600 AfD-Mitglieder die Resolution unterzeichnet, darunter auch Alexander Gauland.

Doch nicht nur das Schriftstück und die Organisation der Parteirechten stehen für die Rechtsverschiebung der AfD in Sachsen-Anhalt (und der gesamten AfD), auch die Entstehungsgeschichte ist brisant. Wenige Wochen vorher war herausgekommen, dass Ellen Schenke, alias Ellen Kositzka, sowie Götz Kubitschek vom IfS die Mitgliedschaft in der AfD beantragt hatten. Sie waren im Januar 2015 zunächst in die Partei aufgenommen worden. Der Bundesvorstand der AfD hatte allerdings im Februar von seinem Vetorecht Gebrauch

gemacht und hatte mitteilen lassen, der Aufnahmeantrag sei abgelehnt worden.

Poggenburg hatte sich für die Mitgliedschaft Kositzkas und Kubitscheks eingesetzt. Auch die «Patriotische Plattform» hatte sich mit ihnen solidarisiert und gleichzeitig eine Kampfansage abgegeben: «Die AfD wird entweder mit Götz Kubitschek sein oder sie wird gar nicht sein!» (Patriotische Plattform 2015). Dieser Konflikt führte dazu, dass der völkische Flügel um Höcke mit dem Flügel um Lucke darüber diskutierte, wie weit rechts die AfD stehen darf. Laut der Journalistin Melanie Amann (2017: 147 f.) war die Ablehnung der IfS-Größen Anlass für den völkischen Flügel, sich zu organisieren. Demnach habe Götz Kubitschek Höcke davon überzeugt, dass sich die Rechten in der AfD sammeln müssten. Um festzustellen, wie stark die Basis sei, so seine Argumentation, müsse eine Resolution her, die alle Mitglieder unterschreiben könnten. Für diese Resolution soll Kubitschek den ersten Entwurf erstellt haben (ebd.: 148).

Die Verbindungen zwischen der AfD-Spitze in Sachsen-Anhalt, dem völkischen Parteiflügel und der Neuen Rechten wurden enger. Beim AfD-Landesparteitag in Ziegenhagen in der Altmark Mitte April 2015 positionierte sich der Landesverband offiziell am rechten Rand der Partei. Während in der Bundes-AfD der Streit zwischen Lucke und Petry weiterging, setzte der Landesparteitag ein klares Signal, als er mit großer Mehrheit die «Erfurter Resolution» verabschiedete. Eingeladen war auch Ellen Kositzka – nicht als Mitglied, sondern als Referentin. Sie sprach auf dem Parteitag zum Thema Familie (Schierholz 2015).

Nach der Abspaltung der Lucke-Fraktion infolge des Parteitags im Juli 2015 befand sich die AfD im Umfrage Tief. Um aus diesem herauszukommen, versuchte die Bundes-AfD früh, mit ihrer Kritik an der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wieder Auftrieb zu bekommen. Sie entwickelte eine «Herbstoffensive»: Mit Infoständen, Demonstrationen und Gesprächen an der Basis wollte die AfD wieder Fuß fassen. Vor allem in Sachsen-Anhalt nutzte die AfD – etwa ein halbes Jahr vor der Landtagswahl – diese Kampagne. In Sachsen-Anhalt organisierte die AfD ab Mitte Oktober 2015 zehn Demonstrationen. Die größte fand in Magdeburg statt. An ihr nahmen etwa 2.000 Menschen teil (ebd.). Laut «Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.» beteiligten sich an den Demonstrationen «alle Spektren der extremen Rechten bis hin zu neonazistischen Hooligans» (Begrich/Barthel 2016).

Die militärische Bezeichnung «Herbstoffensive» nahmen einige in der AfD recht wörtlich. René Augustin, Direktkandidat für die Landtagswahl, schrieb im Herbst 2015 auf Facebook davon, politische Gegner an die Wand stellen zu wollen, was der Wahlkampfleiter Daniel Roi – offenbar vor allem aus taktischen Erwägungen – kritisierte. Angesichts der Medien, die so etwas ausschlichten würden, «sollten wir grade jetzt genau überlegen, wie wir Dinge formulieren» (Förster u. a. 2016: 35).

Die AfD befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits im Vorwahlkampf. Poggenburg stachelte diesen noch weiter an, als er in einer Art Weihnachtsansprache auf Facebook schrieb: «Gerade in dieser Zeit ist es angebracht, einmal über gemeinsame Werte, Verantwortung für die Volksgemeinschaft [...] nachzudenken» (Begrich 2016). Er verwendete den Begriff «Volksgemeinschaft», der allgemein mit der Ideologie des Nationalsozialismus verbunden wird, und versuchte, diese Wortwahl damit zu rechtfertigen, dass der Begriff bereits in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik gebräuchlich gewesen sei (ebd.).

Unter den Kandidat_innen für die Landtagswahlen waren einige unbeschriebene Blätter und kaum jemand mit Politikerfahrung. Nur wenige konnten wie Robert Farle auf Parlamentserfahrung zurückgreifen. Farle war bis 1990 DKP-Mitglied gewesen. Seine Motivation, sich in der AfD zu engagieren, war nach eigener Auskunft der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Gegenüber dem *Spiegel* sprach er mit Tränen in den Augen von der Sorge, dass es wieder einen Krieg in Deutschland geben könne (Amann 2017: 47). Bei der Landesliste fällt außerdem auf, dass sich unter den 36 Kandidat_innen lediglich fünf Frauen befanden. Außerdem waren unter den ersten zwölf Kandidaten «mindestens zehn Kandidaten, die die von Höcke und Poggenburg initiierte Erfurter Resolution unterzeichnet» hatten (Förster u. a. 2016: 38).

Die Rechtsausrichtung des Landesverbands machte sich auch in seinem Wahlprogramm bemerkbar (AfD Brandenburg 2015), das laut einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung «im Wesentlichen von völkischen, nationalistisch-identitären und rechtspopulistischen Inhalten und Rhetoriken getragen» ist (Förster u. a. 2016: 36). David und Pascal Begrich (2016) vom «Netzwerk Miteinander» kommen zu einer ähnlichen Einschätzung: Das Programm «ankert in einem Politikansatz, der Staat, Gesellschaft und Politik von den Begriffen Volk, Nation und Identität her denkt. Alle politischen Handlungsfelder werden diesen Begriffen untergeordnet».

Sebastian Friedrich

LITERATUR

AfD Brandenburg (2015): Die Stimme der Bürger – unser Programm. Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016, Potsdam.

Amann, Melanie (2017): Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD: wo sie herkommt, wer sie führt, wohin sie steuert, München.

Antifaschistisches Infoblatt (2015a): Rechtsruck – Die AfD in den Landtagen und kommunalen Gremien, in: Antifaschistisches Infoblatt 2/2015, unter: www.antifainfoblatt.de/artikel/rechtsruck-die-afd-den-landtagen-und-kommunalen-gremien [31.3.2017].

Antifaschistisches Infoblatt (2015b): «Die Stimme der Bürger ist unser Programm!» – Die «Alternative für Deutschland» in Sachsen-Anhalt, in: Antifaschistisches Infoblatt 4/2015, unter: www.antifainfoblatt.de/artikel/„die-stimme-der-bürger-ist-unser-programm [31.3.2017].

Begrich, David (2016): Grüße an die Volksgemeinschaft. Die AfD Sachsen-Anhalt im Vorwahlkampf, unter: www.miteinander-ev.de/index.php?page=103&modaction=detail&modid=607 [31.3.2017].

Begrich, David/Barthel, Michael (2016): Vom Euro-skeptizismus zur völkischen Bewegungspartei. Der programmatische Wandel der AfD, unter: www.miteinander-ev.de/index.php?page=102&modaction=detail&modid=616 [31.3.2017].

Begrich, David/Begrich, Pascal (2016): Volk – Nation – Identität. Das Wahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt, unter: www.miteinander-ev.de/index.php?page=61&modaction=detail&modid=612 [31.3.2017].

Bock, Michael/Honig, Steffen (2013): Alternative für Deutschland stellt sich personell neu auf, in: *Volksstimme*, 24.12.2013.

Brachert, Steffen (2015): AfD kommt in Dessau-Roßlau nicht zur Ruhe. Ende des Streits nicht in Sicht, in: *Mitteldeutsche Zeitung*, 18.5.2015.

Brost, Marc/Coen, Amrai (2015): Wie wird aus Protest eine Partei?, in: *Die Zeit*, 11.4.2013.

Eichler, Hagen (2014): Rücktritt bei der AfD nach Facebook-Affäre, in: *Volksstimme*, 15.11.2014.

Förster, Julika/Geiges, Lars/Hensel, Alexander/Pausch, Robert (2016): Die AfD vor den Landtagswahlen 2016 – Programme, Profile und Potenziale, OBS-Arbeitspapier Nr. 20, Frankfurt a. M., S. 33.

Fricke, Matthias (2014): Kriminelle unterwandern AfD, in: *Volksstimme*, 7.5.2014.

Höcke, Björn/Poggenburg, André (2015): Erfurter Resolution, unter: www.derfluegel.de/erfurter-resolution/ [18.8.2016].

K. T. (2014): Strafrechtlich vorbelasteter AfD-Kandidat, in: *Volksstimme*, 28.5.2014.

O. N. (2014): AfD-Vorstand distanziert sich vom Landesverband Sachsen-Anhalt, in: *Mitteldeutsche Zeitung*, 8.10.2014.

Patriotische Plattform (2015): Erklärung der Patriotischen Plattform: Die AfD wird entweder mit Götz Kubitschek sein oder sie wird gar nicht sein, unter: <http://patriotische-plattform.de/blog/2015/02/21/erklarung-der-patriotischen-plattform-die-afd-wird-entweder-mit-goetz-kubitschek-sein-oder-sie-wird-gar-nicht-sein/> [31.3.2017].

Schierholz, Alexander (2015): Parteitag in Ziegenhagen. Die AfD will rechts überholen, in: *Mitteldeutsche Zeitung*, 19.4.2015.

3 AUFTRETEN UND PARLAMENTSPRAXIS DER AfD SACHSEN-ANHALT NACH DER LANDTAGSWAHL 2016

3.1 ZUSAMMENSETZUNG, KONSTITUIERUNG UND HOLPRIGER START DER FRAKTION: MÄRZ BIS SEPTEMBER 2017

Bei der Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt holte die AfD 24,3 Prozent der Stimmen und zog als zweitstärkste Fraktion und als stärkste Oppositionspartei in den Landtag ein. Dieses gute Ergebnis war überraschend: Es übertraf nicht nur die letzten Prognosen der Forschungsgruppe Wahlen (18 Prozent), sondern auch die von Forsa (18 Prozent) und von INSA (19 Prozent) deutlich. Insgesamt 25 Kandidat_innen gelang der Einzug ins Landesparlament,³ unter ihnen 15, die ein Direktmandat in ihren Wahlkreisen gewonnen hatten. Die übrigen zehn zogen über Listenplätze ein. Nur die CDU konnte mit 27 (-14) mehr Direktmandate gewinnen. Von den anderen Parteien holte lediglich DIE LINKE ein Direktmandat (-2), während die SPD ihres verlor. In den Landtag zogen insgesamt 30 Abgeordnete der CDU, 25 der AfD, 16 der Partei DIE LINKE, elf der SPD sowie fünf der Grünen ein. Die Regierung wurde aus einer sogenannten Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Grünen unter Ministerpräsident Rainer Haselhoff (CDU) gebildet.

Die Fraktionsgröße eröffnete der AfD unter anderem die Möglichkeit, eigenständig Gesetzentwürfe in die Ausschüsse zu überweisen (hierfür sind 24 Stimmen nötig) sowie Untersuchungsausschüsse, Enquete-Kommissionen oder Sondersitzungen des Landtags einzuberufen (hierfür sind je 22 Stimmen nötig). Aufgrund von Streitigkeiten und Machtkämpfen innerhalb der AfD-Fraktion (vgl. hierzu ausführlicher Kapitel 3.5) kam es dazu, dass drei Abgeordnete diese im Juni 2017 verließen: Gottfried Backhaus, Jens Diederichs und Sarah Saueremann. Zwei von ihnen blieben fraktionslos, Diederichs wechselte in die CDU-Fraktion. Dadurch entfallen künftig für die AfD einige der oben genannten parlamentarischen Interventionsmöglichkeiten.

Neben dem überraschenden Wahlergebnis fiel die AfD-Fraktion darüber hinaus durch ihre ungewöhnliche Zusammensetzung auf: Sie war jung und männlich dominiert. Abgesehen vom ältesten Landtagsabgeordneten Willi Mittelstädt (geb. 1947) waren von den 25 Abgeordneten 13 nicht älter als 45 Jahre. Unter den zehn jüngsten Landtagsmitgliedern befanden sich allein acht aus der AfD und auch die einzigen vier, die nach 1989 geboren worden sind. Mit Sarah Saueremann und Lydia Funke gab es zunächst lediglich zwei weibliche Abgeordnete in der AfD-Fraktion, was einem Frauenanteil von 8 Prozent entspricht.⁴ Nach dem Austritt von Sarah Saueremann aus der Fraktion ist nur noch eine Frau übriggeblieben.

Auffällig ist zudem, dass beim Einzug in den Landtag keines der AfD-Fraktionsmitglieder über parlamentarische Erfahrung jenseits der kommunalen Ebene

verfügte. Für viele war die AfD die erste Station ihres politischen Wirkens. Neun Abgeordnete waren zuvor bereits Mitglieder in anderen Parteien gewesen: vier in der CDU, zwei in der SED, jeweils einer in der FDP, DKP und im Neuen Forum. Andreas Mrosek, ehemaliges CDU-Mitglied, war zudem 2002 für den DVU-Ableger «Freiheitliche Deutsche Volkspartei» zur Landtagswahl angetreten. Einen konfessionellen Hintergrund gaben lediglich fünf Personen an: evangelisch (drei), evangelikal (eine), römisch-katholisch (eine). Die Hälfte der Fraktionsmitglieder verfügt über einen Hochschulabschluss. Entsprechend der Auskünfte zur vorherigen Berufsausübung waren die meisten der AfD-Abgeordneten (elf) zuvor unternehmerisch bzw. selbstständig tätig, fünf hatten als Angestellte gearbeitet, vier in öffentlichen Verwaltungen und Behörden bzw. als Beamte, jeweils eine Nennung entfiel auf die Landwirtschaft, den IT-Bereich, die Hochschule und ein laufendes Studium. Ein Abgeordneter, Daniel Roi, hatte zuvor bereits für die AfD gearbeitet, nämlich für die Landtagsfraktion in Thüringen. Anlage 1 bietet eine Übersicht zu den Fraktionsmitgliedern, ihren biografischen und politischen Hintergründen (laut eigenen Angaben gegenüber dem Landtag von Sachsen-Anhalt) sowie zu ihren Funktionen in der Fraktion (Stand: April 2016).

Sehr zeitig begann die AfD mit der Konstituierung als neue Fraktion. Auf einem Treffen in Schoppsdorf im Jerichower Land am 19. März 2016 verständigte sie sich darauf, dass Landesparteichef André Poggenburg auch die neue Fraktion anführen sollte. Er wurde mit 70 Prozent der Stimmen gewählt (Eichler 2016a). Gleich nach der Wahl zum Fraktionsvorsitzenden kündigte André Poggenburg den Verzicht auf eine weitere Kandidatur zum Landesvorsitzenden an (Volksstimme, 21.3.2016). Dieser Vorgang war später Ausgangspunkt für einen innerparteilichen Disput.⁵ Den Posten des Parlamentarischen Geschäftsführers übernahm Daniel Roi. Zudem wurden Matthias Büttner und Tobias Rausch zum ersten bzw. zweiten Vize bestimmt; Sarah Saueremann, Oliver Kirchner und Matthias Lischke wurden in den Fraktionsvorstand berufen (Volksstimme, 20.3.2016).

Diese Konstellation hielt jedoch nicht lange. Am 29. November 2016 wurde in Gommern der Vorstand der Fraktion neu gewählt. Er bestand anschließend nur noch aus Poggenburg als Fraktionsvorsitzendem (mit

³ Nach den ersten offiziellen Wahlergebnissen erhielt die AfD 24,2 Prozent der Stimmen und 15 Direktmandate, sodass weitere neun Kandidat_innen über die Liste nachzogen. Aufgrund von fälschlicherweise auf die Partei «Allianz für Fortschritt und Aufbruch» (ALFA) übertragene AfD-Stimmen erhielt diese letztlich 24,3 Prozent der Stimmen. Dadurch standen ihr nun 25 Sitze zu, was den Verlust eines Mandates für DIE LINKE bedeutete. ⁴ Zum Vergleich: In der CDU-Fraktion lag der Frauenanteil bei 12,5 Prozent (vier weibliche Abgeordnete), bei den LINKEN waren neun der 16 Abgeordneten Frauen und bei SPD und GRÜNEN etwa jeweils die Hälfte. ⁵ Vgl. dazu den 3. Sonderlandesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 21. Mai 2016 und Kapitel 3.2 der vorliegenden Studie.

100 Prozent gewählt), Robert Farle als Parlamentarischem Geschäftsführer und drei Stellvertretern Poggenburgs: Oliver Kirchner, Tobias Rausch und Matthias Lehmann. Daniel Roi, Widersacher Poggenburgs, fiel mit 13 zu 12 Stimmen gegen Robert Farle durch und gehört seitdem nicht mehr dem Vorstand an. Zwei Posten wurden ganz gestrichen (Mitteldeutscher Rundfunk 2016a).

Für spätere Debatten sorgte zudem der formale Vorgang der Konstituierung der Fraktion. Nach einem eigens dafür anberaumten Treffen am 19. März 2016 kam die AfD-Fraktion am 31. März erneut zu einer konstituierenden Sitzung zusammen und sicherte sich dadurch Fraktionszulagen für den Monat März in Höhe von 138.104,50 Euro (Kranert-Rydzky 2016). Im Dezember 2016 war es dann ausgerechnet die AfD, die den anderen Parteien mit Blick auf die Fraktionsgelder und Funktionszulagen eine «maßlose Selbstbedienungsmentalität» und Verfassungswidrigkeit vorwarf (Mitteldeutscher Rundfunk 2016b).

In den ersten Wochen konstituierten sich ebenfalls die Gremien des Landtages, in denen auch die AfD ihre Vertretungsansprüche hatte. So stand der Fraktion aufgrund ihrer Größe zum Beispiel ein Vorschlagsrecht für die Besetzung des Postens eines Landtagsvizepräsidenten zu. Dessen Wahl am 12. April 2016 wurde zum ersten Test für den Umgang der anderen Parteien mit der AfD im Landtag. Während DIE LINKE, beschloss, keinen AfD-Kandidaten zu wählen, stellten die anderen Fraktionen diese Entscheidung ihren Abgeordneten frei.

Von der AfD vorgeschlagen wurde zunächst Daniel Rausch, der sich nur der CDU vorstellte (Volksstimme, 10.4.2016). Dass aufseiten der CDU zum Teil wenig Berührungsgängste gegenüber der Rechtsaußenpartei bestanden, zeigt die anschließende Wahl, die zu einer ersten Belastungsprobe für die laufenden Koalitionsverhandlungen wurde. Während CDU-Kandidat Hardy-Peter Güssau⁶ (47 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen) sowie AfD-Kandidat Daniel Rausch (46 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen) im ersten Wahlgang die nötige Mehrheit erreichten, votierten nur 39 Parlamentarier_innen für und 44 gegen den LINKEN-Kandidaten Wulf Gallert (vier enthielten sich). Erst nach einer Krisensitzung der Fraktionsführungen erhielt Gallert im zweiten Wahlgang die benötigten Stimmen (45 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen; Bock 2016a). Rauschs Amtszeit dauerte allerdings nur wenige Wochen oder genau genommen nur sieben Minuten: Seine erste und einzige Sitzungsleitung am 1. Juni 2016 überforderte ihn offenbar auch aufgrund des Verhaltens seiner eigenen Fraktion so sehr, dass die Sitzung unterbrochen werden musste und unter anderer Leitung fortgesetzt wurde. Am Folgetag trat Rausch offiziell aus «persönlichen Gründen» zurück (Förtsch 2016).

Im Verlauf des Sommers 2016 wurde die Besetzung dieses Postens erneut zum Thema in der AfD: In einer Zeit ständiger innerparteilicher und persönlicher Auseinandersetzungen gab es Überlegungen, André

Poggenburg, der wegen Ämterhäufung in die Kritik geraten war, vom Posten des Fraktionsvorsitzenden abziehen. Er sollte die Position des Landtagsvizepräsidenten übernehmen. Die Ablehnung dieses Vorhabens durch die anderen Fraktionen (Bock 2016b) bezeichnete Poggenburg als Ausdruck eines «Parteienkartells», das «sich gegen die AfD zusammenschließt und parlamentarische Gepflogenheiten außer Kraft setzt, um ihren Merkel-Kurs fortzusetzen» (Volksstimme, 5.7.2016). Letztlich nominierte die AfD-Fraktion Willi Mittelstädt als Kandidaten für das Amt des Landesvizepräsidenten, wobei die anderen Fraktionen auch diesen in einem ersten Anlauf Anfang September 2016 mit 37 zu 43 Stimmen durchfallen ließen. Am Monatsende wurde Mittelstädt jedoch aufgrund dessen Ankündigung, bei jeder Sitzung erneut kandidieren zu wollen, mit 46 zu 32 Stimmen bei drei Enthaltungen gewählt (Bock 2016c).

Ob ihrer Größe vergleichsweise unproblematisch gestaltete sich dagegen die Besetzung der Ausschüsse. In drei Ausschüssen (Arbeit, Soziales und Integration; Inneres und Sport; Landesentwicklung und Verkehr) übernahm die AfD den Vorsitz.

Tabelle 1: AfD-Abgeordnete in den Landtagsausschüssen in Sachsen-Anhalt im April 2017

Ausschuss	AfD-Mitglied
Ältestenrat	Willi Mittelstädt
Arbeit, Soziales und Integration	Ulrich Siegmund (Vorsitz), Oliver Kirchner, Marcus Spiegelberg
Bildung und Kultur	Gottfried Backhaus, Hans-Thomas Tillschneider
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien	Hans-Thomas Tillschneider (Stellv.), Daniel Rausch, Tobias Rausch, Ulrich Siegmund
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Hannes Loth (Stellv.), Gottfried Backhaus, Daniel Roi
Finanzen	Robert Farle, Tobias Rausch, Jan Wenzel Schmidt
Inneres und Sport	Hagen Kohl (Vorsitz), Thomas Höse, Mario Lehmann
Landesentwicklung und Verkehr	Andreas Mrosek (Vorsitz), Matthias Büttner, Willi Mittelstädt
Petitionen	Jens Diederichs, Volker Olenicak, Sarah Saueremann
Recht, Verfassung und Gleichstellung	Jens Diederichs, Hagen Kohl, Hannes Loth
Umwelt und Energie	Lydia Funke, Andreas Gehlmann, Volker Olenicak
Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung	Matthias Lieschke (Stellv.), Hannes Loth, Alexander Raue
Unterausschuss Rechnungsprüfung	Robert Farle
Wahlprüfungsausschuss	Jens Diederichs, Hagen Kohl, Hannes Loth
15. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss 3	Matthias Büttner (Stellv.), Tobias Rausch, Jan Wenzel Schmidt
Parlamentarische Kontrollkommission	Volker Olenicak

Quelle: Landtag von Sachsen-Anhalt, Ausschüsse & Gremien

⁶ Am 1. September 2016 löste Gabriele Brakebusch ihn in diesem Amt ab.

Debatten gab es im Zuge der Gremienbesetzungen unter anderem um den Sitz der AfD in der Parlamentarischen Kontrollkommission, deren vorrangige Aufgabe es ist, den Verfassungsschutz zu überwachen. Auch für diesen Posten wurde zunächst André Poggenburg vorgeschlagen; eine Entscheidung, die insbesondere aufgrund der fehlenden Distanzierung Poggenburgs von der «Identitären Bewegung» kritisiert wurde. Letztlich zog dieser seine Kandidatur zugunsten von Daniel Olenicak zurück, der im ersten Wahlgang mit 48 von 86 Stimmen gewählt wurde, obwohl er selbst durch antisemitische Äußerungen und seine Nähe zur Reichsbürgerbewegung aufgefallen ist. Auf seiner Facebook-Seite teilte Olenicak etwa ein Foto von Angela Merkel mit dem Untertitel «Verräterin Merkel gefährdet den Frieden in Europa. Rücktritt der zionistischen US-Agentin» oder ein Bild der Gruppe «BRD Pseudostaats-Regierung». Kritik an Israel als «Kriegstreiber» begründete er später damit, Mitleid für die Opfer gehabt zu haben. «Die Angriffe fand ich wirklich schrecklich, dafür gibt es keine Entschuldigung» (Eichler 2016b). Auch an Mahnwachen und einer Pegida-Demonstration hatte er laut eigenen Angaben teilgenommen. Darauf angesprochen, wiegelte Poggenburg ab: «Das ›Verbreiten‹ über Facebook [sei] so eine Sache für sich» (Volksstimme. 6.7.2016). Im selben Interview stellte Olenicak jedoch die Möglichkeit in den Raum, dass sowohl Angela Merkel als auch Bundespräsident Joachim Gauck Spitzel der Staatssicherheit der DDR gewesen sein könnten. Bezüglich der Souveränität der BRD sprach er über «Umstände, die zu denken geben: Wenn US-Kasernen von deutschen Soldaten bewacht werden und deutsche Kasernen vom privaten Wachdienst, fragt man sich, wo die Prioritäten liegen» (ebd.).

Aufsehen erregten zudem die Auswahl, die schlepende Einstellung und hohe Fluktuation der Mitarbeiter_innen in der AfD-Fraktion. So sorgte insbesondere der Abgeordnete Jan Wenzel Schmidt für Schlagzeilen, als er Stefan Träger, NPD-Kandidat bei der Bundestagswahl 2009, als Mitarbeiter einstellte. Schmidt verwies auf den «mehr als glaubhaften» Ausstieg Trägers aus der rechten Szene und sprach davon, jeder sollte eine zweite Chance erhalten, «wieder im demokratischen System anzukommen». Unterstützung erhielt er von Roi und Poggenburg, die erklärten, «niemanden bis zum Jüngsten Tag verteufeln» bzw. nicht «für eine Jugendsünde» lebenslang stigmatisieren zu wollen (Eichler 2016c).

Dies war nicht die einzige bewusste Grenzaufweichung von AfD-Kadern gegenüber der extrem rechten Szene. Aufsehen erregte auch die Bewerbung von Pegida-Frontfrau Kathrin Oertel, die Poggenburg als sehr passende Bewerberin, als «politisch engagiert und ganz nah bei uns» beschrieb (Eichler 2016d). Auch Alexander Gauland pflichtete ihm bei und erklärte, er «hätte keine Einwände gegen [deren] Einstellung» (Eichstädt 2016). Insgesamt schien die Fraktion allerdings Schwierigkeiten zu haben, geeignetes Personal in gewünschter Qualität zu finden. Gab man Anfang April

noch an, über 100 Bewerbungen für die neu zu besetzenden Stellen zu haben, waren bis Mai noch nicht einmal zehn Stellen besetzt (Volksstimme, 4.5.2016). Offiziell begründet wurde dies unter anderem mit dem hohen Zeitaufwand für die Vorbereitungen der Parlamentsarbeit und die Einrichtung der Büros, worunter die Durchsicht der Bewerbungsunterlagen gelitten habe (Ellrich 2016). Die Wochenzeitung *Die Zeit* beschrieb die Probleme so: «Es gibt unter Deutschlands Akademikern einfach zu viele Menschen, die sich daran stören, die AfD in ihrem Lebenslauf stehen zu haben» (Machowecz 2016). Der im April noch für das Amt des Fraktionsgeschäftsführers vorgesehene Hartmut Wiest, ein parteiloser Diplomingenieur aus Staßfurt und gemeinsam mit den AfD-Politikern Tobias Rausch und Matthias Büttner Mitglied in der dortigen Fraktion der «Unabhängigen Wählergemeinschaft» (UWG) Salzland, zog seine Zusage noch vor dem ersten Arbeitstag zurück. Den Posten übernahm später der ehemalige Pornodarsteller Ronny Kumpf. Ansonsten war und ist teilweise wenig über die Beschäftigten bekannt.

3.2 BUNDESPARTEITAG DER AfD VOM 30. APRIL BIS 1. MAI 2016

In der Zeit, in der sich die AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt konstituierte und aufgrund ihres Wahlergebnisses entsprechend selbstbewusst agierte, rang die AfD auf Bundesebene um ein Grundsatzprogramm. Der fünfte AfD-Bundesparteitag, der vom 30. April bis 1. Mai 2016 in Stuttgart stattfand, sollte für eine gemeinsame programmatische Grundlage sorgen. Von zentraler Bedeutung war daher das Auftreten der unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Partei. Wie schon im Zuge des Essener Parteitags ein Jahr zuvor, der zur Spaltung der Partei geführt hatte, wurden auch hier scharfe personelle und inhaltliche Auseinandersetzungen geführt, die sich diesmal auch gegen Frauke Petry richteten. Ihre Warnungen vor einem Rechtsruck konterte Poggenburg mit der Kritik, dass solche Drohungen «charakterlich bedenklich» und «Lucke-Manier» seien (Eichler 2016e). Über 1.400 Seiten umfassten die Änderungsanträge zum Leitartikel, mit denen sich unter anderem auch die sachsen-anhaltinische AfD in die Debatte einbrachte.

Poggenburg tat sich beispielsweise mit der Forderung nach einem gelockerten Waffenrecht und der Abschaffung von Islamprofessuren an deutschen Hochschulen hervor. Außerdem forderte er ein Bekenntnis zur Beibehaltung des Mindestlohns als auch zur öffentlichen Kinderbetreuung. Daniel Roi drang hingegen auf eine Änderung der Präambel von «Wir sind Liberale und Konservative» hin zu «Wir sind selbstbewusste Patrioten» (ebd.). Auch der Islamwissenschaftler Hans-Thomas Tillschneider, ebenfalls ein Stratege des rechtsnationalen AfD-Flügels um den Thüringer Landeschef Björn Höcke, brachte sich in die Debatte um den Islam ein. Am Entwurf für das Programm der Bundespartei soll er nach Angaben von Parteipre-

cher Christian Lüth nicht mitgewirkt haben, dennoch meint der Direktor des Zentrums für Islam und Recht an der Universität Erlangen-Nürnberg, Mathias Rohe, Tillschneiders Handschrift in einem aus Niederbayern eingebrachten Gegenantrag erkannt zu haben. Dort heißt es: «Solange der Bau und Betrieb von Moscheen nicht nur dem gemeinsamen Gebet, sondern auch der Verbreitung der auf die Beseitigung unserer Rechtsordnung gerichteten islamischen Lehre dient, ist er zu untersagen. Dem können auch abweichende Beteuerungen islamischer Geistlicher nicht entgegenstehen, denn der Koran lässt zur Erreichung seiner Ziele gegenüber Außenstehenden auch Lüge und Täuschung zu» (Clasmann 2016).

Von den meisten Beobachter_innen wurde der Parteitag als weiterer «Rechtsruck» gewertet. Neben dem Bekenntnis, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre und die «deutsche Leitkultur» dem Multikulturalismus vorzuziehen sei, findet sich im «Programm für Deutschland» auch die Absage an die «Vereinigten Staaten von Europa». Insgesamt spricht aus dem Programm ein deutlich gefestigtes, biologistisches und völkisches Verständnis von Staat, Gesellschaft und Kultur. Poggenburg indes kontierte, keinen Rechtsruck erkennen zu können, da man sich ja nicht «das Einreißen aller bestehenden Moscheen ins Programm geschrieben» habe (Volksstimme, 4.5.2016).

3.3 SONDERLANDESPARTEITAG DER AFD SACHSEN-ANHALT AM 21. MAI 2016

Kurz nach dem Bundesparteitag kam auch die AfD in Sachsen-Anhalt zu einem Parteitag zusammen, der am 21. Mai 2016 in Eisleben stattfand. Unter anderem die Vorgänge um die Ämterverteilung waren Ausgangspunkt für einen innerparteilichen Disput, der hier ausgetragen wurde.

Gleich nach seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden im März 2016 hatte André Poggenburg angekündigt, auf eine weitere Kandidatur zum Landesvorsitzenden verzichten zu wollen. Bis zum Sonderparteitag hatte er sich diese Entscheidung jedoch offengehalten. Nun trat er trotz des Vorwurfs, hiermit einen «klaren Wortbruch» (Robert Farle) zu begehen, an und konnte sich mit 110 zu 52 Stimmen gegen seinen Widersacher, den Wittenberger Dirk Hoffmann, durchsetzen. Poggenburg sprach danach von einem «spürbaren Mitgliedervotum» und hob hervor, dass die Landespartei durch die Wahl trotz «linksfaschistischer Elemente» und «Medienhetze» für die Bundespartei den «Schritt hin zu einer nationalen Volkspartei gemacht» und sich zum «respektierten und geschätzten Vorreiter» entwickelt habe (Bock 2016d). Für Aufregung auf diesem Parteitag sorgte zudem die Nichtentlastung von Landesschatzmeister Alexander Raue aufgrund fehlender Unterlagen. Von der sich anschließenden Debatte wurden Pressevertreter_innen allerdings ausgeschlossen.

Den neuen Landesvorstand, dem keine expliziten Poggenburg-Kritiker_innen mehr angehörten, bildeten neben ihm selbst: Ronny Kumpf (1. Stellvertre-

ter), Andreas Mrosek (2. Stellvertreter), Yvonne Sturm (Schatzmeisterin), Frank Pasemann (stellv. Schatzmeister), Lisa Lehmann (Schriftführerin), Hans-Thomas Tillschneider (Beisitzer), Mario Lehmann (Beisitzer) sowie Martin Reichard (Beisitzer) (Kunze 2016). Yvonne Sturm trat am 2. Juli 2016 zurück und warf der Partei in einer öffentlichen Auseinandersetzung Satzungsbruch und fehlende Professionalität vor. Sie ebenso wie Ronny Kumpf und Frank Pasemann hätten als Beschäftigte der Landtagsfraktion laut Bundessatzung nicht auch Mitglieder des Landesvorstands sein dürfen. Poggenburg sprach diesbezüglich öffentlich von «Interessenkonflikten» und einer zu «hohen Arbeitsauslastung», die Sturm zum Rücktritt bewegt hätten (Bock 2016e). Für Sturm rückte später Arno Bausemer in den Landesvorstand nach. Dieser wurde Stellvertreter des nun neuen Schatzmeisters Frank Pasemann.

3.4 DER LANDTAG ALS BÜHNE FÜR EINEN «KULTURKAMPF VON RECHTS»: DAS ERSTE JAHR DER AFD IM LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

Nach der Phase der Konstituierung und der innerparteilichen Umstrukturierungen begann die AfD mit ihrer parlamentarischen Arbeit und übertrug ihr Gebaren im Wahlkampf nochmals. Insgesamt ist festzuhalten, dass die AfD das Parlament vorwiegend als Bühne für Selbstinszenierungen versteht und als Ort für strategische Diskursverschiebungen nutzt. Auf ihr erstes Wirkungsjahr zurückblickend sprechen Vertreter_innen des Vereins «Miteinander» davon, dass die Rechtspartei einen Prozess «politischer Selbstradikalisierung durchlaufen» habe, sodass «nicht mehr von einer national-konservativen Partei, sondern von einer völkisch-nationalistischen Partei» gesprochen werden müsse (Miteinander e. V. 2017). Dem Gestus einer Partei in der Fundamentalopposition verschrieben, präsentierte sich die AfD durch ihr Auftreten, ihre Sprache und die feindliche Art der Ansprache der anderen Parteien ganz im Sinne einer Anti-Establishment-Partei, die als einzige den «wahren Willen des Volkes» artikuliert.

Während sich die AfD-Abgeordneten selbst als «Kümmerer» inszenierten, versuchten sie immer wieder, die politische Konkurrenz als «Altparteien» und «volksfern» zu diskreditieren. Bezeichnend ist diesbezüglich der Umstand, dass dem vitalen Agieren im Plenum ein teilweise nur mäßiges Weiterverfolgen vieler Themen in der anschließenden Ausschussarbeit gegenübersteht. In Einklang mit dieser Form der Selbstdarstellung ist auch die Strategie der gezielten Provokation, die im Grunde bei fast jeder Gelegenheit gesucht wurde und immer wieder deutliche Grenzverschiebungen des bisherigen politischen Diskurses mit sich brachte. Ganz offensichtlich wurde neben dem medialen Echo dabei auch darauf abgezielt, den Bereich des «Sagbaren» offensiv nach rechts zu erweitern und Begriffe einer völkischen Gedankenwelt und Formulierungen wie «Altparteien», «Gesellschaftsexperimente» oder «Völkerwanderung» in der Debatte zu etablieren.

Bis auf wenige Ausnahmen konzentrierten sich die Ausführungen der AfD auf den Themenkomplex Asyl und Migration sowie auf die von ihr als «Genderwahn» bezeichnete Gleichstellungspolitik. Fixiert auf ihre Identitätsthemen nutzten die Abgeordneten jeden Anlass, um insbesondere ihrer Ablehnung der praktizierten Flüchtlingspolitik Ausdruck zu verleihen, die sie als verschwenderische «Gesellschaftsexperimente» kritisieren, die zulasten anderer Haushaltsposten und der «einheimischen» Bevölkerung gingen. Dabei zeigt sich die Partei mit ihren Vorschlägen und Beiträgen oftmals vollkommen unbeeindruckt von rechtlichen und anderen institutionellen Festlegungen und Rahmenbedingungen – seien es parlamentarisch-rechtliche Zuständigkeiten oder die Menschenrechte.

Laut Parlamentsdokumentation des Landtags (PADOKA)⁷ brachte sich die AfD in den ersten eineinhalb Jahren mit 58 Anträgen, 36 Änderungs- und Alternativanträgen, zwei Gesetzentwürfen sowie fünf Großen und 468 Kleinen Anfragen in die Parlamentsarbeit ein. Zum Vergleich: DIE LINKE, als wesentlich kleinere Oppositionspartei, kommt im selben Zeitraum auf 81 Anträge, 64 Änderungs- und Alternativanträge, sieben Gesetzentwürfe sowie sechs Große und 388 Kleine Anfragen. Auch die Anzahl der Kleinen Anfragen erhöhte sich erst im Laufe der Zeit von 162 im Jahr 2016 (LINKE: 167) auf 306 im Jahr 2017 (LINKE: 221) (Stand: August 2017).

Inhaltlicher Fixpunkt der parlamentarischen Initiativen der AfD ist ein politisches Programm, in dessen Zentrum die Begriffe Volk, Nation und Identität stehen. In den Bereichen Bildung, Behindertenpolitik und Justiz offenbarte die Partei ihre Vorstellung von einer «leistungsfähigen» Gesellschaft. Sie entwickelte vergleichsweise wenig eigene Initiativen im Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik, reagierte vielmehr auf entsprechende Anträge anderer Fraktionen. Häufig thematisiert wurden die Affäre um Beraterverträge des Wirtschaftsministeriums unter dem ehemaligen SPD-Minister Felgner (hier regte die AfD die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses an), Wahlfälschungen in Stendal oder, ein Klassiker im rechtspopulistischen Milieu, die Rundfunkgebühren, deren Verträge die AfD aufkündigen will. Viel Raum nahm ansonsten die Abarbeitung an den Feindbildern der AfD ein: Wo es ging, diskreditierte sie die «Altparteien», insbesondere LINKE, SPD und Grüne, oder Initiativen und Organisationen gegen Rechtsextremismus oder Diskriminierung; also all jene, die sich gegen Politik und Programmatik der AfD richten und/oder ihr diametral entgegenstehen. Fast schon in der Art einer parlamentarischen Anti-Antifa-Arbeit wurde versucht, über Kleine Anfragen Informationen und Erkenntnisse zu Struktur, Partnern, Aktionen oder Finanzen alternativer Projekte oder antifaschistischer Initiativen in Erfahrung zu bringen. Sehr oft drehten sich die Anfragen aber auch um sehr spezifische Themen in einzelnen Regionen, die für die dort ansässigen Abgeordneten gerade von aktueller Relevanz waren.

Sehr unterschiedlich fiel das Redeverhalten innerhalb der Fraktion aus. Laut Parlamentsprotokollen waren mit fast der Hälfte aller Beiträge die wichtigsten Redner: Robert Farle, André Poggenburg, Hans-Thomas Tillschneider, Jan Wenzel Schmidt und Daniel Roi. Auch im Hinblick auf den allgemeinen Stil und die Heftigkeit der verbalen Attacken und Provokationen zeigten sich Unterschiede zwischen Scharfmachern wie Poggenburg und Tillschneider und eher «gemäßigteren» Redner_innen. Bei manchen Themen, zum Beispiel der Behindertenpolitik, schien es keine klare Linie zu geben, sodass einzelne Redebeiträge und das Abstimmungsverhalten der AfD zum Teil für Überraschungen bei Dritten sorgten. Es muss jedoch herausgestellt werden, dass es sich bei diesen Differenzen zumeist um graduelle Unterschiede auf der Ebene der Präsentationsweise handelte. Wirklich große inhaltliche Differenzen ließen sich nicht feststellen. Vielmehr trat die Fraktion im parlamentarischen Gebaren weitgehend geschlossen auf. Drastische Begriffe und Argumentationen wurden aus den eigenen Reihen nicht kritisiert oder infrage gestellt, sondern auch von den eher «gemäßigt» auftretenden Personen mitgetragen.

Über das Mittel der (Kleinen und Großen) Anfragen holte die AfD in erster Linie Informationen zu den Themen Asyl, Integration und Migration, Förderung von Initiativen und Projekten gegen Rechtsextremismus oder für Gleichstellung ein sowie zur Kriminalitätsentwicklung oder zu einzelnen Vorfällen wie sexuelle Belästigungen an bestimmten Orten. So gab es zum Beispiel Anfragen zu «Ausweisfälschungen bei Asylbewerbern», zur «Konversion als Mittel der Asylerzwingung», zur «Straffälligkeit von EU-Bürgern aus der Volksgruppe der Sinti und Roma» oder zur «Zahlung von Zuschüssen vom Land Sachsen-Anhalt oder untergliederten Organisationen für Fahrten zu Gegendemonstrationen bei rechten Veranstaltungen». Ganz konkret zielten Anfragen auf Informationen zur Finanzierung von «sozialen Projekten» wie «Break the Silence» und das «Bündnis gegen Rechts» in Dessau-Roßlau, dem Ring Politischer Jugend oder dem Miteinander e. V., der der AfD ein besonderer Dorn im Auge zu sein scheint. Darüber hinaus wurden viele regionalspezifische oder auf Regionen eingegrenzte Fragen gestellt, die ganz unterschiedliche Themen aufgriffen, die gerade vor Ort relevant erschienen.

Anders als bei den Anträgen wurde mit Fragen, zum Beispiel zu den Gebieten Soziales, Gesundheit, Umwelt oder Infrastruktur, ein breiteres Themenspektrum bearbeitet. Aktuelle Debatten beantragte die AfD bisher siebenmal, und zwar zu folgenden Themen (bzw. unter folgenden Titeln): «Steuerverschwendung für «Multi-Kulti» um jeden Preis», «Linksextremismus im politischen Diskurs», «Selbstbedienungsmentalität bei Funktionszulagen stoppen», «Verfall der demokratischen Kultur in Sachsen-Anhalt», «Zweifelhafte Ver-

⁷ Vgl. <http://padoka.landtag.sachsen-anhalt.de/starweb/PADOKA/index.htm>.

gabe von Beraterverträgen», «Zunehmende Verrohung und Gewalttaten» sowie «Unregelmäßigkeiten bei Wahlen in Sachsen-Anhalt». Als große Bühne nutzte die AfD das Parlament vor allem mit ihren Anträgen, die im Plenum diskutiert wurden und deren zentrale Argumentationsmuster anhand von Zitaten im Folgenden dargestellt werden.

3.4.1 Asyl, Migration, Integration und Islam

Die Flüchtlingspolitik war das zentrale Themenfeld der AfD-Fraktion im Landtag. Ihre diesbezüglichen Thesen und Argumente brachte sie aber nicht nur in die einschlägigen Debatten ein. Vielmehr gelang es den Redner_innen fast immer, einen Bogen zum Themenbereich Asyl und Migration zu schlagen und jede beliebige Debatte mit ihren rassistischen und kulturalistischen Thesen aufzuladen. So oft wie möglich wurden dabei Asylbewerber_innen mit pauschalen und diffamierenden Unterstellungen belegt, indem zum Beispiel die Legitimität von Fluchtursachen mit dem Zusatz «sogenannt» in Zweifel gezogen wurde. Maßnahmen der Integration und kulturellen Vielfalt wurden abgelehnt und der Schutz einer als homogen und statisch verstandenen nationalen Kultur ins Zentrum gerückt. Migrant_innen und vor allem Muslime wurden zum Sicherheitsrisiko und zur existenziellen Bedrohung von Staat und Gesellschaft stilisiert, der nur mit einer sehr restriktiven Einwanderungspolitik bzw. durch konsequente Abschiebungen und Grenzschließungen zu begegnen sei.

Fluchtursachen

Gleich der erste Antrag, den die neue Fraktion einbrachte, griff das Thema «sichere Herkunftsländer» auf und verschaffte der AfD die erhoffte Aufmerksamkeit: Ihre Forderung, die Maghreb-Staaten als «sichere Herkunftsländer» einzustufen, begründete sie unter anderem damit, dass so «wirksam gegen den Asylmissbrauch der Einwanderer aus diesen Ländern vorgegangen» werden könne und eine solche Einstufung dem «Schutz der Bevölkerung vor deren hoher Kriminalität» und der Frauen, «die oftmals Ziele von sexistischen Übergriffen werden», diene (Landtag von Sachsen-Anhalt – Drucksache 7/72). Selbst die CDU distanzierte sich deutlich und bezeichnete den Antrag als rassistisch (Volksstimme, 2.6.2016). Im Zuge der Debatte forderte der AfD-Abgeordnete Gehlmann Haftstrafen für Homosexuelle in Deutschland: Auf die Ausführungen von Henriette Quade (LINKE), dass demjenigen, der in den Maghreb-Staaten «Homosexualität offen auslebt», «eine Gefängnisstrafe» drohe, rief Gehlmann laut Protokoll dazwischen: «Das sollten wir in Deutschland auch machen!» (Eichler 2016f.). Gehlmanns Versuch, das Protokoll ändern zu lassen, scheiterte.

Ein besonders dreistes Beispiel für die Verharmlosung von Fluchtursachen boten auch die Redebeiträge zu einem weiteren Antrag, in dem es um den Stopp von Abschiebungen nach Afghanistan ging. Islamwis-

senschaftler Tillschneider kommentierte die zitierten Einschätzungen und Reisewarnungen damit, dass es nicht darum ginge, «dass wir Deutschen in Afghanistan Urlaub machen wollen, sondern [...] dass wir die Afghanen [...] dorthin zurückschicken, wo sie hingehören, nämlich in ihr Heimatland» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/17: 91). Thomas Höse führte dann weiter aus:

Sie haben recht, in Afghanistan ist es gefährlich, in Deutschland aber auch. Es gibt in Afghanistan wie auch in Deutschland Entführungen und Vergewaltigungen, Tote und Verletzte durch islamische Sprengstoffattentäter und es gibt hier wie dort Millionen Moslems und Tausende Moscheen und Muezzinrufe, die durch die Städte hallen. Es gibt verschleierte Frauen und Schariapatrouillen. [...] Brücken, Straßen, Brunnen und Schulen werden in beiden Ländern mit deutschem Geld finanziert. Also bitte, wo ist der Unterschied? (Ebd.: 96f.)

Die Delegitimierung von Fluchtursachen unternahm auch Ulrich Siegmund, der befand, dass «die allerwenigsten Asylbewerber» schutzbedürftig seien, denn wer es in Kauf nehmen würde, «durch vier, fünf, sechs oder teilweise sogar sieben sichere Herkunftsländer» zu reisen, in denen kein Krieg und kein Terror herrsche, «der muss sich auch gefallen lassen, dass man ihn nicht mehr als wirklichen Kriegsflüchtling bezeichnet, sondern als ganz normalen Einwanderer, als Wirtschaftsmigrant. Das ist so» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/20: 95).

Das «Asylchaos», seine Folgen und der «große Austausch»

Auch der AfD-Antrag zum Verbot von Kinderehen, der mit Verweis auf Forderungen des Kinderschutzbundes und der SOS-Kinderdörfer vorgetragen wurde, offenbart die rassistische Denkstruktur eines Kampfes der Kulturen: Poggenburg sprach von einer «regelrechten Überschwemmung unseres Landes und Rechtsstaates mit fremder Religion, Kultur und Tradition im Zuge der Zuwanderungswelle», die aus «völlig fremden und auch unverständlichen Kultur- oder auch Unkulturkreisen» und «in vielen Bereichen zu einer absoluten Unvereinbarkeit von einheimischen und fremden Grundwerten» führe (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/11: 77f.). Die aktuelle Rechtspraxis, die Straftatbestände «scheinbar nicht verfolgt, wenn sie von Ausländern verübt werden», sei für ihn «Beihilfe zum Kindesmissbrauch» (ebd.). Sein Kollege Oliver Kirchner nannte Roma-Ehen in einem Atemzug mit dem Scharia-Recht und bezeichnete «Kinderehen, Verwandtenehen oder Polygamie» pauschal als «Bestandteile der islamischen Gesellschaft», die man sich «importiere» (ebd.: 86f.). Für ihn stehe «ein Staat, der es zulässt, Kinderehen gesellschaftsfähig zu machen, [...] auf der Vorstufe dazu, pädophile Menschenrechtsverletzungen salonfähig zu machen» (ebd.).

Ein wie zu erwarten ähnlicher Tonfall prägt den AfD-Antrag «Maßnahmenplan zur sofortigen Erhöhung des

Abschiebedrucks und der Rückführungszahlen». Um keine weitere Redezeit für rassistische Tiraden zur Verfügung zu stellen, lehnten in einer einmaligen und geschlossenen Reaktion alle Fraktionen den Antrag ab und verzichteten auf eigene Beiträge. Allerdings hatten Alexander Raue und Robert Farle bereits zuvor die Möglichkeit genutzt, ihren Vorurteilen und Stigmatisierungen Ausdruck zu verleihen. Besonders Raue schwadronierte von «Bürgern», die «eine wachsende Zahl von ins Land strömenden Personen mit verfassungsfeindlichen Religionsauslegungen und Ideologien erdulden» müssten und genötigt würden, «Geld für deren luxuriöse Unterbringung bereitzustellen», und von «unzählige Straftätern», die «auf der Asylfahrkarte» eingereist seien und die wie eine «Kriminalitätswalze» die «einheimische» Bevölkerung «verletzen, bestehlen, berauben und verunsichern»; durch den Familiennachzug könnten «aus 2 Millionen sogenannten Flüchtlingen leicht 10 Millionen Menschen» werden, die «teils ohne jegliche Qualifikation und Nutzen für unsere Gesellschaft» seien; zudem, so das eingeübte Narrativ, stünden die dafür aufgewendeten Gelder in Konkurrenz zu Ausgaben und Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Familienpolitik (ebd.). Neoliberale Nützlichkeitskategorien und das Schüren von Sozialneid vermengen sich hier mit rassistischen Stereotypen – eine bereits im Wahlkampf häufig bemühte Figur.

Viele Beiträge der AfD drehten sich folglich um geflüchtete Menschen als Kostenfaktor. So führte beispielsweise Farle in der Haushaltsdebatte für die Jahre 2017/18 aus:

Etwa 200 Millionen Euro gehen in diesen Bereich, wenn ich beide Jahre betrachte. Wenn ich die Meinung vertritt, dass die Hälfte dieser Ausgaben berechtigt ist, weil es sich um Leute handelt, von denen man, wenn man fünf Augen und zwei Hühneraugen zudrückt, sagen kann, sie sollen bleiben und aus ihnen kann etwas werden, dann sind es aber immer noch 50 Prozent, von denen man sicher sagen kann, dass sie zur Ausreise verpflichtet sind. Nur, das dauert bei unseren Behörden immer noch viel zu lange. (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/14: 21)

Bedrohungsszenarien und die Rede von der Einwanderung in Sozialsysteme enthält auch der von Daniel Roi vorgebrachte Antrag zur Altersfeststellung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Dem Zitat «Du kannst nicht immer 17 sein» folgten Pauschaldiffamierungen und Bezüge zu der Vergewaltigung und Tötung einer Freiburger Studentin (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/17: 79f.). «Konkrete verbindliche Maßnahmen» für eine «medizinische Altersfeststellung» seien gefragt, da «im großen Stil geflunkert» werde; es gelte, das «Asylchaos» «mit gesundem Menschenverstand» aufzulösen und zu verhindern, dass «Wirtschaftsmigranten aus allen Erdteilen unser Asylrecht ausnutze, da ein großer Teil der Zuwanderer keinen Asylanspruch hat» (ebd.).

Fremdheit und Gefahr dominierten auch die Ausführungen Poggenburgs in der Aktuellen Debatte zum Thema innere Sicherheit im Oktober 2016. Er sprach

von verantwortungslosen «Gesellschaftsexperimenten», «unzähligen sexuellen Übergriffen» und der «Bedrohung unserer Sicherheitslage durch unkontrollierte Masseneinwanderung teils – ich sage extra teils – vollkommen wert- und kulturfremder Menschen» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/12: 42). Nach eigener Aussage nicht «fremdenfeindlich», sondern «höchstens fremdenkritisch» warnte er an anderer Stelle vor der Überwindung des «Nationalstaates durch eine multikulturelle Gesellschaft oder gar einen Vielvölkerstaat» sowie vor der «Entstehung ethnischer, religiöser und sprachlicher Parallelgesellschaften» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/21: 44 f.). Das System der Sozialversicherungen drohe zu kollabieren, es bestünde «Rekordkriminalität», Terror sei «nicht mehr [ein] nur theoretisches Lebensrisiko»; zudem sinke das Leistungsniveau an Schulen und Hochschulen sowie in der Wirtschaft (ebd.).

In der Debatte zum AfD-Antrag «Staatsangehörigkeitsrecht nicht aufweichen – Wahlrecht für Ausländer nicht erweitern» wurde Poggenburgs Nähe zum Gedankengut der Neuen Rechten und ihrer Idee vom «großen Austausch», die für viele Beobachter_innen schon lange feststand, deutlich:

Was gegenwärtig tatsächlich stattfindet, ist eine geplante Umstrukturierung des deutschen Volkes. Nein, das ist keine Verschwörungstheorie, sondern leider Tatsache. Aus der nach Sprache, Kultur und Geschichte deutschen Mehrheitsbevölkerung soll eine multikulturelle Gesellschaft ohne einheitliche Sprache, Tradition und damit Identität gemacht werden. (Landtag von Sachsen-Anhalt 2017a)

Poggenburg persönlich halte es mit Jürgen Elsässer: «Wenn die Regierung das Volk austauschen will, dann muss das Volk die Regierung austauschen» (ebd.). Die angebliche Dramatik und vor allem die Verantwortlichkeit für diese Situation fasste AfD-Kollege Lehmann so zusammen: «Der Staat besteht aus den drei Elementen Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Nach dieser Drei-Elementen-Lehre spricht man nicht mehr von einem Staat, wenn eines dieser Elemente nicht mehr erkennbar ist» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/20: 9). Alle drei Elemente, so Lehmann weiter, seien von den «Altparteien» längst verraten worden: «Damals hat Frau Merkel im Alleingang die Grenzkontrollen in unserem Staat mit einem Handstreich aufgehoben und alle an der Koalition Beteiligten sind zu Mittätern geworden» (ebd.). Mittäterschaft wird bei passender Gelegenheit fast allen gesellschaftlichen Institutionen unterstellt. So begründete zum Beispiel Tillschneider seine Ablehnung eines relativ unspektakulären Antrags zur Schenkung der Schlosskirche Wittenberg an die Evangelische Kirche damit, dass das ganze Streben der Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) darauf gerichtet sei, eine Politik gegen «die Interessen des eigenen Volkes» mit einer «pseudoreligiösen Legitimation» zu versehen, und «statt gegen die Islamisierung Widerstand zu leisten, fördert sie selbst noch die Islamisierung. [...] Statt gegen die Zerstörung

unseres Volkes durch Massenmigration Widerstand zu leisten, verdient die Kirche daran, und zwar nicht schlecht» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/21: 126).

Islamisierung und die Absage an die Integration

Mit zwei Gesetzentwürfen zum Verschleierungsverbot setzte die AfD das Thema Islam auf die Agenda der Parlamentsdebatten. Dabei stellte Hans-Thomas Tillschneider gleich zu Beginn klar, was die Motivation hinter diesem Vorhaben sei, die Sebastian Striegel von den Grünen im Anschluss an dessen Ausführungen «Islamophobie in Reinkultur» nannte. «Und der Islam, werde Kollegen, gehört mit Sicherheit nicht zu Deutschland», so Tillschneider, der den entsprechenden Satz von Bundespräsident Horst Köhler dann auch als «den dümmsten und zugleich gefährlichsten Satz», der «jemals in der politischen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geäußert wurde», bezeichnete (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/7: 58 ff.). Der Islam sei «uns» «zutiefst fremd» und größtenteils «mit unserem Wertesystem und unserer Lebensordnung schlechthin unvereinbar»; während hier, so führte er aus, durch Freiheit und Sittlichkeit regulierte Geschlechterverhältnisse vorherrschen würden, greife «der Islam» auf die Verbannung der Frau aus der Öffentlichkeit zurück (ebd.). Tillschneider beteuerte, er wolle diese der islamischen Kultur «eigenen Antworten auf uralte Fragen» nicht abwerten, er wolle aber auch nicht, «dass diese Einstellung hier Fuß fasst und sich hier ausbreitet» (ebd.). Der Schleier sei somit «Ausdruck von Integrationsverweigerung», die man mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen müsse; Toleranz, so Tillschneider, sei «die letzte Tugend einer untergehenden Gesellschaft»; was es brauche, sei nicht mehr «suizidale Toleranz, sondern ein starker Wille zur Selbstbehauptung»; dazu gehöre auch die Bekämpfung der Islamverbände als «politische Gegner» (ebd.). Dass der Anteil der muslimischen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt sehr gering sei, würde seine Argumentation nicht entkräften, sondern stelle eine «einmalige Chance» dar, der «Islamisierung» frühzeitig zu begegnen. Die geforderten Verschleierungsverbote seien daher nur Teil eines Maßnahmenpakets, das auch ein Minarettverbot sowie ein Ende der doppelten Staatsbürgerschaften vorsehe (ebd.). Bei der Wiederholung des Antrags erneuerte Oliver Kirchner diese Argumentationen und urteilte:

Die Vollverschleierung gehört in Gänze verboten, da sie nicht nur frauenfeindlich ist, sondern auch ein Integrationshemmnis darstellt. Sie gehört genauso verboten wie Staatsverträge mit islamischen Lobbyistengruppen und Hasspredigten in Moscheen auf deutschem Boden. Der Islam gehört nun einmal nicht zu Deutschland. Er hat es nie und, ich denke, er wird es auch nie. (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/21: 133)

Auch in dem deutlich antimuslimischen AfD-Antrag «Organisierten Islamismus bekämpfen – Religionsfrieden sichern» wurden Stereotype und Pauschalisierungen

reproduziert. Der Islam habe, so die Ausführungen Tillschneiders, «anders als das Christentum nie gelernt, die Sphäre des Staates von der Sphäre der Religion grundsätzlich und nachhaltig zu trennen» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/22: 89 ff.). Die Idee der kriegerischen Eroberung der nicht islamischen Welt würde dem Islam zugrunde liegen und werde mit der modernen «Massenmigration, mit dem Eindringen orientalischer Muslime in unsere Städte» auf «verhängnisvolle Weise praktisch» (ebd.). Als Träger dieser «Islamisierung» benannte Tillschneider wahllos ganz unterschiedliche Islamverbände als «halb islamistische, halb ethnisch-kulturelle Lobbyorganisationen»; der DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) bescheinigt er, «weit gefährlicher als etwa die sogenannten Reichsbürger» zu sein; auch von der «Parallele zwischen Rechtsextremismus und militantem Islamismus» war die Rede (ebd.).

Die Debatte über eine von der AfD beantragte Kommission zur Stärkung direkter Demokratie sorgte für heftige Auseinandersetzungen und gab der AfD Gelegenheit, ihrer Einschätzung wiederholt Ausdruck zu verleihen, dass in ihren Augen Integration weder möglich noch sinnvoll sei. Entrüstung brach in den Reihen der AfD aus, als Eva von Angern (DIE LINKE) für ihre Fraktion die Forderung nach einem Wahlrecht für alle Personen bekräftigte, die fünf Jahre in Deutschland leben. Eine «Katastrophe» nannte dies Poggenburg, wenn «alle Menschen, die hier leben, einbezogen sind, also auch Asylbetrüger, Dokumentenfälscher, abgelehnte Asylantragsteller und illegal hier lebende Menschen» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/11: 13). In die gleiche Richtung ging ein Beitrag Robert Farles, der von Angern als «Feind unserer Verfassung» bezeichnete, wenn sie sage, dass «egal woher er kommt, egal ob er unsere deutsche Sprache spricht, egal ob er in diese Gesellschaft integriert ist und fünfmal weiter egal –, soll die gleichen Rechte ausüben wie das Volk» (ebd.). In einer späteren Debatte ergänzte Mario Lehmann zu diesem Thema: «Es wäre Verrat an unserem deutschen Volk, das Wahl- und Staatsbürgerrecht an jeden hereingeholten Antänzer und an jede Ficki-Ficki-Fachkraft zu verschenken» (ebd.: 17).

Asylpolitik der AfD

Der AfD-Antrag «Asylkrise bewältigen – Maßnahmen zum Schutz vor Terror, Kriminalität und Kostenexplosion» listet in 22 Punkten dezidierte «Änderungsforderungen» der Partei zum Thema Asylrecht auf, die nicht nur das stereotype Bild vom «massenhaften Asylmissbrauch» in allen Facetten reproduzieren, sondern auch die Selbstverständlichkeit, mit der die AfD Grundrechte infrage stellt, gut dokumentieren. Hier finden sich neben dem Vorschlag eines sofortigen Aufnahmestopps auch Forderungen nach der Errichtung von Grenzsicherungsmaßnahmen, einer verschärften Residenzpflicht, der Beseitigung fast aller Abschiebehemmnisse, einem Verbot des Familiennachzugs

oder nach der Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft. Rechtliche Probleme sah Einbringer Farle keine, da es «keinen Vorrang individueller Menschenrechte gegenüber den Rechten der Völker» gebe; für ihn eine «weit verbreitete und rechtsirrigte Doktrin» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/19: 36).

3.4.2 Positionierungen zu Geschlechtergerechtigkeit und Familienpolitik

Ein weiteres zentrales Thema, das Partei und Fraktion der AfD immer wieder bespielten, war die von ihr als «Genderwahn» bezeichnete Gleichstellungspolitik. Der Familienbegriff der AfD ist ein deutlich völkischer und der Begriff des Geschlechts ein entsprechend biologischer. Die AfD tritt mit ihrer Familienpolitik an, dem von ihr heraufbeschworenen Bedrohungsszenario aus geringer Geburtenrate im «eigenen Volk», «Genderwahn» und gleichzeitiger «Masseneinwanderung» zu begegnen und weitere «Gesellschaftsexperimente» zu beenden.

Im September 2016 brachte die Fraktion den Antrag «Aktionsprogramm für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI)» sofort beenden – Familien mit Kindern fördern statt sexueller Minderheiten! ein. Poggenburg und Tillschneider sprachen von einem «groß angelegten gesellschaftlichen Umpolungs- und Umwertungsprogramm», mit dem «für eine vermeintliche Besserstellung von weniger als 5 Prozent der Bevölkerung 95 Prozent der Bevölkerung ideologisch bedrängt und gegängelt» sowie Kinder mit «Abweichungen des normalen Sexuallebens» konfrontiert und überfordert werden (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/10: 59 ff.). Tillschneider zitierte den katholischen Philosophen Robert Spaemann mit seiner Formulierung «Fehlern der Natur», korrigierte sich – darauf angesprochen – aber und sprach von «Normabweichung. Krankheit ist zu stark» (ebd.: 76). Zudem kommentierte er einen LINKEN-Antrag zur Gleichstellung an Hochschulen, der Gegenstand derselben Sitzung war: Der Antrag ignoriere «die freie Entscheidung von Frauen», «ihre akademische Karriere nicht bis zur letzten Stufe treiben zu wollen», und rufe außerdem «sozialen Stress» unter Männer hervor (ebd.: 26 ff.). Tillschneider forderte die Umwidmung aller Gender-Professuren in solche für «ordentliche Universitätsfächer» und die Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten, die «nichts Besseres zu tun haben, als zu verhindern, dass Männer trotz bester Qualifikation auf Professorenstellen berufen werden» (ebd.). Nicht die Geschlechterrollen, sondern die «Gender-Politik» sei «ein Zwangssystem, von dem wir uns emanzipieren müssen» (ebd.). In der zweiten Beratung des Antrags im Dezember 2016 nutzte Tillschneider die erneute Auseinandersetzung zum Thema LSBTTI dazu, seinen Begriff von «Vielfalt» vor dem Hintergrund der neurechten Theorie des Ethnopluralismus darzulegen:

Echte Vielfalt ist durchaus etwas Erhaltenswertes. Die Vielfalt der Pflanzen- und Tierarten etwa. Die Vielfalt der politischen Meinungen. Die Vielfalt der Völker dieser Erde, die nach ihren ganz eigenen Kulturen und Gesetzen leben. Das alles ist echte Vielfalt. Zu dieser Vielfalt bekennen wir uns. Diese Vielfalt ist historisch gewachsen. Sie ist authentisch, sie hat Würde und Stil. Wenn Sie aber von Vielfalt sprechen, dann meinen Sie etwas ganz anderes. Dann meinen Sie Multikulti und Gender. Sie meinen also gerade die Aufhebung aller kulturellen und geschlechtlichen Identitäten und aller tradierten Normen. Wenn Sie von Vielfalt sprechen, dann meinen Sie – so Kleine-Hartlage in seinem Standardwerk über die Sprache der BRD – «einen engen Meinungskorridor, gesäumt von stereotypen Phrasen und bewacht von einer ganzen Armee offizieller und inoffizieller Meinungszensoren, die mit leidenschaftlichem Denunziantenehrgeiz darüber wachen, dass Vielfalt und Toleranz hinreichend gepriesen werden.» Ich gebe Ihnen die Garantie: Ich werde Ihre Vielfalt niemals preisen. Im Gegenteil gestehe ich offen: Ich kann dieses süßliche falsche Gerede von Vielfalt und Toleranz und das ganze Regenbogentralala nicht mehr hören und sehen. (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/16: 41)

Am 8. März 2018 durfte dann auch Lydia Funke zum Thema im Rahmen einer von der SPD beantragten Debatte «Frauenrechte und Gleichstellung weiter voranbringen» sprechen. Zunächst klärte auch sie nochmals darüber auf, dass «Genderisierung, Sexismus-Debatte, Femen-Aktivismus und schließlich die Frauenquote» Begrifflichkeiten wären, «die den Grundzügen der Frauenbewegung nicht einmal im Ansatz gerecht werden können», bevor sie eine Lobeshymne auf die DDR-Frauensozialisation anstimmte (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/21: 31 f.). Mehrfach sprach sie von der «Avantgarde der Ostfrau», die sie – mit Verweis auf eine DDR-Zykluspublikation – anhand von vier «Bestimmungen» charakterisierte: «Ohne dass diese Aufgabenfelder als Belastung apostrophiert worden wären: Mutter, Hausherrin, Gefährtin des Mannes und Erwerbstätige» (ebd.). Ebenfalls mit Bezug auf diese DDR-Publikation erläuterte sie die Notwendigkeit, dass zur «Erhaltung des Volkes in jeder Ehe mehr als zwei Kinder geboren werden» müssten; die «deutsche Frauenbewegung», so Funke, sei für den Bevölkerungsschwund verantwortlich (ebd.). In fast schon nationalsozialistischem Duktus führte sie weiter aus:

Eine konsequente Stärkung der Frauenrechte bedarf einer verbindlichen Familienpolitik als Unterbau, um die Frau weiterhin als in allen Teilen ebenbürtiges Mitglied der Gesellschaft neben dem Manne zu etablieren; denn in ihrem Schoße liegt das Schicksal einer Welt, das Glück kommender Generationen und das Schicksal des deutschen Volkes. (Ebd.: 33)

Einen Überblick zum Geschlechter- und Familienbild der AfD bietet ein Papier gegen Frühsexualisierung, das unter Federführung Sachsen-Anhalts als interfraktionelles Positionspapier der AfD-Landtagsfraktionen im November 2016 veröffentlicht wurde (vgl. Poggenburg u. a. 2016). Darin bekennt man sich «ohne Ein-

schränkung zu der in Artikel 6 des Grundgesetzes festgeschriebenen Pflicht des Staates, Ehe und Familie in besonderer Weise zu schützen». Unter Familie wird ausschließlich die «Verbindung aus Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen» verstanden, ausgestattet mit der «naturegegebenen Aufgabe», Kinder zu erziehen, und damit die «Keimzelle der Gesellschaft» und Garant für den «Erhalt unseres Volkes, unseres Staates und unserer Nation» zu sein (ebd.). In diesem Sinne bekennen sich die Unterzeichner_innen zu dem Recht der Eltern, Kinder nach eigenen Wertvorstellungen zu erziehen; dem Recht eines Kindes auf Mutter und Vater, Mann und Frau; seinem Schutz vor «Frühsexualisierung» sowie einem Unterricht, der intakte Familien statt «Triebbefriedigung» als «primäres Lebensziel» propagiere (ebd.). Sie wenden sich gegen «scharm- und persönlichkeitsverletzende Inhalte in Wort, Bild und Ton» in Kita und Schule; staatliche Eingriffe in die «natürlichen Vorstellungen, die sich unsere Kinder von Familienleben und Geschlechterrollen bilden»; das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare und gegen die Diskriminierung sexueller Minderheiten bzw. gegen die «herrschende Antidiskriminierungspolitik» (ebd.).

3.4.3 Bildungs-, Kinder- und Jugendpolitik

Wo sich die entsprechenden Anlässe boten, erneuerte die AfD ihre allgemeine Kritik am bestehenden Hochschul- und Bildungswesen, die sich zum Teil mit der Ablehnung der Gleichstellungspolitik deckt und darauf zielt, Ausrichtung und Strukturen der Bildungslandschaft einer autoritären und elitären «Wende um 180 Grad» zu unterziehen. Den diesbezüglichen Ausführungen liegt eine nationalistische Denkstruktur zugrunde, in deren Zentrum die «deutsche Identität» und die «Nationalbildung» stehen. Deutlich ist auch die Absage an das gesellschaftliche Projekt der Inklusion, auch wenn hier zum Teil unterschiedliche Positionen vertreten werden.

Insbesondere der Scharfmacher Tillschneider meldete sich wiederholt zum Thema Bildung zu Wort. In der Debatte um bessere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen im Oktober 2016 bekräftigte Tillschneider den von der AfD bereits mehrfach geäußerten Vorwurf, dass die Stellen an den Hochschulen nach Geschlecht und nicht nach Qualifikation vergeben würden (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/11: 52 ff.). «Im Moment» sei aber «das größte Problem der Universität, dass sich an ihr viel zu viele tummeln, die dort fehl am Platz sind». Den Altgermanisten Gerhard Wolf zitierend sprach Tillschneider davon, dass unter der studierenden Hälfte eines Jahrgangs 50 Prozent «einem akademischen Studium nicht gewachsen» seien (ebd.). Den anderen Parteien warf er vor, dass sie eine Massenuniversität wollten, und stellte dem sein eigenes Bild von einer «deutschen Universität» gegenüber:

Was Sie wollen, ist der Marsch in eine durchideologisierte, überdimensionierte, fettwabernde und jeden Anspruch auf

herausragende Leistung fahenlassende Massenuniversität. Wir dagegen wollen genau in die andere Richtung. Wir wollen Klasse statt Masse. Wir wollen die deutsche Universität zu ihrer alten Größe und Weltgeltung zurückführen. (Ebd.: 53)

Der Bologna-Prozess sei ein «Programm, um die deutsche Universität und vor allem die Geisteswissenschaft an die Kandare zu legen»: Die «deutsche Universität» und gerade «die deutsche Geisteswissenschaft» als «starkes Stück deutscher Kultur» sei durch die Umstrukturierung im Zuge dieses Prozesses nach einem aus der «angelsächsischen Tradition herkommenden Muster [...] ins Mark getroffen», seither würden «zeitgeisthörige Wissenschaftsfunktionäre» und die Politik der «Altparteien» die Gestaltungsfreiheit an den Universitäten einschränken (ebd.: 52 ff.). Bemerkenswert an dieser Argumentation ist, dass die «Zersetzung», die laut Tillschneider die «deutsche Kultur» bedrohe, angeblich von außen an sie herangetragen wurde – ein immer wieder von der AfD gebrauchtes rhetorisches Mittel, wenn es darum geht, die «deutsche Kultur» als ihrem Wesen nach homogen zu beschwören. «Gerade im Bildungswesen, das auf das Engste mit der Kultur eines Landes verknüpft ist, gilt, dass es umso stärker ist, je entschlossener es zu sich selbst steht» (ebd.). Darauf angesprochen, dass die AfD mit ihrer Ablehnung der Geschlechterforschung ja selbst die Freiheit der Wissenschaft beschneide, antwortete Tillschneider knapp, «Gender-Mainstreaming» sei «keine Wissenschaft [...], Gender-Mainstreaming ist ein einziger großer Karnevalsumzug» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/14: 100 ff.).

Deutlicher als beim Thema Hochschulen traten die elitären und autoritären Ideen Tillschniders in Debatten zum allgemeinen Zustand des Bildungssystems hervor. Er führte aus, dass dessen «wahre Krise» «keine Krise der Finanzierung und der Unterrichtsversorgung, sondern eine Krise der Mentalität» sei (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/19: 13 ff.). Was fehle, sei der Wille zu Leistung und Wettstreit, zudem vermisse er die Vermittlung von «Pflicht und Disziplin» (ebd.). In einer bildungspolitischen «Wende um 180 Grad» gelte es daher, der Jugend «Lust auf Leistung» zu machen: «Wir müssen denjenigen, der viel erreicht hat, ehren, und denjenigen, der weniger erreicht hat, anspornen, hart an sich zu arbeiten. Wir müssen den Ehrgeiz der Jugend wecken» (ebd.). Wenig verwunderlich auch mit Blick auf die Aussagen zur Befähigung von Studierenden ist, dass Tillschneider für die Dreigliedrigkeit im Schulsystem plädierte. Neben diesen am Leistungsbegriff orientierten Ausführungen machte er auch die nationalistische Komponente stark. Man dürfe nämlich nicht vergessen, dass «Bildung immer auch Nationalbildung ist»:

Nur wenn dem so ist, wenn die Schule ein gesundes Nationalgefühl vermittelt, nur wenn die Schüler stolz auf sich selbst und ihr Land sein wollen, streben sie auch herausragende Leistungen an und treten in jenen heilsamen Wettstreit, von dem ich gesprochen habe. Die Null-Bock- und

die Scheiß-Deutschland-Mentalität sind zwei Seiten einer Medaille. (Ebd.: 15)

Alles Übel im Bildungssystem, so Tillschneider, würde letztlich in der «Kulturrevolution und der Emanzipationsideologie der 68er» wurzeln, sie seien für den «hohle[n] Individualismus, die Destruktion der Familie, die Missachtung von Wettstreit, Fleiß und Disziplin und die Anfeindung unserer Nationalkultur» verantwortlich (ebd.). Die AfD bereite die notwendige «Konterrevolution» vor: «Wir werden noch gründlicher durch die Institutionen marschieren als die 68er und dann werden wir ein Bildungssystem aufbauen, das an die besten Traditionen und die Glanzzeit unseres Volkes anknüpft» (ebd.: 16).

Das Weltbild der AfD bietet, wenig überraschend, auch keinen Platz für Inklusion. Tillschneider führte mit Blick auf ein geplantes Konzept für Förderschulen aus, «die AfD-Fraktion bekennt sich zu Erhalt und Ausbau des Förderschulwesens und spricht sich in unmissverständlicher Weise gegen das Gesellschaftsexperiment Inklusion aus», und begründete dies unter anderem damit, dass die «normal begabten Kinder» davon nicht profitieren würden, da «die behinderten Kinder» den Unterricht «aufhalten und dafür sorgen, dass das Niveau sinkt» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/9: 61 f.).⁸

An den Schulen bräuchte es weder diskriminierungsfreie Bildung noch Schulsozialarbeit, die von der AfD in Reaktion auf einen entsprechenden Antrag als nutzlos und möglicherweise schädlich beschrieben wurde: «Jeder Cent des sachsen-anhaltischen Steuerzahlers ist zu schade, um ihn für so etwas Überflüssiges wie Schulsozialarbeit rauszuschmeißen»; sie sei ein «Sumpf», den es auszutrocknen gelte, und eine «Sozialindustrie», getragen von einem «Typus des Sozialarbeiters», der «politisch wohl eher dem linken Spektrum zuneigt»; «problematische Schüler brauchen keinen Schulsozialarbeiter, sie brauchen Autoritäten und klare Maßstäbe»; der Schule als einem «Ort der politischen Indoktrination, der Zeitverschwendung, der Gleichmacherei und der Pflege eines linksversifften Lebensgeföhls» erteilte die AfD «eine Absage» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/10: 56).

Eine ähnliche Einstellung bewiesen Jens Diederichs, Justizvollzugsbeamter, und Mario Lehmann, Kriminalhauptkommissar, mit einem Antrag, das Jugendstrafrecht für Heranwachsende aufzuheben. Sie sprachen von einer «Kuscheljustiz», die die Opfer verhöhne und in der sich die Jugendlichen aus ihrer Verantwortung ziehen könnten und in der sich die Attestierung «unzureichender Reife» von der Ausnahme zur Regel entwickelt habe. Als positives Gegenbeispiel wurde Ronald Schill, «Richter Gnadenlos», Begründer der Schill-Partei und zeitweise Innensenator von Hamburg, genannt. Dieser hatte Anfang der 2000er Jahre im Wahlkampf mit Abschreckung durch harte Strafen geworben; so unter anderem mit freiwilligen Kastationen oder strafrechtlichen Sanktionen für Eltern mit straffälligen Kindern. Lehmann fügte hinzu, dass

«die Sozialpädagogik-Juristerei die Oberhand gewonnen» habe, und meinte: «Eine Gesellschaft bekommt immer die Verbrecher, die sie verdient» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/11: 75). Diederichs war es auch, der den Antrag «Internatslösung für Schulschwänzer» vorbrachte. Etwas mäßiger im Ton wird dort ein Jugendhilfeinternat mit teils geschlossener Abteilung, teils offener Jugendhilfe vorgeschlagen, das anders als die Sanktion des Beuge- und Ersatzarrests die Unterrichtsversorgung erfüllen soll. Bildungsminister Tullner verwies in seiner Reaktion auf den Antrag darauf, dass dieser Arrest wegen nicht gezahlter Geldbußen und nicht wegen Schulschwänzens verhängt werde und auch darauf, dass die Idee nicht zuletzt mit Blick auf das Grundgesetz fraglich sei. Den Alternativantrag der LINKEN, der auf pädagogische statt Disziplinarmaßnahmen setzte, kommentierte Poggenburg mit der Behauptung, dass dies «Anarchie hervorrufen» würde. «Die Linken» wären ja aber eh daran interessiert, Jugendliche «auf der Straße abhängen» zu lassen: «Besser kann der Weg in den Linksextremismus und in die Antifa nicht geebnet werden. Wir verstehen Ihre Gedanken» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/15: 87).

3.4.4 Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Positionen der AfD-Fraktion zur Sozial- und Wirtschaftspolitik kamen weniger in eigenen Anträgen zum Ausdruck, sondern zeigten sich vor allem in Reden und Reaktionen auf Vorhaben der anderen Fraktionen. Dabei wurde sowohl der neoliberale Common Sense bedient als auch die herrschende Wirtschafts- und Handelspolitik kritisiert. Einzige Konstante waren – wenig überraschend – Bezüge und Vergleiche zu den Kosten für die Versorgung geflüchteter Menschen. Im Grunde genommen stellen sie den Kern der Sozial- und Wirtschaftspolitik der AfD-Fraktion dar: Alles Übel auch im Wirtschafts- und Sozialsystem lasse sich so erklären. Wo Finanzmittel fehlten, wo das «eigene Volk» zu kurz komme, machte die AfD Ausgaben für Asylsuchende oder Gleichstellungsprogramme geltend, die diesen Konkurrenz machen würden.

Eigene Vorhaben stellte zum Beispiel ein Antrag zur Ablehnung der angeblichen Abschaffung des Bargelds dar. Sowohl Antragstext als auch Rede waren nahezu wortgleich von der Fraktion in Thüringen übernommen worden. Der Antrag diene in erster Linie dazu, ein populäres Thema zu besetzen und eine Erzählung vom «Angriff der Altparteien auf unser Bargeld» zu entfalten und Feindbilder zu bedienen (Landtag von Sachsen-Anhalt – Drucksache 7/73). Im August 2016 entstanden dann zwei weitere Anträge mit Blick auf die Außenhandelsbeziehungen. Im ersten wurde eine Ablehnung der Handelsabkommen TTIP, TISA sowie CETA gefordert. Begründet wurde dies mit intranspa-

⁸ Der AfD-Abgeordnete Kirchner äußerte auch anderslautende Positionen, so etwa Zuspruch für Anträge der LINKEN zu den Belangen von Menschen mit Behinderung.

renten Verhandlungen sowie sinkenden Standards in den Bereichen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Daten- und Verbraucherschutz sowie möglicherweise deregulierten öffentlichen Dienstleistungen. Um die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards, die «bestens dazu geeignet [ist], Wohlstand zu schaffen und zu sichern», zu erhalten, solle der Nationalstaat die Möglichkeit behalten, hier Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein selbstbestimmtes Leben auch für jene ermöglichen, «die aus eigener Kraft kein genügendes Auskommen erwirtschaften können» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Drucksache 7/280). Abgelehnt wurden auch die Sanktionen gegenüber Russland, das es «nicht alleine in der Hand [habe], ob die Minsk-Vereinbarungen erfüllt werden» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Drucksache 7/286). Weder russische noch ukrainische Maßnahmen seien zielführend, vielmehr müsse der für alle Beteiligten – auch für Mitteldeutschland – schädliche Zustand beendet werden und an die Stelle der Strafmaßnahmen müsse der Weg des Dialogs treten (ebd.).

Zum Thema Hartz IV positionierte sich bereits in der ersten Parlamentssitzung Ulrich Siegmund: Trotz grundsätzlicher Zustimmung zu weiten Teilen eines LINKEN-Antrags gegen Rechtsverschärfungen im SGB II lehnte er ein Ende der Sanktionspraxis dennoch ab (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/5: 115). Für ihn sei dies eine «Respektlosigkeit gegenüber der Gebergesellschaft» bzw. der «wertschöpfenden Gesellschaft und dem Mittelstand»: «Es kann nicht im Sinne unserer Sozialpolitik sein, dass die generelle Ablehnung eines vermittelten Jobs, beispielsweise weil die Arbeit einfach keinen Spaß gemacht hat, vollkommen sanktionsfrei bleibt» (ebd.).

Ein mit Blick auf das Schüren von Sozialneid und Konkurrenz «klassisches» Argumentationsmuster zeigte auch der Abgeordnete Tobias Rausch bei der von der LINKEN beantragten Debatte zu Kinderarmut. Er sprach von einem dramatischen «Scheitern der Altparteien in der Kinder- und Familienpolitik», rechnete am Beispiel der Stadt Halle die Kosten für die «sogenannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen» vor und beklagte unter anderem: «Jeder Steuer-Euro, der für die sogenannte Integration von meist jungen Männern aus fernen Ländern ausgegeben wird, kann nicht mehr für die einheimische Bevölkerung und damit auch nicht mehr für die eigenen Kinder ausgegeben werden» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/10: 12 f.). Als Forderungen formulierte er die Einführung eines Landeskindergelds, den kostenlosen Besuch von Kindereinrichtungen ab dem vierten Lebensjahr und die Schaffung steuerlicher Anreize für Arbeitgeber für die vermehrte Einstellung von Eltern (ebd.).

Auch der Ex-DKPlar Farle machte die seiner Meinung nach falsche Prioritätensetzung bei der Vergabe der umfangreichen Mittel aus dem EU-Sozialfonds für die schleppende Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut verantwortlich, die ein Kernanliegen der AfD sei. Sparen könne man bei «der Förderung der Gender-

Ideologie» und bei der «sogenannten Willkommenskultur, also bei der Subventionierung der Asyl- und Integrationsindustrie»; dann könne auch Kindern und älteren Mitbürgern «finanziell unter die Arme» gegriffen werden (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/22: 19 ff.). Eine zentrale Rolle in seiner Aufrechnung spielten unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die «pro Nase 60.000 Euro [kosten]» würden. Bei der eigenen Bevölkerung werde «geknauert, aber für diejenigen, bei denen man noch nicht einmal das Alter richtig festgestellt hat, gibt man für 2017 und 2018 98,5 Millionen Euro für etwa 1.400 Personen aus» (ebd.). Diese Menschen, so Farle, «wären bei ihren Familien in ihrer Heimat wirklich besser aufgehoben. Die haben eine Familie» (ebd.). Ähnlich seinem Kollegen Tillschneider forderte er für die Asyl- und Integrationspolitik eine «Wende um 180 Grad» hin zu einer «Verabschiedungskultur für nicht Anspruchsrechtige und eine Willkommenskultur für unsere einheimischen Kinder» (ebd.: 23 f.) Auch dem «linken Vereinswesen», einer «Hydra staatlich alimentierter, selbst ernannter Antifaschisten und Volkserzieher», müsse man den Geldhahn zudrehen (ebd.) – auch dies ein Topos, der von der AfD bei jeder Gelegenheit bedient wurde.

Interessanterweise – und hier zeigt sich die Ambivalenz und Unbestimmtheit der AfD-Positionierungen – kam Tillschneiders Kollege Tobias Rausch in einem Beitrag zur Rentendebatte bis fast zum Schluss ohne diese Vorwürfe aus. Er lobte Otto von Bismarck, dem klar gewesen sei, dass «ein Volk und eine Nation nicht durch Ungleichbehandlung bei der Rentenpolitik benachteiligt werden darf» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/21: 15 ff.). Seine Partei würde die Ost-West-Angleichung der Rente, die für ihn und die AfD eine historische Verantwortung darstelle, in zwei Stufen und nicht, wie der Bund, in sieben erreichen wollen. Rausch beschwerte sich – im Widerspruch zu anderen Äußerungen seiner Fraktion – auch über den Niedriglohnsektor und sprach gar von einer «neoliberalen Ausbeutungspolitik» (ebd.). Letztlich aber beklagte auch er die Ausgabe von Steuergeldern in Milliardenhöhe für den «EU-Zentralismus», für «marode Banken» oder «für Millionen von Fremden» durch die «Altparteien»: «Jeder Steuereuro, der nicht für uns ausgegeben wird, kann nicht mehr für unsere einheimische Bevölkerung und nicht mehr für die Bekämpfung der Altersarmut ausgegeben werden» (ebd.).

Wenig an der Seite der «hart Arbeitenden» zeigte sich die AfD wiederum in der Debatte um die gesetzliche Krankenversicherung. Nach einer sehr allgemeinen Fürsprache für eine Bürgerversicherung lehnte Ulrich Siegmund letztlich die paritätische Finanzierung ab und begründete dies immer wieder mit Belastungen für die Unternehmen: Es sei nicht zielführend, «die gesamte Kostenproblematik im Gesundheitssystem durch Parität zu lösen»; dem Mittelständler sei es nicht zuzumuten, «dass er für die gesamten Missstände in unserem Gesundheitssystem aufkommen muss» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Be-

richt 7/11: 26). Natürlich ließ auch er die Möglichkeit nicht ungenutzt, den Bogen zur Flüchtlingspolitik zu schlagen, und sprach von einer «massiven Belastung» des Gesundheitssystems durch Flüchtlinge (ebd.). In dieselbe Richtung gingen auch die Ausführungen des gesundheitspolitischen Sprechers der Fraktion in der Debatte um die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Migrant_innen. Siegmund bezeichnete den Großteil der Geflüchteten als Wirtschaftsflüchtlinge und warnte davor, «unser auf unserer harten Arbeit basierendes Sozialsystem bis zur Erschöpfung zu strapazieren» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/20: 96). Während die «wirklich» schutzbedürftigen Frauen und Kinder «noch in den Bombenkellern Aleppos» säßen, würden wir «hier die jungen Männer durchfüttern und gesundheitlich versorgen» (ebd.).

3.4.5 Provokationen, Ekklats und das Feindbild «Linksfaschismus»

Sehr großen Raum nahmen – wie bereits mehrfach erwähnt – Angriffe auf die politischen Gegner ein. Dabei ging es der AfD jedoch weniger um eine Benennung von Verantwortlichkeiten, sondern um diffamierende und feindselige Abwertungen, insbesondere der linken Parteien und Organisationen. LINKE, SPD, Grüne und auch zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen sowie «die Antifa» werden zur eigentlichen Bedrohung der Gesellschaft und der Demokratie stilisiert, der «Linksextremismus» werde nicht nur verharmlost, sondern auch staatlich subventioniert. Folgerichtig kam es in diesem Zusammenhang auch immer wieder zu Relativierungen rechter Gewalt.

Beispielgebend war die Debatte im Oktober 2016 über einen Antrag der LINKEN zur Bedrohung durch Rechtsextremismus. Daniel Raue hätte lieber über den «Linksextremismus» gesprochen und begründete dies unter anderem mit der «Connewitzer Terrorzelle», die ganze Stadtteile in Leipzig verwüsten würde (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/12: 57). Auch Jan Wenzel Schmidt, der keinen Hehl aus seiner Nähe zur extremen Rechten macht, sprach von Verharmlosung linker Gewalt und führte Statistiken zur Sachbeschädigung an. Geradezu «ausgrenzend und rassistisch» fand es Mario Lehmann, dass der Antrag den Fokus auf die Opfer des Rechtsextremismus lege und so alle «anderen Opfergruppen» «zweitrangig» behandle; das «rechte Schreckgespenst» werde durch «links-grün orientierte Vereine, Initiativen und Netzwerke» heraufbeschworen, die in den letzten Jahren «wie Pilze aus dem Boden geschossen» seien (ebd.). Als Beleg diente ihm die Erhöhung der Zuwendungen unter anderem für den Kinder- und Jugendinger oder Miteinander e. V. Da diese «anscheinend noch immer nicht genug» bekämen, sei es aus Sicht der LINKEN, so Lehmann weiter, natürlich «schade, wenn das rechte Schreckgespenst verdampfen würde» (ebd.). Diese Art von Projektförderungen seien Steuergeldverschwendung in Form von «Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

für Ihre linken Sozialpädagogen», die über diese Vereine «den vollen ideologischen Zugriff auf unsere Kinder und Jugendliche ausüben können» – ein «Sumpf», den es «in Zukunft trockenzulegen» gelte (ebd.). Für ihn und die AfD sei die «Bekämpfung der linkslastigen Gewalt und der muslimischen Gewalt» Programm (ebd.: 64). In seiner verschwörerischen Argumentation bereits angelegt und kein unbekanntes Erklärungsmuster im Umkreis von AfD, Pegida und Co., erneuert er auch den Vorwurf der Verquickung von «Linksextremismus» und Parteien wie LINKE, SPD oder Grüne. Auf Nachfrage von Dorothea Frederking (Grüne) warf Lehmann ein: «Ich musste zum Beispiel im Wahlkampf keine Antifa-Truppen losschicken, die meine Plakate aufhängen und Flyer von mir verteilen und die Plakate anderer Leute herunterreißen» (ebd.: 65).

In eine ähnliche Richtung ging auch Tillschneider, der mit Götz Kubitschek argumentierte und mit Blick auf die Rede von Sebastian Striegel (Grüne) davon sprach, dass aus all den Morden seit 1990 jene 182 mit «angeblich» rechtem Hintergrund «herausgegriffen» und «politisch instrumentalisiert» würden. Deshalb sei auch Kubitscheks Statistik legitim, der danach frage, wie viele Deutsche durch Migranten ermordet worden seien. «Weshalb, so frage ich, darf man Ausländer, die von Deutschen ermordet werden, herausgreifen und politisch mit ihnen argumentieren, aber dies nicht umgekehrt tun?» (ebd.: 67). Um den vermeintlich notwendigen Schutz der «Deutschen» als Opfergruppe ging es auch in einem AfD-Antrag zur Neufassung des Volksverhetzung-Paragrafen im April-Plenum.

Wellen in den Medien schlug Jan Wenzel Schmidt mit seinem Debattenbeitrag zum Antrag der LINKEN zur Landesförderung zivilgesellschaftlicher Arbeit im November 2016. Durch den Antrag sollte die Arbeit von Vereinen wie dem Landessportbund und vieler anderer, die von Landesmitteln abhängig sind, trotz verzögerter Bereitstellung der Mittel durch die Landesregierung gesichert werden. Während Schmidt, fast erwartbar, von «links-grünen Partikularinteressen» sprach, die das eigentliche Motiv hinter dem Antrag seien, wurde er schnell drastischer und kassierte einen Ordnungsruf dafür, dass er die LINKE als verlängerten «Arm der Vereinsmafia» bezeichnete (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/15: 51). Die LINKE, so Schmidt weiter, versuche ihren «Vorfelddorganisationen den Zugang zum staatlichen Honigtopf zu sichern»; als eine solche bezeichnete er auch explizit den Verein Miteinander, der «eine Art Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für links-grüne Weltverbesserer» sei (ebd.). Hatte ihm die erstmalige Verwendung des Begriffs «Vereinsmafia» noch einen Ordnungsruf des LINKEN-Vizepräsidenten Wulf Gallert eingebracht, hatte Schmidt es im Februar 2017 beim AfD-Antrag «Keine staatliche Unterstützung von Extremisten» unter dem Vizepräsidenten seiner eigenen Partei leichter. Ohne Rüge sprach er mehrmals von «Vereinsmafia» und einer angeblichen «Desinformationskampagne», die den Linksextremismus überdecken solle

(Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/20: 72).

Einen der größten Eklats verursachte André Poggenburg während der von der AfD beantragten Aktualen Debatte zum Thema «Linksextremismus im politischen Diskurs». Hintergrund für diese Initiative stellten zwei Vorfälle dar, an denen Poggenburg selbst beteiligt gewesen war. Zum einen war Poggenburg mit weiteren Gefolgsleuten am Rande einer Demonstration zum Gedenken an Oury Jalloh aufgetreten. Ein weiterer Vorfall hatte sich an der Universität Magdeburg am 12. Januar 2017 ereignet. Dort hatte die «Campus Alternative» zu einem Vortrag des Biologieprofessors Gerald Wolf zum Thema Gender-Forschung eingeladen. Protest, Sitzblockaden und ein Böllerwurf hatten letztlich zum Abbruch der Veranstaltung geführt. Neben dem Professor und den Abgeordneten Poggenburg und Schmidt hatten sich auch Mitglieder der Neonazipartei Die Rechte, der «Identitären Bewegung» und ein mit Quarzhandschuhen bewaffneter AfD-Referent dazugesellt (Schierholz/Eichker 2017). Nach Poggenburg belege insbesondere der letzte Vorfall «die Einflussnahme von Linksextremisten» auf den politischen Diskurs durch «Ausgrenzung und Gewalt gegenüber unliebsamen Positionen, Parteien und Mandatsträgern» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/20: 38). Den schon aufgebauschten, aber vergleichsweise harmlosen Antragstext übertraf Poggenburg mit seinen Ausführungen bei Weitem. Zunächst empörte er sich darüber, dass er bei der Beobachtung der Oury-Jalloh-Demonstration mit Slogans wie «Nazi Poggenburg» beschimpft worden sei; «urplötzlich», so Poggenburg, sei die Demonstration, «die übrigens mit mehreren Fahnen der Antifa verziert war», aufgebrochen und «einige schwarz vermummte, aber auch schwarz pigmentierte Krawalltouristen strömten auf uns zu» (ebd.). Vor dem «wüsten Geschrei» und den Handgreiflichkeiten dieses «Linksfaschismus» seien sie in «nahezu letzter Sekunde» durch eine Polizeieinheit gerettet worden (ebd.). Diese hatte im Übrigen von einer völlig friedlichen Demonstration berichtet. In den folgenden Ausführungen Poggenburgs häuften sich dann NS-Begriffe: Die Teilnehmenden an der Demonstration bezeichnete er als «zusammengekarrter, arbeitsscheuer und linksextremer Pöbelmob» und mit Blick auf die Vorgänge in Magdeburg führte er aus: «Linksextreme Lumpen sollen und müssen von deutschen Hochschulen verbannt und statt eines Studienplatzes lieber praktischer Arbeit zugeführt werden»; man würde heute wieder Zustände erleben, «die denen in der Weimarer Republik nicht ganz unähnlich sind»; nötig sei daher eine «politische Neubesinnung»; «linksextreme Elemente» müssten die klare Ansage erhalten, dass sie nicht zu unserer Gesellschaft gehörten (ebd.: 39). Weiter hieß es:

Unser Deutschland muss, auch vor dem Hintergrund geschichtlicher Verantwortung, wieder ein freies, friedliches und diskursoffenes Deutschland werden. Nehmen Sie die linksextreme Bedrohung ernst und beteiligen Sie sich an

allen möglichen Maßnahmen, um diese Wucherung am deutschen Volkskörper endgültig loszuwerden. (Ebd.: 40)

Im AfD-Antrag «Ablehnung politisch motivierter Gewalt» führte Lehmann diesen Gedanken weiter aus und sprach von dem Böllerwerfer als einem «sprengstoffwerfenden Kriminellen» und den Demonstrant_innen als «herangekarrten organisierten und linksfaschistischen Oury-Jalloh-Demonstranten» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/20: 103). Für ihn wirke es

ganz stark so, als ob wir aus der Geschichte nichts gelernt haben und uns wieder in der Zeit von Fritz Weineck, dem kleinen Trompeter befinden, der 1925 in Halle zu Tode kam, in einer Zeit, als unterschiedliche politische Meinungen oftmals mit Mord und Totschlag auf den Straßen ausgetragen worden sind. (Ebd.)

Dass die AfD hier Bezug zum Tod eines Aktivisten der Linken sucht, ist bezeichnend und passt zu ihrer Vorliebe für die Märtyrerrolle.

Die Ausführungen Sebastian Striegels von den Grünen zum «Naziproblem» in Bitterfeld und seinen Verweis auf die dortigen Wahlergebnisse nahmen mehrere AfD-Abgeordnete zum Anlass, ihre Empörung kundzutun und von «Nazikeule» zu sprechen: Mit dem «Nazivorwurf» würde insbesondere die LINKE «legitime Kritik an der Islamisierung» bzw. «alles, was Ihnen nicht in den Kram passt», systematisch «niederknüppel[n]», so Tillschneider (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/12: 50). Er forderte, «in ähnlicher Weise», wie es Victor Klemperer in seinem Buch «LTI» getan habe, den «Jargon der Weltoffenheit [zu] sezieren [...]. Denn nirgendwo in dieser Republik sammelt sich so viel Ignoranz wie unter dem Begriff der Weltoffenheit und nirgendwo so viel Intoleranz wie hinter dem Begriff der Toleranz» (ebd.: 63). Sichtlich empört zeigte sich auch der Ex-DKPlar Farle über den «Nazivorwurf»: Für ihn sei ein Nationalsozialist ein Mensch, der «den Faschismus verharmlost, der die Vernichtung und die brutale Zerstörung von Menschenleben verharmlost. Ein Faschist ist, wer die Meinungsfreiheit abschafft»; die AfD hingegen wolle Meinungsfreiheit, direkte Demokratie und ein Ende der «Denkverbote, die es in dieser Gesellschaft mittlerweile gibt» (ebd.: 68). An die anderen Fraktionen richtete er die Frage:

Denn aus welchem Grund diffamieren Sie uns als rechtsradikal oder rassistisch und versuchen, in der Gesellschaft eine Spaltung durchzuführen? Sie werfen uns vor, Hass zu predigen. Aber was predigen Sie eigentlich die ganze Zeit? Das muss endlich einmal aufhören! Wir müssen die Gewalt auf allen Seiten bekämpfen. Demokratie setzt Meinungsfreiheit voraus. (Ebd.)

Um ihrer Rolle als ausgegrenzter Partei mehr Gehör zu verschaffen, beraumte die AfD unter dem Titel «Verfall der demokratischen Kultur in Sachsen-Anhalt» eigens eine Debatte an. Dabei führte Poggenburg die Nichtberücksichtigung der AfD oder ihrer Vertreter_innen bei Veranstaltungen oder auch Absagen wegen einer entsprechenden Teilnahme als Beleg für ein grundlegendes «Demokratiedefizit» an. Er befürchte, «mehre-

re der hier anwesenden anderen Fraktionen und Parteien haben sich mit antidemokratischen Äußerungen bereits schuldig gemacht», allein dadurch, dass sie eine mit 24,3 Prozent gewählte «volks- und bürgernahe Partei, die Alternative für Deutschland, einfach nicht zu den demokratischen Parteien zählen wollen» (Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenografischer Bericht 7/15: 19). Die anderen Fraktionen nutzten die Debatte, um der AfD den Spiegel vorzuhalten und sie mit ihren eigenen antidemokratischen und menschenverachtenden Äußerungen zu konfrontieren. Nicht unerwartet machte das bei der AfD jedoch wenig Eindruck. Angesprochen auf die Äußerungen zum Waffengebrauch an der Grenze reagierte etwa Tillschneider mit der Gegenfrage: «Ich frage Sie: Wofür hat denn der Bundesgrenzschutz seine Waffen? Seien Sie doch wenigstens konsequent und stellen Sie den Antrag, dass alle Waffen des Bundesgrenzschutzes durch Wasserpistolen ersetzt werden» (ebd.: 27).

Auch außerhalb des Plenarsaals versuchte die AfD zu provozieren und suchte die Konfrontation. So nahmen zum Beispiel an der Feier zum Gedenken an das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 an der Gedenkstelle für Henning v. Tresckow in Magdeburg auch Vertreter der AfD teil, die versuchten, den Widerstand zu vereinnahmen. Den AfD-Kranz mit der Aufschrift «Es lebe das heilige Deutschland» erläuterte Fraktionschef André Poggenburg damit, dass dies die letzten Worte von Stauffenbergs vor seiner Erschießung gewesen seien; sie zeigten sein patriotisches Denken; es gebe Menschen, die Deutschland abschaffen wollten, und dies wäre auch eine Gefahr (Volksstimme, 20.7.2016). Poggenburgs Twitter-Kommentare kurz nach dem Amoklauf in München vom 22. Juli 2016 lösten bundesweit Diskussionen aus: «Merkel-Einheitspartei: danke für den Terror in Deutschland und Europa!» sowie «München: Unser Mitgefühl den Hinterbliebenen und Verletzten, unser Abscheu den Merkeln und Linksidioten, die Mitverantwortung tragen» (Mitteldeutscher Rundfunk 2016c).

Auch eine Banalität wie die Empfehlung des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung, Olivia Jones' Kinderbuch «Keine Angst in Andersrum» in Schulen und Kitas in Sachsen-Anhalt zu lesen, nahm die Partei zum Anlass, die Broschüre des Ministeriums, in dem die Lektüreempfehlung zu finden war, auf Facebook in die Nähe von Kindesmissbrauch zu rücken und selbst Aufgaben dazu zu dichten: «Wie kann ich als Kind Sex haben?» oder «Schreibe Deine 7 erotischen Szenarien mit einem Erwachsenen auf!». Unter dem Deckmantel der Toleranz, so der Vorwurf, würden Kinder dazu gebracht, über Sex nachzudenken. «Da sagen wir: Wehret den Anfängen» (Eichler 2016g). Es folgte eine Anzeige der Travestiekünstlerin wegen Volksverhetzung. Eine Reaktion bzw. eine weitere Eskalation erfolgte im November. Eigentliche eine Formalität, scheiterte Cornelia Lüddemann zunächst bei der Wahl zur Stellvertretung der Grünen in der Parlamentarischen Kontrollkommission, da ihr offensichtlich auch die Stimmen der Koalition

fehlten. Die AfD hatte bereits im Vorfeld ihre Ablehnung damit begründet, dass Lüddemann ungeeignet sei, da sie Positionen vertrete, die nicht grundgesetzkonform seien. Hintergrund war die Einladung von Olivia Jones zu einer Lesung aus ihrem Buch in der Landtagskantine. Lüddemann, so Poggenburg, habe in dieser Veranstaltung zur «Frühsexualisierung» davon gesprochen, «den Familienbegriff aufzuweichen», was gegen Artikel 6 des GG gerichtet sei – ein selbstredend nicht nur rechtlich gesehen unhaltbarer Vorwurf.

3.4 KONTROVERSEN UM KONTAKTE ZUR EXTREMEN RECHTEN

Immer wieder sorgten einige AfD-Protagonist_innen auch nach den Wahlen durch fehlende Distanz zur extremen Rechten für Schlagzeilen, wie etwa durch Kontakte zur extrem rechten und offen völkisch-nationalistischen «Identitären Bewegung», die im Laufes des Jahres 2016 mehr und mehr in den Fokus der Öffentlichkeit und auch des Verfassungsschutzes geriet. Trotz dieser Debatten nahm der Abgeordnete Jan Wenzel Schmidt Mitte April 2016 als Ehrengast an einer Demonstration der «Identitären Bewegung» in Wernigerode im Harz teil. Anders als die übrigen Teilnehmer_innen weigerte er sich nicht, den Medienvertreter_innen Fragen etwa zu der Behauptung, es gebe einen «großen Austausch» der deutschen Bevölkerung, zu beantworten. Schmidt führte aus: «Die Bevölkerung wird ja in dem Sinne ausgetauscht, dass sie eben durch diese Asylbewerber ersetzt werden soll. Sie wird gar nicht mehr angeregt zur Reproduktion der eigenen Bevölkerung hier in Deutschland» (Mitteldeutscher Rundfunk 2016d). Eine Nähe zur neonazistischen Szene, wie sie einige Verfassungsschutzbehörden ausmachen, sah er «definitiv nicht in Sachsen-Anhalt» (ebd.). Mit dem Auftritt seines Kollegen konfrontiert, versuchte Partei- und Fraktionschef Poggenburg zu beschwichtigen:

Es gibt keine direkte Zusammenarbeit zwischen der AfD Sachsen-Anhalt und den Identitären. Wir beobachten natürlich diese Bewegung auch. Sicherlich werden da auch Themen angesprochen, wo wir auch sagen, die müssten mal angesprochen werden. Aber einen direkten Schulterchluss gibt es nicht. (Ebd.)

Auch der Abgeordnete Tillschneider, der der «Patriotischen Plattform» angehört, scheute den Kontakt zur «Identitären Bewegung» nicht. Ebenfalls im April 2016 traf er sich zu einem Austausch mit Vertreter_innen der «Identitären Bewegung» aus Halle. Bei dem Gespräch sei es um das Zusammenspiel zwischen AfD und «Identitärer Bewegung» sowie um Möglichkeiten patriotischen Widerstands innerhalb und außerhalb des Parlaments gegangen (vgl. Du bist Halle 2016). Vor allem die «Identitären» aus Halle waren in der Vergangenheit durch Aktionen aufgefallen: So hatten sie zum Beispiel ein Wahllokal für die Probewahl von Migrant_innen in Halle zugemauert, Bürgerversammlungen zur Unterbringung von Flüchtlingen gestört und in Halle-Neustadt ein Banner mit der Aufschrift «Stopp

den großen Austausch» an einem Hochhaus befestigt (ebd.). Zudem beschäftigt Tillschneider Chris Wiedemann in seinem Wahlkreisbüro. Der Lehramtsstudent ist Vorstandsmitglied der «Patriotischen Plattform» und gehört der Halle-Leobener Burschenschaft Germania an, die im neonazistischen und neurechten Milieu gut vernetzt ist. Zudem ist sie Mitglied des rechten Dachverbands der Deutschen Burschenschaft und der Burschenschaftlichen Gemeinschaft und im Umfeld der sogenannten Kontrakultur aktiv. Dort trat Tillschneider auch zu einem Stammtisch zum Thema «Parlament und Straße – gemeinsamer Widerstand?» auf.

Im Juni 2016 plädierte er beim Kyffhäusertreffen des rechtsnationalen AfD-Kreises «Der Flügel» für Bündnisse mit «Bürgerbewegungen und Widerstandsgruppen»; dabei nannte er neben Pegida, den Burschenschaften und anderen rechten Gruppierungen wie «Ein Prozent» auch die «Identitäre Bewegung» (Sachsen-Anhalt Rechtsaußen 2016). In Wien nahmen zeitgleich die beiden Vorstandsmitglieder der «Patriotischen Plattform», Dubravko Mandic und Felix Koschkar, an einer Demonstration der «Identitären Bewegung» teil (Patriotische Plattform 2016).

Die Nähe zur Neuen Rechten, insbesondere der «Identitären Bewegung», war bereits im Wahlkampf deutlich geworden: Im März 2016 hatte die «Initiative Ein Prozent» im Rahmen der Landtagswahlen «Wahlbeobachtungen» organisiert. In Sachsen-Anhalt waren für deren Durchführung vor allem der Wiener Martin Sellner, Simon Kaupert, Philipp Stein und weitere führende Köpfe der «Identitären Bewegung» verantwortlich gewesen. Anschließend hatten Sellner und Stein im Wahlstudio des *Compact*-Magazins auf der Wahlparty der AfD im Magdeburger Event- und Tagungscenter ETC Bericht erstattet. Weitere Gäste der Sendung waren Götz Kubitschek, Björn Höcke, André Poggenburg, Hans-Thomas Tillschneider und Jan Wenzel Schmidt. Kaupert hatte derweil live aus dem Studio und von der Wahlparty getwittert (Sachsen-Anhalt Rechtsaußen 2016).

Nach den Wahlen war Tillschneider der erste AfD-Mandatsträger, der im Mai 2016 als Redner auf einer Pegida-Demonstration auftrat. In einer Lobeshymne auf die Bewegung sprach er davon, dass sie «Großartiges für unser Vaterland geleistet» habe, und bekräftigte, dass sich der Islam nicht in «unserer Heimat» «breit machen» dürfe (Kissmann 2016a). Vielmehr sei es die «Pflicht jedes Deutschen», sich gegen die «Islamisierung des Abendlandes» zu wehren. «Pegida», so Tillschneider, «habe den Boden für die neue Islampolitik der AfD bereitet» (ebd.). Die diversen Rechtsbewegungen und die AfD beschrieb er als Teil einer «großen Bewegung» und forderte deren Zusammenarbeit ein: «Reichen wir uns die Hand» (ebd.). Höhepunkt seines Auftritts war schließlich die Forderung, Lutz Bachmann das Bundesverdienstkreuz zu überreichen (ebd.). Zwei Tage später distanzierte sich Poggenburg zwar von Tillschneider, jedoch nur vorsichtig von Pegida. Tillschneider habe «nicht im Auftrag des

Landesverbandes und auch nicht im Auftrag der Fraktion» gesprochen. Tillschneiders Forderung bezüglich Bachmann tat er als «Einzelmeinung» und «politische Provokation» ab (Kissmann 2016b). Zur Bewegung als solcher bekannte sich Poggenburg später explizit: «Mit der Form des Protestes, den Bürgern auf der Straße, erklären wir uns solidarisch»: «In Deutschland ist eine Islamisierungsgefahr gegeben. Da spricht uns Pegida aus dem Herzen» (ebd.).

Die auch in der Bundespartei geführte Diskussion mündete 2016 letztlich in einen Beschluss des Bundesvorstands noch unter Petry, der Auftritte von AfD-Politiker_innen bei Pegida-Demonstrationen untersagt. Den rechten Parteiflügel ließ dies jedoch relativ uneindrückt. Während Björn Höcke auf das Schiedsgericht zur Klärung setzte und verlautbarte, dass «die Zeit über viele Parteibeschlüsse schnell hinweg» gehe und einen Pegida-Organisator zu einer Demonstration in Thüringen einlud, sprach auch Tillschneiders «Patriotische Plattform» von einem «Rückschritt», der «dem Geist der AfD seit dem Essener Parteitag» widerspreche (Süddeutsche Zeitung, 28.5.2016). Dort hatte seinerzeit auch Petrys Lebensgefährtin Marcus Pretzell von der AfD als «Pegida-Partei» gesprochen (Steiner 2015). Dass sich Ende Mai 2016 – wie oben bereits erwähnt – ausgerechnet Pegida-Frontfrau Kathrin Oertel bei der Fraktion bewarb und Poggenburg die Bewerbung sehr begrüßte, verdeutlicht ebenfalls, wie wenig sich die Landeschefs für den Beschluss interessierten. Auch Gauland erklärte, er «hätte keine Einwände gegen die Einstellung» Oertels (Eichstädt 2016). Poggenburg revanchierte sich für den Zuspruch aus Brandenburg, indem er dem wegen seiner Äußerungen über Fußballnationalspieler Jérôme Boateng («Die Leute finden ihn als Fußballspieler gut. Aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben») in die Kritik geratenen Gauland beipflichtete: Es seien leider Vorbehalte gegen Ausländer in der Bevölkerung zu verspüren. «Festzustellen, dass das so ist, muss einfach erlaubt sein» (Volksstimme, 31.5.2016).

Reibungslos verliefen diese Vorgänge letztlich jedoch nicht. Die Umtriebe einiger AfD-Abgeordneten und das wenig entschiedene Verhalten Poggenburgs führten schließlich zu einer öffentlichen Konfrontation. Aus der Basis und aus dem Umfeld der Gegenspieler_innen Poggenburgs innerhalb der Fraktion heraus (u. a. Daniel Roi) entstand das Positionspapier «Ruf der Vernunft aus Sachsen-Anhalt», das als offener Brief am 20. Juni 2016 publiziert wurde. Den Namen Poggenburg suchte man unter den 25 Erstunterzeichnern und weiteren 30 Unterzeichnern vergebens. Dafür finden sich die Namen von 16 AfD-Landtagsmitgliedern (Roi, Funke, Diederichs, Büttner, Mrosek, Saueremann, T. Rausch, Farle, Lieschke, Loth, Olenicak, Raue, Mittelstädt, Gehlmann, Siegmund und D. Rausch) sowie von 12 der 14 Kreisvorsitzenden und von zwei Vizelandesvorsitzenden. Darin bekräftigt die Landesbasis den Wunsch, «Volkspartei» und nicht «Schmuddelkind der AfD» sein zu wollen; um sich «langfristig zu verwur-

zeln», fordern sie die «politische Spannbreite, die wir uns in Essen und Stuttgart gegeben haben», ein. «Verlassen wir diese Spannbreite nach links oder rechts, dann verlieren wir genau das, was unsere Daseinsberechtigung ausmacht» (Roi u. a. 2016). Weiter heißt es in diesem Papier:

Wir wollen keine Verschmelzung mit Organisationen, die als Auffangbecken für Extremisten fungieren, sie in ihren Reihen dulden oder zumindest ihr Verhältnis zu diesen nicht eindeutig geklärt haben. Wir wollen auch selbst kein Auffangbecken für ehemalige Netzwerke der NPD sein. Wir wollen keine enge Zusammenarbeit mit Gruppen, die sich selbst noch nicht gefunden haben. (Ebd.)

Kritisiert wird auch die «Identitäre Bewegung», die «nicht ohne Grund vom Verfassungsschutz beobachtet [wird]. Sie ist somit eine schwer einzuschätzende Gefahr für unsere bürgerliche Mitte. Daher sollten wir uns davor hüten, die Tür aufzustoßen, ohne einen kritischen Blick auf die Akteure zu bewahren» (ebd.). Auch die «Patriotische Plattform» um Tillschneider wird kritisiert: «Wir lehnen entschieden ab, dass eine Organisation wie die Patriotische Plattform den Anschein erweckt, für die Mehrheit der AfD zu sprechen, und unsere Grenzen aufweicht»; «die PP [Patriotische Plattform] will eine Wächterfunktion ausführen, sie manifestiert sich derzeit jedoch als «Anti-Petry-Bündnis». Wir brauchen keine Partei innerhalb der Partei, die unsere im Volk beliebte Bundesvorsitzende destabilisiert» (ebd.).

Insgesamt dürfte es sich jedoch eher um einen strategischen und in Teilen innerparteilichen und personenbezogenen Konflikt gehandelt haben. Denn große inhaltliche und programmatische Brüche wurden nicht geltend gemacht. Zudem gehörte ein Teil der Unterzeichner_innen auch zu den Erstunterzeichner_innen der «Erfurter Resolution» vom März 2015, mit der eben jener «Flügel» begründet wurde, der die Plattform für eine national-konservative bis völkische und neurechte Strömung innerhalb der AfD darstellt. Die AfD in Sachsen-Anhalt bzw. ihre maßgeblichen Protagonist_innen lassen sich genau dort verorten. Neben Björn Höcke und André Poggenburg (später auch Alexander Gauland) als damalige Landesvorsitzende unterzeichneten auch Lydia Funke, Alexander Raue, Daniel Roi sowie Hans-Thomas Tillschneider die Resolution. Poggenburg versuchte, sich auf die Seite der Kritiker_innen zu schlagen; er unterstrich, dass niemand einen «Schulterschluss» mit der «Identitären Bewegung» wolle und beteuerte: «Wenn jemand so verstanden wurde, war das ein Missverständnis» (Eichler/Bock 2016). Wenig solidarisch griff er dazu auch Daniel Roi an: «Dass Daniel Roi wohl als Initiator fungiert, ist auch deshalb bemerkenswert, weil er selbst mit Leuten von der Identitären Bewegung Kontakt haben soll. Seine Bedenken beziehungsweise sein Aufruf wirken da ein wenig verfehlt» (Volksstimme, 6.7.2016).

Nicht wegen des Inhalts, sondern der «Art und Weise der Veröffentlichung» brachte Roi das Vorgehen im August 2016 eine Rüge des Landesvorstands ein (Kissmann/Bock 2016a), die er jedoch an den Bundes-

vorstand zur Prüfung weiterleitete. Auch Tillschneider bediente sich dieser Strategie, sprach von einer systematischen Stimmungsmache gegen die «Patriotische Plattform» und kam zu dem Schluss, «dass es das Beste ist, dieser Attacke den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem wir sie in der Umarmung ersticken und selbst unterzeichnen»: «Mit unserer Zustimmung zu der Erklärung haben wir Schadensbegrenzung betrieben. Manchmal ist es in der Politik leider notwendig, so zu handeln» (Bock 2016f). An den Zielen und der Ausrichtung der «Patriotischen Plattform» habe sich «nicht das Geringste geändert» (ebd.).

Mit Tillschneider solidarisch zeigte sich Partei- und Fraktionschef Poggenburg hingegen im Laufe eines weiteren Ekklats. Als das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) beschloss, keine AfD-Politiker_innen zum Katholikentag 2016 in Leipzig einzuladen, quittierte dies Tillschneider mit dem Vorwurf an das ZdK, eine «zügellose Masseneinwanderung» zu fördern und sich damit gegen «die Schöpfung» zu erheben: «Völker sind Gedanken Gottes; niemand hat das Recht, sie bis zur Unkenntlichkeit zu entstellen» (Kissmann/Bock 2016b). Er lehne es ab, dass «die verschiedensten Kulturen dieser Welt zu einem grauen Einheitsbrei verschmelzen»; die katholische und die evangelische Kirche seien «vollkommen dem linksliberalen Zeitgeist» erlegen. Landeschef Poggenburg stützte dies: Es sei nicht im Sinne des Christentums, wenn sich «Völker in Multi-Kulti auflösten», «sonst würden wir uns in gelebtem Kommunismus wiederfinden» und «das wollen wir nicht. Wir wollen nicht alles miteinander vermischen» (ebd.).

Die Nähe zum «Flügel» und die Eskapaden der beiden «Ausreißer» Tillschneider und Schmidt wurden – wie dargestellt – ansonsten eher hingenommen oder sogar unterstützt. Wenn Distanzierungen erfolgten, so lediglich aus strategischen Gründen und keineswegs aufgrund inhaltlicher Differenzen. Folglich konnte Tillschneider auch ohne Widerspruch aus den Reihen seiner Fraktion im Landtag formulieren, dass die Neue Rechte «eine Strömung im politischen Spektrum [sei], die sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt» (Landtag von Sachsen-Anhalt 2017b). Ähnliches belegen auch die veröffentlichten Chatprotokolle von AfD-Politiker_innen (vgl. hierzu Kapitel 3.5), unter ihnen zum Beispiel die Äußerungen Poggenburgs: «Deutschland den Deutschen», «Erweiterung der Außengrenzen» oder «Wir distanzieren uns weder von IB [Identitäre Bewegung] noch von Pegida» (Tagesschau 2017).

Nachdem Björn Höcke in einer Rede in Dresden am 17. Januar 2016 vom Holocaust-Mahnmal als «Denkmal der Schande» und von einer «dämlichen Bewältigungspolitik» gesprochen hatte, geriet der AfD-Rechtsaußen stark unter Druck. Die AfD Sachsen-Anhalt nahm das nicht zum Anlass, sich zu distanzieren, sondern für öffentliche Solidaritätsbekundungen. Zwar nannte Poggenburg die Rede «unglücklich und nicht zielführend», zeigte sich aber zufrieden, dass zunächst

von einem Ausschlussverfahren abgesehen und Höcke nur die «gelbe Karte» gezeigt wurde: «Eine Volkspartei muss in der Lage sein, auch einmal Randpositionen auszuhalten» (Bock 2017a). Indirekt kritisierte er Petry: «Es wird versucht, die AfD auf Einheitslinie zu bringen. Das lehne ich ab» (ebd.). Als das Verfahren doch eingeleitet wurde, sprach sich die Landtagsfraktion einstimmig gegen einen Ausschluss Höckes aus. Auch Tillschneider und seine «Patriotische Plattform» stellten sich offen gegen den Bundesvorstand.

3.5 INNERE QUERELEN UND «SÄUBERUNGEN» IM VORFELD DER BUNDESTAGSWAHL 2017

Dem insgesamt zunächst recht geschlossenen Bild, das die AfD-Fraktion in inhaltlicher Hinsicht bzw. im Plenum selbst zeigte, standen immer wieder aufflammende Konflikte innerhalb der Fraktion und der Partei gegenüber, die zum Teil auch öffentlich ausgetragen wurden. Dementsprechend schwankten die Verlautbarungen zwischen Selbstbewusstsein auf der einen und Abrechnungen auf der anderen Seite. Angespannt zeigte sich vor allem das Verhältnis zwischen André Poggenburg und Daniel Roi, der jedoch immer weiter an Einfluss verlor.

Im November 2016 strotzte man auf dem Landesparteitag noch vor Stärke, verwies auf eine Verdopplung der Mitgliederzahl im Laufe des Jahres 2016 von 300 auf rund 600 und schwor die Mitgliedschaft ein: «Wir sind Oppositionsführer» (Bock 2017b). Wenn man sich «durch und durch als Patrioten» verstehen würde, könnte man «den gleichen Sieg erringen wie ein Donald Trump in Amerika» (Rath 2016). Gleichzeitig wurden erste Kritiker, allen voran Roi, weiter entmachtet und der Vorstand der Fraktion neu gewählt (vgl. hierzu Kapitel 3.1).

Zwei Monate später stritt man sich dann wieder öffentlich, und auch Ausschlussverfahren standen im Raum. Hintergrund war die Anzeige einer ehemaligen Fraktionsmitarbeiterin gegen den AfD-Abgeordneten Matthias Büttner wegen versuchter Vergewaltigung bzw. sexueller Nötigung. Am 16. November 2016 war Büttner gemeinsam mit seiner Mitarbeiterin zu einem interfraktionellen Treffen von AfD-Wirtschaftspolitikern nach Erfurt gereist. Dort soll er ein gemeinsames Doppelzimmer gebucht und versucht haben, sich der Frau gegen ihren Willen sexuell zu nähern. Den Umstand, dass die Fraktionsmitarbeiterin ihre Anzeige an dem Tag erstattete, an dem sie aus der Probezeit entlassen wurde, nutzte Poggenburg im Dezember, indem er davon sprach, dass der Zeitpunkt der Anzeige «schon etwas komisch» anmute und sie nach der Kündigung «aufgebracht und enttäuscht» gewirkt habe (Kissmann 2016c). Später verdichteten sich die Hinweise darauf, dass Poggenburg bereits im November von den Vorwürfen erfahren hatte, weil die Mitarbeiterin das Gespräch mit ihm gesucht hatte (Kissmann 2017b).

Vor allem Daniel Roi brachte immer mehr Details zu den Vorgängen an die Öffentlichkeit und warf Poggen-

burg vor, Büttner zu decken. So war etwa in der *Volksstimme* zu lesen, dass sich die Frau bereits vor der Anzeige «einer Person» anvertraut habe: «Sie hat zu mir gesagt: (Sie werden sehen, die werden sagen, dass ich schlechte Arbeit mache, und mich entlassen.) Das habe ich nicht verstanden, sie war fachlich top» (ebd.). Im Januar 2017 begab man sich dann offiziell auf die Suche nach «Maulwürfen» und drohte mit dem Ausschluss aus der Fraktion. Dass Daniel Roi gemeint war, bestätigte auch er selbst. Er erneuerte öffentlich seine Kritik und gab selbst an, dass er die Kündigung kritisiert und das Handeln des Vorstands hinterfragt habe. Einen Beschluss über die Ordnungsmäßigkeit der Kündigung bezeichnete er als Zwang, sich komplett auf eine Seite stellen zu müssen: «Das war Diktat und Maulkorb zugleich», «Kritik und Nachfragen waren nicht mehr geduldet» (Kissmann/Bock 2017a). Roi wurde vorgeworfen, ein internes Papier einer Fraktionssitzung an die frühere Mitarbeiterin weitergegeben zu haben. Was folgten, waren eine Krisensitzung mit den Kreisvorsitzenden und sogar ein Angebot zur «Hilfe» von Bundeschefin Frauke Petry, das Poggenburg aber deutlich ablehnte. Zwischenzeitlich war in einem Kommentar der *Volksstimme* sogar vom «Kontrollverlust des Vorsitzenden» die Rede (Volksstimme, 1.2.2017). Letztlich gestand Roi einen Fehler ein, übte aber nochmals scharfe Kritik an Personen und Klima in der Fraktion und wurde nach siebenstündiger Krisensitzung doch nicht ausgeschlossen (Kissmann 2017c).

Chaotische Zustände herrschten auch auf dem Landesparteitag im März 2017, der sich eigentlich den Listenvorschlägen für die Bundestagswahl 2017 widmen sollte. Wurde zunächst vor «Grabenkämpfen» und «persönlichen Streitigkeiten» gewarnt, dominierten diese schnell die Versammlung. Schon zu Beginn deutete sich ein Lagerkampf an. So war selbst die Wahl des Protokollführers durch eine Kampfabstimmung zwischen der Poggenburg-Kritikerin Lydia Funke und dem Poggenburg-Vertrauten Robert Farle geprägt. Kurioserweise gab es mit 79 zu 79 Stimmen und vier Enthaltungen dann nicht nur einen Patt, sondern auch zu viele abgegebene Stimmen (143 stimmberechtigte Mitglieder; Bock 2017c).

Besonders emotional wurde die Debatte um zuvor öffentlich gewordene Chatprotokolle geführt. Poggenburg wertete die gegen ihn und seine Getreuen gerichteten Inhalte als konspirative Zusammenrottung und Pakt mit der Presse, um «mit System Umstürze herbeizuführen. Das ist subversives Verhalten. Das geht mir ganz gewaltig auf die Ketten. Das geht nicht so weiter» (Bock 2017c). Auch Jan Wenzel Schmidt beschwerte sich und unterstellte ein «unterirdisches Niveau» und «Antifa-Methoden» (ebd.). Roi verteidigte die Gruppe als «Verbündete», die aus rund 60 Mitgliedern, darunter vielen Landtagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden, bestanden haben soll (ebd.). Die Gruppe soll sich zum Sturz von Poggenburg ausgetauscht haben.

Nach dem Parteitag forderte Poggenburg Daniel Roi (Anhalt-Bitterfeld), Lydia Funke (Burgenlandkreis), Dirk

Hoffmann (Wittenberg) und Yvonne Sturm (Harz) dazu auf, ihre Parteiämter abzugeben: «Sie haben vollkommen versagt, auch in ihrer Funktion als Kreisvorsitzende. Sie sollten jetzt den Anstand und die Charakterstärke haben, von ihren Ämtern zurückzutreten» (Bock 2017d). Sie hätten «das Ansehen und die Ordnung der Partei geschädigt» und müssten zurücktreten (ebd.). Zudem brachte Poggenburg Neuwahlen für die bereits nominierten Direktkandidaten ins Spiel: Armin Friese, (Harz), Wolfgang Rehfeldt (Börde/Jerichower Land) und Kay-Uwe Ziegler (Anhalt) (ebd.). Auch Verfahren vor dem Landesschiedsgericht wurden angestrebt sowie Gegner_innen im Umfeld der Fraktion bestraft: So verlor unter anderem die Mitarbeiterin Yvonne Sturm ihren Job bei der Fraktion (ebd.).

Die betroffenen Kreisvorsitzenden und Kandidat_innen werteten Poggenburgs Umgang mit den öffentlich gewordenen Chatprotokollen als willkommene Chance, «unliebsame Leute» auf dem Landesparteitag kaltzustellen (Kissmann/Bock 2017b). Zudem bestritten sie, dass es rechtlich möglich sei, bereits bestätigte Kandidat_innen neu wählen zu lassen, und sprachen von «Stalinismus» und einem «Nordkorea-Stil» (Bock 2017e).

Schlussendlich kam es doch noch zur Nominierung der Listenkandidat_innen, die eigentlich Thema des Parteitags gewesen war. Spitzenkandidat wurde der 47-jährige Martin Reichardt aus dem Kreisverband Harz. Der frühere Bundeswehroffizier und leitende Angestellte soll bereits Mitglied der SPD, der Republikaner und der FDP gewesen sein. Er wolle sich besonders für an den Rand gedrängte Menschen einsetzen und bezeichnete die Agenda 2010 und Hartz IV als «politische Verbrechen» (Bock 2017f). Er bekräftigte aber auch: «Wir sind die Partei der Deutschen», und prophezeite: «In einigen Jahren werden wir die deutsche Volkspartei sein» (ebd.). Die weiteren «aussichtsreichen» Plätze besetzten Frank Pasemann (Magdeburg), Matthias Büttner (Stendal), der Landtagsabgeordnete Andreas Mrosek (Dessau-Roßlau) und Uwe Gewiese (Burgenlandkreis). Damit folgten die Mitglieder trotz der Querelen vorab komplett den Empfehlungen des Landesvorstands. Spitzenmann Reichardt positionierte sich auch gleich zur Causa Höcke und nannte einen Ausschluss «unangemessen». Die Partei benötige Björn Höcke: «Er spricht viele Dinge sehr pointiert und klar an» (Bock 2017g). Da wegen der Debatten nur fünf Listenkandidat_innen gewählt werden konnten, fand Mitte April 2017 ein weiterer Parteitag in Badebron statt. Dort kam es zur Erweiterung der Liste um Ronny Kumpf (Magdeburg), Ronald Bischoff (Harz), Christian Hecht (Harz), Sven Schöndube (Magdeburg) und Jens Lange (Mansfeld-Südharz; Kissmann 2017d).

In den Monaten vor der Bundestagswahl 2017 wurden die angekündigten Konsequenzen zum Teil (und mit Verzögerungen, weil es durch einen Rücktritt zeitweilig kein arbeitsfähiges Landesschiedsgericht gab) umgesetzt. Unliebsame Direktkandidaten wurden auf Wahlveranstaltungen ausgetauscht, sodass für den

Harz Ronald Bischoff, ein ehemaliger Stasi-Offizier, und für den Wahlkreis Börde/Jerichower Land Andreas Kühn ins Rennen gingen (Volksstimme, 28.5.2017). Kühns Kandidatur wurde im Juli 2017 zurückgezogen, sodass dort letztlich kein AfD-Direktkandidat aufgestellt wurde. Er hatte auf Facebook die Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg verherrlicht (Kissmann 2017a). Ebenfalls im Juli 2017 gab Lydia Funke den Kreisvorsitz freiwillig auf. Auch in der Fraktion kam es zu Umstrukturierungen, durch die Kritiker_innen ihre Posten verloren. Die neue Verteilung stellte sich dann wie folgt dar.

Tabelle 2: AfD-Abgeordnete in den Landtagsausschüssen in Sachsen-Anhalt im August 2017

Ausschuss	AfD-Mitglied
Ältestenrat	Willi Mittelstädt (Stellv. Vorsitz), Robert Farle, Oliver Kirchner, André Poggenburg
Arbeit, Soziales und Integration	Ulrich Siegmund (Vorsitz), Oliver Kirchner, Jan Wenzel Schmidt
Bildung und Kultur	Jan Wenzel Schmidt, Marcus Spiegelberg, Hans-Thomas Tillschneider
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien	Tobias Rausch (Stellv. Vorsitz), Daniel Rausch, Ulrich Siegmund
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Hannes Loth (Stellv.), Willi Mittelstädt, Daniel Roi
Finanzen	Robert Farle, Tobias Rausch, Alexander Raue
Inneres und Sport	Hagen Kohl (Vorsitz), Thomas Höse, Mario Lehmann
Landesentwicklung und Verkehr	Andreas Mrosek (Vorsitz), Matthias Büttner, Willi Mittelstädt
Petitionen	Hannes Loth, Volker Olenicak, Lydia Funke
Recht, Verfassung und Gleichstellung	Hagen Kohl, Mario Lehmann, Thomas Höse
Umwelt und Energie	Lydia Funke, Andreas Gehlmann, Volker Olenicak,
Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung	Matthias Lieschke (Stellv.), Hans-Thomas Tillschneider, Alexander Raue
Unterausschuss Rechnungsprüfung	Robert Farle
Wahlprüfungsausschuss	Thomas Höse, Hagen Kohl, Mario Lehmann
15. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss 6	Matthias Büttner (Stellv.), Andreas Gehlmann, Marcus Spiegelberg
Parlamentarische Kontrollkommission	Volker Olenicak
16. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss 7	Matthias Lieschke (Vorsitz), Volker Olenicak, Daniel Roi
Ausschuss zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR	Oliver Kirchner
Enquete-Kommission Stärkung der Demokratie	Robert Farle (Stellv. Vorsitz), Oliver Kirchner, Daniel Roi

Quelle: Landtag von Sachsen-Anhalt, Ausschüsse & Gremien

Insbesondere der Juni 2017 wurde noch einmal zu einem turbulenten Monat für die Partei. Als Folge des schlechten Klimas und der ständigen Querelen und «Säuberungen» lichteteten sich die Reihen der Landtagsfraktion. In den ersten Tagen des Monats traten gleich

drei Abgeordnete aus der AfD-Fraktion aus. Für ihre kritischen Äußerungen teilweise von ihren Funktionen und Sprecherposten abgesetzt, kehrten zunächst Sarah Sauer mann und dann auch Gottfried Backhaus sowie Jens Diederichs der Fraktion den Rücken (Volksstimme, 6.6.2017). Letzterem gelang die Aufnahme in der CDU-Fraktion, nachdem er auch aus der Partei ausgetreten war (Volksstimme, 13.6.2017).

Poggenburg sprach von «persönlichen Befindlichkeiten» und kritisierte das «Auskotzen» bei den Medien (Kissmann/Bock 2017c). Dass durch Postenänderungen Gegner_innen mundtot gemacht worden seien und es «Säuberungen» gegeben habe, bezeichnete er als «Blödsinn» (ebd.). Als wären die Austritte nicht schon genug an negativer Aufmerksamkeit, sorgte eine weitere Chat-Veröffentlichung für Aufregung und bundesweite Kritik, auch seitens des Bundestags, an der AfD in Sachsen-Anhalt und insbesondere an André Poggenburg: Geleakte WhatsApp-Protokolle brachten den Landesvorsitzenden und auch zwei Beamte (einen Bundespolizisten und einen Zöllner) in Bedrängnis, weil sie dort mit nationalisti-

schen Tönen in Erscheinung getreten waren. Während Poggenburg mit einer Nachricht «Deutschland den Deutschen» Schlagzeilen machte, fielen andere mit Formulierungen wie «volksfeindliche Medien», «Musselmanenglaube», «Erweiterung der Außengrenzen» und Plänen «nach der Machtübernahme» auf (Fuchs/Middelhoff 2017). Auch wurde von Waffenscheinen und «Zusammenhalt! Mit Waffen und ohne» in einem Deutschland als bald «zweitem Afghanistan» schwadroniert (ebd.). Die daraufhin von Innenminister Stahlknecht ins Spiel gebrachte Beobachtung der Landes-AfD durch den Verfassungsschutz wurde trotz deren «extremistischer und verfassungsfeindlicher Positionen» von Verfassungsschutzchef Jochen Hollmann abgelehnt, der dies jedoch als «Warnschuss» verstehen wissen wollte (Volksstimme, 8.8.2017). Trotz dieser hohen Wellen und der Kritik aus der Bundes-AfD stellte sich der Landesvorstand «ausdrücklich und einstimmig» hinter Poggenburgs Äußerungen (Volksstimme, 29.6.2017).

Bernd Linke

LITERATUR

- Bock, Michael (2016a):** Gallert fällt im ersten Anlauf durch, in: Volksstimme, 13.4.2016.
- Bock, Michael (2016b):** Poggenburg gerät in die Sackgasse, in: Volksstimme, 23.6.2016.
- Bock, Michael (2016c):** Mittelstädt ist Vizepräsident, in: Volksstimme, 30.9.2016.
- Bock, Michael (2016d):** Poggenburg gewinnt Machtkampf, in: Volksstimme, 23.5.2016.
- Bock, Michael (2016e):** Streit in der AfD spitzt sich zu, in: Volksstimme, 5.7.2016.
- Bock, Michael (2016f):** Ratschläge von den «Kameraden», in: Volksstimme, 22.6.2016.
- Bock, Michael (2017a):** Poggenburg hält Höcke die Treue, in: Volksstimme, 24.1.2017.
- Bock, Michael (2017b):** Poggenburg warnt vor Grabenkämpfen, in: Volksstimme, 25.3.2017.
- Bock, Michael (2017c):** Poggenburg rechnet mit Kritikern ab, in: Volksstimme, 25.3.2017.
- Bock, Michael (2017d):** AfD-Chef fordert Gegner zu Amtsverzicht auf, in: Volksstimme, 31.3.2017.
- Bock, Michael (2017e):** Kandidaten gehen auf AfD-Chef los, in: Volksstimme, 11.4.2017.
- Bock, Michael (2017f):** Landes-AfD kürt Spitzenkandidaten, in: Volksstimme, 26.3.2017.
- Bock, Michael (2017g):** AfD-Spitzenkandidat greift Bundesvorstand an, in: Volksstimme, 5.4.2017.
- Clasmann, Anne-Beatrice (2016):** Die AfD verschiebt ihren Fokus. Weg vom Asyl, hin zum Islam, in: Volksstimme, 18.4.2016.
- Du bist Halle (2016):** AfD-Landtagsabgeordneter spricht vor rechter Bewegung aus Halle, unter: <https://dubisthalle.de/afd-landtagsabgeordneter-spricht-vor-rechter-bewegung-aus-halle> [30.11.2017].
- Eichler, Hagen (2016a):** AfD schaltet Wahlkampfmodus aus, in: Volksstimme, 22.3.2016.
- Eichler, Hagen (2016b):** Internet-Hetze holt AfD-Mann ein, in: Volksstimme, 2.6.2016.
- Eichler, Hagen (2016c):** AfD-Politiker stellt einstigen NPD-Mann ein, in: Volksstimme, 22.4.2016.
- Eichler, Hagen (2016d):** Pegida-Mitgründerin sucht Nähe der AfD, in: Volksstimme, 31.5.2016.
- Eichler, Hagen (2016e):** Poggenburg auf Distanz zu Petry, in: Volksstimme, 29.4.2016.
- Eichler, Hagen (2016f):** Schwulenfeindlicher Zwischenruf ist amtlich, in: Volksstimme, 21.6.2016.
- Eichler, Hagen (2016g):** Travestie-Künstlerin zeigt AfD-Chef an, in: Volksstimme, 15.9.2016.
- Eichler, Hagen/Bock, Michael (2016):** AfD-Basis rebellierte gegen Rechtskurs, in: Volksstimme, 21.6.2016.
- Eichstädt, Sven (2016):** Gauland offen für Einstellung von Pegida-Mitgründerin, in: Die Welt, 1.6.2016.
- Ellrich, Franziska (2016):** Holperstart für AfD, in: Volksstimme, 30.5.2016.
- Erfurter Resolution (2015),** unter: www.derfluegel.de/2015/03/14/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/.
- Förtsch, Anja (2016):** AfD-Politiker Daniel Rausch: Der Sieben-Minuten-Mann, in: Mitteldeutsche Zeitung, 2.6.2016, unter: www.mz-web.de/mitteldeutschland/landespolitik-sachsen-anhalt/ruecktritt-afd-politiker-daniel-rausch--der-sieben-minuten-mann-24162210 [30.11.2017].
- Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul (2017):** «Mit Waffen und ohne», in: Die Zeit, 29.6.2017.
- Kissmann, Christopher (2016a):** AfD-Politiker fordert Allianz mit Pegida, in: Volksstimme, 11.5.2016.
- Kissmann, Christopher (2016b):** Poggenburg grenzt sich von AfD-Politiker ab, in: Volksstimme, 12.5.2016.
- Kissmann, Christopher (2016c):** Anzeige gegen AfD-Politiker Büttner, in: Volksstimme, 29.12.2016, unter: www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/sexuelle-noetigung-anzeige-gegen-afd-politiker-buettner [30.11.2017].
- Kissmann, Christopher (2017a):** AfD verzichtet freiwillig auf Kandidaten, in: Volksstimme, 19.7.2017.
- Kissmann, Christopher (2017b):** Zimmer-Affäre erreicht AfD-Spitze, in: Volksstimme, 4.1.2017.
- Kissmann, Christopher (2017c):** Roi bleibt in der AfD-Fraktion, in: Volksstimme, 3.2.2017.
- Kissmann, Christopher (2017d):** Poggenburg teilt gegen Gegner aus, in: Volksstimme, 15.4.2017.
- Kissmann, Christopher/Bock, Michael (2016a):** Landesvorstand watscht Spitzenmann ab, in: Volksstimme, 6.8.2016.
- Kissmann, Christopher/Bock, Michael (2016b):** Tillschneider verunglimpft Christen, in: Volksstimme, 27.5.2016.
- Kissmann, Christopher/Bock, Michael (2017a):** AfD-Spitze droht mit Rausschmiss, in: Volksstimme, 28.1.2017.
- Kissmann, Christopher/Bock, Michael (2017b):** Streit in der AfD eskaliert, in: Volksstimme, 6.4.2017.
- Kissmann, Christopher/Bock, Michael (2017c):** Poggenburg: «So geht das einfach nicht», in: Volksstimme, 8.6.2017.
- Kranert-Rydz, Hendrik (2016):** Zuschüsse für Fraktionen im Landtag. AfD sichert sich weitere 138.000 Euro, in: Mitteldeutsche Zeitung, 30.3.2016.
- Kunze, C. (2016):** Alter und neuer Landeschef: André Poggenburg, unter: <https://afd-lsa.de/allgemein/2016/05/alter-und-neuer-landeschef-andre-poggenburg/> [30.11.2017].
- Landtag von Sachsen-Anhalt (2017a):** Transkript, unter: www.landtag.sachsen-anhalt.de/plenarsitzungen/11-sitzungsperiode/?eID=apertoSessionsAjax&tx_apertosessions_transcript%5Bspeaker%5D=8387&cHash=7122600ac6714c2840542eadfe0578c2.
- Landtag von Sachsen-Anhalt (2017b):** Transkript, unter: www.landtag.sachsen-anhalt.de/plenarsitzungen/transkript/?tx_apertobase_livetranscript%5Bspeaker%5D=7936&cHash=435195f05abdaac89a2790989efaf8e9.
- Landtag von Sachsen-Anhalt – Drucksache 7/37
Landtag von Sachsen-Anhalt – Drucksache 7/72

- Landtag von Sachsen-Anhalt – Drucksache 7/280
Landtag von Sachsen-Anhalt – Drucksache 7/286
Landtag von Sachsen-Anhalt – Drucksache 7/889
Landtag von Sachsen-Anhalt – Drucksache 7/1044
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/5
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/7
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/9
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/10
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/11
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/12
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/14
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/15
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/16
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/17
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/19
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/20
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/21
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/22
Landtag von Sachsen-Anhalt – Stenograf. Bericht 7/73
- Machowecz, Martin (2016):** Wir sind dagegen!, in: Die Zeit, 8.9.2016.
- Miteinander e. V. (2017):** Kulturkampf von rechts. Ein Jahr AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt, Magdeburg.
- Miteinanderaktuell**, unter: www.miteinander-ev.de/index.php?action=download&id=528v.
- Mitteldeutscher Rundfunk (2016a):** Poggenburg bleibt AfD-Fraktionschef, unter: www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/wiederwahl-poggenburg-afd-fraktion-100.html [30.11.2017].
- Mitteldeutscher Rundfunk (2016b):** Zulagen: Fraktionen werfen AfD Augenwischerei vor, unter: www.mdr.de/sachsen-anhalt/landespolitik/streit-funktionszulagen-landtag-100.html [30.11.2017].
- Mitteldeutscher Rundfunk (2016c):** AfD Chef Poggenburg erntet Shitstorm für Tweet, unter: www.mdr.de/sachsen-anhalt/afd-chef-poggenburg-erntet-shitstorm-fuer-tweets-100.html [30.11.2017].
- Mitteldeutscher Rundfunk (2016d):** Interview mit André Poggenburg, unter: www.mdr.de/nachrichten/identitaere-bewegung-im-harz-100_zc-fd08c406_zs-950f04ff.html [6.4.2017].
- Patriotische Plattform (2016):** WIR SIND IDENTITÄR!, unter: <https://archive.is/zZkjh> [30.11.2017].
- Poggenburg, André, u. a. (2016):** «Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung», unter: <http://www.afdfraktion-lsa.de/wp-content/uploads/2016/11/Fruhsexualisierung.pdf> [30.11.2017].
- Rath, Marc (2016):** Poggenburg will Sieg wie Trump, in: Volksstimme, 12.11.2016.
- Roi, Daniel u. a. (2016):** «Ruf der Vernunft aus Sachsen-Anhalt», unter: www.mz-web.de/blob/24261838/c4150eade02621b677a6c10d16afce81/d-afd-200616-data.pdf [1.2.2018].
- Sachsen-Anhalt Rechtsaußen (2016):** AfD Sachsen-Anhalt, neonazistische Burschenschaften und Identitäre Bewegung, unter: <https://lsa-rechtsausen.net/afd-sachsen-anhalt-neonazistische-burschenschaften-und-identitaere-bewegung/> [30.11.2017].
- Schierholz, Alexander/Eichler, Hagen (2017):** AfD-Auftritt an Uni Magdeburg. In problematischer Gesellschaft, in: Mitteldeutsche Zeitung, 17.1.2017.
- Steiner, Thomas (2015):** Die AfD stellt sich neu auf: «Wir sind die Pegida-Partei», in: Badische Zeitung, 6.7.2015.
- Tagesschau (2017):** Faktenfinder v. 21.6.2017, unter: <http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/afd-leaks-101.html> [30.11.2017].

4 ENTWICKLUNG DER AFD IM LANDKREIS STENDAL

4.1 ORGANISATIONSENTWICKLUNG

4.1.1 Allgemeine Entwicklung der Parteistruktur

Nach eigenen Angaben wurde der Kreisverband der AfD Stendal am 19. Februar 2014 gegründet. Die Gründung fand damit fast ein Jahr nach der Gründung des Landesverbands Sachsen-Anhalt sowie deutlich nach der Parteigründung und nach der Bundestagswahl 2013 statt, gleichzeitig aber unmittelbar vor den Wahlen zum Europaparlament und den Kommunalwahlen im Landkreis Stendal am 25. Mai 2014. Bei Facebook – bis heute zentrales Medium des Verbands – wurde eine eigenes Profil Mitte Juni 2014 unter www.facebook.com/afd.stendal/ angelegt. Erst zum Jahresende 2016 ging die eigene Homepage unter afd-stendal.de online. Zu den Mitgliedern der ersten Stunde gehörten unter anderem die heutigen Aktivposten aus Stendal und Tangermünde Dietrich Gehlhar (seitler Kreisvorsitzender), Matthias Büttner sowie Vater und Sohn Andreas und Ulrich Siegmund. In einem AfD-Post zur «Feier» des über einjährigen Bestehens hieß es am 26. April 2015:

Wir sind Bürger aus allen Teilen der Gesellschaft und aus allen Altersgruppen; und doch vereint uns etwas: Die Liebe zu unserer Heimat, das Unverständnis über die Handlungen unserer Regierung und der Wille, selbst mit anzupacken. Dies wird über Generationen hinweg die letzte Chance sein, unsere kulturelle Identität zu erhalten und ihrer Historie entsprechend weiterzuentwickeln. Wir sprechen unverblümt die Wahrheit aus und lassen uns nicht den Mund verbieten! [...] Egal wo Du herkommst, egal wie alt Du bist und egal was Du gelernt oder studiert hast. Bei uns zählt der Mensch. (AfD Stendal FB)

Auf dem Kreisparteitag nach dem ersten eigenen Wahlantritt kamen Ende November 2015 16 Mitglieder zusammen. Einstimmig wiedergewählt wurde Dietrich Gehlhar aus Tangermünde als Kreisvorsitzender. Darüber hinaus wurden Stefan Brinkmann als Schriftführer, Matthias Büttner als stellvertretender Vorsitzender, Christopher Opitz als Kassenwart und Ulrich Siegmund als Beisitzer/Presseverantwortlicher in den Vorstand gewählt. Später wurde, auch um dem Mitgliederwachstum Rechnung zu tragen, der Vorstand um Andreas Siegmund (Organisationsbeauftragter) und Susanne Schubert (Beisitzerin) erweitert. Statt Brinkmann fungiert aktuell Burkhard Jochemzyk als Schriftführer (AfD Stendal I).

Während zunächst Privaträume für die Treffen genutzt wurden, gelang es im Zusammenhang mit dem Wahlerfolg bei den Landtagswahlen 2016 und der finanziellen sowie strukturellen Stärkung durch den Mitgliederzuwachs, eigene Räumlichkeiten zu mieten. Das Abgeordnetenbüro von Ulrich Siegmund und die Kreisgeschäftsstelle in der Stendaler Innenstadt wurden im April 2016 bezogen und offiziell am 1. Juli 2016 eingeweiht. Als Büromitarbeiter beschäftigte Siegmund Matthias Büttner. Bereits zwei Wochen später wurde das neue Büro erstmals Ziel eines Angriffs und

Scheiben gingen zu Bruch. Der Kreisverband setzte 500 Euro Belohnung aus. Eine Belohnung in gleicher Höhe wurde auch im Januar 2017 für Hinweise zu einem Sprayer, der zahlreiche «Fick die Kripo»-Sprühereien in Stendal platziert hatte, ausgesetzt. Die nächsten Angriffe auf das Büro mit zerstörten Scheiben folgten im September 2016, mit Sprühereien «Fuck Nazis» im März 2017 (auch hier versprach man 600 Euro Belohnung für Hinweise) sowie mit Teerfarbe und Sprühereien Ende April 2017, wobei die AfD von einem Schaden in Höhe von 20.000 Euro sprach (AfD Stendal FB).

In regelmäßigen Abständen informierte die Partei über Neueintritte, bei denen es sich vor allem um männliche und im Durchschnitt recht junge Menschen handelt, die zuvor nicht Mitglied einer anderen Partei gewesen waren. Öffentlichkeitswirksame Parteiwechsel vollzogen Ulrich Siegmund, der zuvor CDU-Mitglied gewesen war, und Arno Bausemer, der im Januar 2016 von der FDP aus übertrat. Vor allem im Zuge der Landtagswahlen stieg im März 2016 die Anzahl der Mitglieder auf schätzungsweise über 30 an (ebd.).

Am 18. März 2017 wurde ein regionaler Ableger des AfD-Jugendverbands «Junge Alternative» in einem gesamt-altmärkischen Kreisverband gegründet. Als «aktive Patrioten» wolle man «die Rückkehr zu Recht und Ordnung in Deutschland und besonders in der Altmark stärken» (ebd.). Mit Jan Wenzel Schmidt, Frank Pasmann und Martin Reichardt als Gästen wurde Arno Bausemer zum Vorsitzenden sowie Matthias Fritze zu seinem Stellvertreter gewählt (ebd.).

4.1.2 Einbindung in die Strukturen der Gesamtpartei

Mit zunehmender Festigung der Kreisstruktur wuchs auch die Einbindung des Kreisverbands in Strukturen der Gesamtpartei. Waren es zu Beginn vor allem mediale und einzelne praktische Begleitungen von Wahlkämpfen in den benachbarten Bundesländern (u. a. in Wittenberge während der Landtagswahl 2014 in Brandenburg), steigerte sich dies zunehmend. Bereits 2015 war man Gastgeber eines Landesparteitags gewesen, der am 18. April in Ziegenhagen in der Nähe von Stendal stattgefunden hatte. Auch die Mitglieder aus Stendal reisten zu Parteitag. Zum ersten Mal dokumentiert wurde die Reise zum Parteitag in Hannover Ende November 2015. Die Teilnahme am Stuttgarter Parteitag im Mai 2016 mit drei Vertretern (Büttner, Bausemer und Siegmund) wurde durch ein «Selfie» mit Alexander Gauland festgehalten (ebd.).

Auffällig war die Zurückhaltung in Hinblick auf die meisten innerparteilichen Turbulenzen. Weder die Querelen um Bernd Lucke noch der Streit zwischen den Flügeln in den Jahren 2015 und 2016 wurden kommentiert. Erst im Februar 2017 gab es eine Positionierung, als der Stendaler Kreisverband zusammen mit allen anderen Kreisverbänden in Sachsen-Anhalt eine

Erklärung verabschiedete, die den Bundesvorstand aufforderte, «das Parteiausschlussverfahren gegen Björn Höcke zurückzunehmen und die Partei einheitlich in den Bundestagswahlkampf zu führen. Ziel muss es sein, ein möglichst gutes Wahlergebnis für die AfD zu erzielen, damit endlich Politik für unser deutsches Volk gemacht wird» (ebd.).

In den Landesstrukturen ist die Partei seit 2016 durch Arno Bausemer und Matthias Büttner vertreten. Nach den Zerwürfnissen im Landesvorstand rückte Arno Bausemer als stellvertretender Schatzmeister für die zurückgetretene Yvonne Sturm nach. Nach Teilnahmen an Veranstaltungen der «Jungen Alternative» rückte die Kreis-AfD durch Matthias Büttner auch personell in die Landesstrukturen der «Jungen Alternative» auf, als er am 25. November 2017 in deren Landesvorstand gewählt wurde (ebd.).

4.2 PARTEIARBEIT UND THEMENAGENDA

4.2.1 Aktivitäten der Kreispartei

Ab der Jahresmitte 2015 lud die Stendaler AfD zu öffentlichen Veranstaltungen ein. Den Auftakt machte am 17. Juni 2015 eine Veranstaltung mit dem Titel «Asylbewerberheime und Bürgerbeteiligung». Als Gäste waren Steffen Schroeder, Landeschef der «Jungen Alternative» in Sachsen-Anhalt, der Brandenburger JA-Landeschef Jean-Pascal Hohm sowie die AfD-Funktionäre Daniel Roi und André Poggenburg geladen. Unter den Gästen war auch Andreas Kalbitz, Mitglied des Landesparlaments Brandenburg. Anlässlich der Wiederholungswahl zur Stendaler Stadtratswahl trat die AfD auch mit einer Aktion in der Stendaler Innenstadt in Erscheinung: Gemeinsam mit Landeschef Poggenburg und einem halben Dutzend Sympathisant_innen trug man symbolisch die «Demokratie zu Grabe» – ausgestattet mit einem schwarzen Sarg und Schildern mit der Aufschrift «Wahlbetrüger abwählen» schaffte es die Aktion bis in die MDR-Nachrichten «Sachsen-Anhalt heute» (ebd.).

Die aufkommenden Proteste gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wurden zunächst vor allem medial begleitet und dadurch unterstützt. Als sich auch in Stendal eine flüchtlingsfeindliche Bewegung formierte, hielt sich der Kreisverband jedoch weitgehend zurück. Die rassistische Bürgerbewegung Altmark veranstaltete am 25. Oktober 2015 einen großen Aufmarsch. Als Unterstützer fungierten «Bürgerbewegte» aus dem brandenburgischen Havelland sowie Personen aus flüchtlingsfeindlichen und extrem rechten Zusammenschlüssen aus Sachsen-Anhalt, unter anderem von Magida, der NPD, aus dem Umfeld der Kameradschaften und Autonomen Nationalisten sowie Sympathisant_innen der «Identitären Bewegung». Einige Mitglieder, darunter auch Matthias Büttner, tauten zu Beginn der Veranstaltung an deren Rand auf, beteiligten sich dann aber nicht am anschließenden Marsch durch die Stadt. An den weiteren Aufmärschen nahmen sie ebenfalls nicht teil und vermieden damit ein gemeinsames Auftreten mit diesen sich weiter ra-

dikalisierenden Personen in der Öffentlichkeit. Gegenseitige «Besuche» wurden im Unterschied dazu wohl als weniger problematisch empfunden: Sowohl Sympathisant_innen als auch die Gründungsmitglieder der Bürgerbewegung Altmark nahmen an späteren AfD-Veranstaltungen teil und bekundeten mehrmals ihre Sympathien für die Partei (vgl. hierzu Brahms 2016a u. Presseservice Rathenow 2016).

So kamen zum Beispiel auch Gäste aus diesen Reihen zu einer größeren Veranstaltung, die die Partei im Zuge des Landtagswahlkampfes auf die Beine stellte: Am 25. Februar 2016 begrüßte man das Bundesvorstandsmitglied Georg Pazderski in Tangermünde. Auf dem Elbe-Ausflugsdampfer «Präsident» sprach er – nach eigenen Angaben vor 120 Besucher_innen – über die europäische Sicherheits- und Außenpolitik. Zugleich diente die Veranstaltung auch als Wahlkampfauftritt für den Direktkandidaten zur Landtagswahl, Ulrich Siegmund, der 2016 über die Liste in den neuen Landtag einzog.

Um dem Versprechen der Bürgernähe öffentlichkeitswirksam nachzukommen, trat Siegmund in den ersten Monaten nach der Wahl auch mit einigen öffentlichen Bürgersprechstunden in Erscheinung, ein Angebot, das jedoch nach und nach einschlief. Neben Infoständen wurden andere Gelegenheiten genutzt, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, so unter anderem bei zwei Stendaler Firmenläufen, bei denen die Kreis-AfD eine eigene Staffel ins Rennen schickte. Geplant war auch die Teilnahme André Poggenburgs und Ulrich Siegmunds an einer Podiumsdiskussion «Checkpoint Demokratie» im Theater der Altmark in Stendal – die Schauspielerin Renan Demirkan hatte im September 2016 «zum Gespräch über Demokratie und Rassismus» eingeladen. Nach Kontroversen unter den Organisator_innen über die AfD-Teilnahme wurde diese kurzfristig abgesagt – worauf im Anschluss in der AfD gern mit dem «Märtyrer-Narrativ» Bezug genommen wurde (Brahms 2016b).

Seit September 2016 erprobt die Kreis-AfD ein neues Aktionsformat in ihrer Geschäftsstelle, sogenannte Bürgerstammtische: Am Vormittag jedes ersten Sonntags im Monat kommen Mitglieder und Sympathisant_innen zusammen, um sich über politische Themen auszutauschen. Im Februar 2017 hieß es, man sei mit 32 Besucher_innen an seine räumlichen Grenzen gestoßen. Ähnlich gut besucht soll auch ein Sommerfest im Juni 2017 gewesen sein. Im August 2017 fand der Stammtisch zum ersten Mal außerhalb der Kreisstadt in Tangerhütte statt. Auch die Veranstaltungsreihe der Landtagsfraktion mit dem Titel «Fraktionsdialog» machte Station im Landkreis Stendal: Oliver Kirchner (1. stellv. Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Arbeit, Soziales und Integration) und Ulrich Siegmund (gesundheitspolitischer Sprecher) informierten am 28. Juni 2017 in Tangermünde zu Fragen der Gesundheits-, Familien- und Bildungspolitik sowie zu den Themen Asyl und Innere Sicherheit (AfD Stendal FB).

4.2.2 Entwicklung der inhaltlichen Ausrichtung

Die Themen, die die Kreis-AfD vor allem in den sozialen Netzwerken aufgriff, spiegeln den Grundtenor der Gesamtpartei wider. Zu Beginn standen vor allem die Rundfunkgebühren sowie die Themen Sicherheit, Europa und Euro-Rettung mit einer starken Kritik an den Krisenländern im Vordergrund. Vereinzelt wurde auch auf die Themenbereiche Asyl und Migration sowie «Frühsexualisierung» und Gender Bezug genommen. Kritisch betrachtet wurden auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und auch der eingeführte Mindestlohn. Zu diesem äußerte man: «Die AfD fordert die Abschaffung vom Mindestlohn, besonders in Sachsen-Anhalt sind Arbeitsplätze gefährdet! Während viele um Ihren Job bangen, verhandelt Merkel schon nützliche Schlupflöcher für Presse und CDU» (ebd.). Geteilt wurden vor allem Beiträge aus großen und anerkannten privaten und öffentlichen Medienanstalten. Zuweilen bediente man sich aber auch bei der *Jungen Freiheit* oder bei dem Sender RT (ehemals *Russia Today*). Wirklich eigene Äußerungen waren selten. Medial begleitet wurden auch die Arbeit und die Äußerungen der Europaparlamentarier_innen, vor allem von Bernd Lucke und Beatrix von Storch. Großen Raum nahm als lokales Thema vor allem der Stendaler Wahlbetrug ein und auch die aufkommende Pegida-Bewegung wurde wohlwollend reflektiert (ebd.).

In der ersten Jahreshälfte 2015 wurden auf der Facebook-Seite zunehmend auch eigene Verlautbarungen durch Pressesprecher Ulrich Siegmund veröffentlicht. Zu dem breiten Themenspektrum gehörte: Euro-Rettung, Fracking, die Sommerzeit, der Ausbau der A14, aber auch Themen des Tierschutzes. Ab der zweiten Jahreshälfte 2015 verschob sich der Fokus hin zu einer deutlichen Kritik an der Flüchtlingspolitik und zu Werbung für die Protestveranstaltungen der AfD «gegen das Politikversagen», zu denen der Landesverband in Sachsen-Anhalt aufrief. Gäste bei diesen Demonstrationen waren unter anderem Björn Höcke, Alexander Gauland, Frauke Petry und Andreas Kalbitz. Auch der Ton gegenüber den anderen Parteien wurde zunehmend schärfer und die Wortwahl in Hinblick auf das Themengebiet drastischer. So sprach man in einem Statement am 13. Januar 2016 von einem «suizidären Selbstvernichtungskurs» durch die Flüchtlingspolitik. Mit den näher rückenden Landtagswahlen verschob sich der Fokus dann verständlicherweise auf Spendenaufrufe und auf Aufrufe, sich an der Materialverteilung zu beteiligen. Die Wahlen bezeichnete man in einem Post am Wahltag, dem 13. März 2016, als «unsere Chance, einen neuen und besseren Weg einzuschlagen. Es ist wieder Zeit, die eigenen Gesetze einzuhalten, den europäischen Frieden zu bewahren und eine Politik zum Wohle des deutschen Volkes zu gestalten» (ebd.). Nach dem Einzug der AfD in den Landtag richtete sich die Arbeit der Kreis-AfD vor allem auf die mediale Begleitung landespolitischer Themen und auf die Auftritte des Stendaler AfD-Abgeordneten Ulrich Siegmund (ebd.).

Drastisch in der Wortwahl traten einzelne Mitglieder vor allem in den sozialen Netzwerken auf. Ein besonderes Beispiel bot Arno Bausemer, der unter anderem einen Prozess gegen einen 34-jährigen Iraner wegen sexuellen Missbrauchs einer Minderjährigen auf der AfD-Facebook-Seite am 23. Februar 2016 folgendermaßen kommentierte: «Dieses Schwein gehört lebenslang weggesperrt, und zwar in den dreckigsten Knast von Teheran! Wenn man den Artikel richtig liest, dann wurde dieser Untermensch ja von seiner Anwältin sogar noch zur Lüge vor Gericht angestiftet. Einfach nur widerlich.» Er war es auch, der in Schönhausen/Elbe zusammen mit Matthias Büttner und Jan Wenzel Schmidt vor Kanonen vor dem Bismarck-Museum posierte. Später unterstützte die AfD in einem Post am 11. August 2016 auch die Wiederaufstellung eines Gedenksteins für die Wenck-Armee (ein Wehrmachtverband, der Hitlers letzte Hoffnung zur Befreiung Berlins sein sollte, an der Elbe gegen die Rote Armee kämpfte und sich dann westlich der Elbe den Amerikanern ergab) in Schönhausen mit den Worten: «Ein Land, das seiner gefallenen Soldaten nicht mehr gedenkt, ist am Ende» (AfD Stendal FB).

4.3 WAHLERGEBNISSE UND PARLAMENTARISCHE ARBEIT

4.3.1 Überblick zu Wahlteilnahmen und -ergebnissen

Noch bevor es Kreisstrukturen der AfD im Landkreis Stendal gab, fanden 2014 die Europawahlen statt. Dabei erhielt die Partei in Stendal 2.132 bzw. 5,3 Prozent der Stimmen (Statistisches Landesamt 2014). Bei der Stadtrats- und Kreistagswahl in Stendal 2014 trat sie nicht an. Aufgrund einer Fälschung der Briefwahl durch ein CDU-Mitglied wurde eine Wiederholung der Stadtratswahl nötig, die der Kreis-AfD die erste Chance zu einem eigenen Wahlantritt bot.⁹ Im Februar 2015 verkündete man, bei den Wahlen, die am 21. Juni 2015 stattfinden sollten, mit zwei Kandidaten anzutreten. Der beruflichen Tätigkeit Ulrich Siegmunds geschuldet (er hat ein Unternehmen gegründet, das Raumbeduftungen anbietet), verteilte die AfD duftende Flyer im Stadtratswahlkampf. Zudem brachte sie es in die landesweiten Nachrichten mit der bereits erwähnten Aktion, die «Demokratie zu begraben». Zur Wahl traten der damals 24-jährige Informatiker Matthias Büttner sowie der 28-jährige Vertriebsleiter Tom Klein an. Im Wahlkampf versprachen sie frischen Wind, Bürgernähe und Heimatverbundenheit und sprachen sich für direkte Demokratie, Tier- und Umweltschutz, Schuldenabbau und eine «humanitäre Asylpolitik» aus. Am Ende reichte das Ergebnis von 612 bzw. 2 Prozent der Stimmen (Landkreis Stendal 2015), das mit einem Dutzend Mitgliedern und Sympathisant_innen auf einer Garagenparty gefeiert wurde, für den Kandidaten Matthias Büttner, um in den Stendaler Stadtrat einzu-

⁹ Vgl. hierzu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Stendaler_Wahlbetrug.

ziehen, dem er seither angehört (AfD Stendal FB). Das beste Ergebnis erreichte die AfD in einem Wahllokal im Stendaler Stadtteil Stadtsee mit 5 Prozent. Über seine physische Präsenz in der Kommunalvertretung ist das Engagement von Matthias Büttner bisher jedoch nicht hinausgegangen. Er entfaltete keinerlei eigene Aktivitäten, sondern nahm lediglich an den Sitzungen und an der Abstimmung über Anträge anderer Fraktionen teil.

Die erste große Wahl stand mit den Landtagswahlen am 16. März 2016 an. Im Wahlkampf wurde plakatiert und regelmäßig zu Spenden aufgerufen und auch dazu, Beschädigungen zu melden sowie Täter auf «frischer Tat» zu stellen und das Geschehen zu fotografieren. Lediglich in einem der drei Wahlkreise, im Landkreis Stendal, stellte man mit dem Tangermünder Ulrich Siegmund einen Direktkandidaten. Die beiden anderen Wahlkreise blieben von der AfD unbesetzt. Prominentere Unterstützung erhielt Siegmund unter anderem bei einer Wahlkampfveranstaltung in Tangermünde von dem Berliner AfD-Funktionär Georg Pazderski. Auch im ostelbischen Schönhausen wurde eine Veranstaltung abgehalten, die zu Kandidaten und Programm der AfD informieren sollte. Brandenburgische Unterstützung kam kurz vor der Wahl auch in Form eines Besuchs von Andreas Kalbitz, der in einem Stendaler Hotel zum Thema «Asylchaos» sprach und dabei nach eigenen Angaben von 30 Besucher_innen empfangen wurde.

Im Landkreis Stendal erhielt die AfD 5.459 und damit 25 Prozent der Stimmen, im Landkreis Havelberg-Osterburg 5.524 Stimmen (24,2 Prozent) und im Landkreis Jerichower Land/Wahlkreis Genthin bekam sie 6.271 Stimmen (25,2 Prozent). Dort war auch Ulrich Siegmund angetreten und als Direktkandidat mit 27,4 Prozent denkbar knapp an seinem CDU-Gegner gescheitert, der auf 30,5 Prozent kam. Über den Listenplatz 15 gelang Siegmund dennoch der Einzug in den neuen Landtag (Statistisches Landesamt 2016). Damit lag man auf dem Niveau des Landesergebnisses von 24,3 Prozent der Zweitstimmen. In der Stadt Stendal kam man in neun Wahllokalen (davon auch in den vier im Stadtteil Stadtsee) und im Landkreis in 27 weiteren Lokalen über die 30-Prozent-Marke. Absolute Spitzenwerte hatte man in den Ortschaften Scharlibbe (46,5 Prozent/40 Stimmen) und Gagel (53,7 Prozent/29 Stimmen) erzielt (ebd.). Der Erfolg wurde folgendermaßen kommentiert:

Dass am Ende immer das Gute siegt, wurde uns gestern Abend bewiesen. Wir sind sprachlos und unendlich dankbar für das Vertrauen, welches über 24 Prozent der Wähler in Sachsen-Anhalt in uns gesetzt haben. Bis tief in die Nacht feierten wir mit insgesamt etwa 35 Mitgliedern, Freunden und Sympathisanten, welche nach und nach in unsere Geschäftsstelle einkehrten. (AfD Stendal FB)

Die nächste kommunalpolitische Abstimmung bot sich der AfD am 23. Oktober 2016 mit den Wahlen für den Posten des Verbandsgemeinde-Bürgermeisters im Elbe-Havel-Land. Dort trat das aus der Region stammende Ex-FDP-Mitglied Arno Bausemer an. Sich sicherlich gute Chancen ausrechnend, scheiterte er jedoch kläg-

lich und schied mit nur 317 Stimmen (8,7 Prozent) und dem damit schlechtesten Ergebnis aller Bewerber_innen vor der Stichwahl aus (Statistisches Landesamt 2017a).

Am 21. Januar 2017 läutete die AfD in der gesamten Altmark dann die Vorbereitungen für die Bundestagswahlen 2017 ein. Die beiden Kreisverbände in der westlichen und östlichen Altmark kürten den Stendaler Matthias Büttner, der sich «mit ganzem Herzen» für seine «Heimat und für unser deutsches Vaterland» einsetzen wollte, in Bismark im Landkreis Stendal zu ihrem Direktkandidaten im Wahlkreis 66 Altmark. Er erhielt 28 von 30 möglichen Stimmen auf der Versammlung beider Kreisverbände. Auf dem chaotischen Wahlparteitag in Badebron wurde Büttner Ende März 2017 hinter Martin Reichhardt und Frank Pasemann auf den dritten Platz der Liste der Landes-AfD für die Bundestagswahlen und damit auf einen aussichtsreichen Platz gewählt. Kommentar der Kreis-AfD: «Jetzt werden wir die Ärmel hochkrepeln und den Linkspopulisten und Rechtsbeugern eine gesunde Portion Patriotismus entgegenstellen!» (AfD Stendal FB).

Der Wahlkampf wurde aufwendiger als sonst geführt: So wurden Plakate geklebt und verschiedene Besuche abgestattet, so unter anderem bei der gegen einen Windparkbau gerichteten Bürgerinitiative «Pro Jeetzetal» und einer Stendaler Grundschule. Neben einem Wahlkampfmobil, einer Schwalbe und einer Simson 51 in blau kam in der Schlussphase des Wahlkampfes auch noch ein VW-Polo in «AfD-Blau» zum Einsatz. Sogar ein Flugzeug-Werbebanner für die AfD war in den drei Tagen vor der Wahl am Himmel über Stendal zu sehen.

Auffällig war, anders als bei Ulrich Siegmund, das fast vollständige Fehlen des Kandidaten Büttner bei den öffentlichen Wahlforen. Lediglich bei der Havelberger Pionierkameradschaft war er zugegen. Teilgenommen hat er auch an einem «Dialog» im Stendaler Stadtteil Stadtsee. Im Tandem standen Politiker dort Anwohner_innen und Passant_innen Rede und Antwort. Sein Auftritt mit dem FDP-Kandidaten Marcus Faber sorgte für besonderes mediales Echo. Von Faber auf die Äußerungen von Beatrix von Storch zum Waffeneinsatz gegen Flüchtlinge angesprochen, wich Büttner erst aus und sprach dann von der Notwendigkeit für Grenzschrützer, sich bei Gefahr wehren zu können oder «wenn jemand illegal oder böswillig die Grenze übertritt». Er verglich die Situation an der Grenze mit einem Einbruch im eigenen Haus. Der FDP-Politiker ließ nicht locker und fragte immer wieder, ob er auch auf Frauen und Kinder schießen lassen würde. Schließlich sagte Büttner «Ja», was Faber sogleich in den sozialen Netzwerken kommentierte. Büttner sprach im Anschluss von aus dem Zusammenhang gerissenen Worten in einer aufgeheizten Gesprächssituation und verwehrte sich «dagegen, auch wenn Herr Faber es mir immer und immer wieder in den Mund legen wollte, auf unbewaffnete Menschen zu schießen. Von dieser Inhumanität distanziere ich mich natürlich völlig» (Lyko 2016).

Die Hauptveranstaltung in Büttners Wahlkampf stellte ein Bürgerforum der AfD am 13. September 2017 in Tangermünde unmittelbar vor den Wahlen dar, dem laut AfD 100 Personen beigewohnt haben sollen. Dabei wurde Büttner neben Ulrich Siegmund auch von Spitzenkandidat Martin Reichhardt und Landeschef Poggenburg unterstützt (AfD Stendal FB). Bei der Direktwahl und auch bei den Zweitstimmen im Kreis nur Vierter, gelang wie zuvor Siegmund auch Büttner der Sprung ins Parlament über die Landesliste. Während er mit der Erststimme altmarkweit 10.926 Stimmen und damit 17,5 Prozent erhielt, gaben 11.067 bzw. 17,7 Prozent der Wähler_innen der AfD ihre Zweitstimme. Aufgrund der landesweit erzielten 19,6 Prozent konnten vier Abgeordnete der Landesliste in den neuen Bundestag einziehen (Statistisches Landesamt 2017b).

Hochburgen im Landkreis Stendal bildeten auch hier wieder die Stadtsee-Wahllokale sowie fünf weitere Wahllokale in der Stadt Stendal mit Werten über 20 Prozent und einem Spitzenwert von 29 Prozent im Stadtsee-Wahllokal «Pestalozzischule». In 27 weiteren Wahllokalen überschritt die AfD im Landkreis Stendal die 20-Prozent-Marke. Hochburgen dort waren unter anderem Werben (Elbe) mit 27,2 Prozent, Scharlibbe mit 28,9 Prozent, Sydow mit 34 Prozent, Jederitz mit 30,9 Prozent, Vehlgast-Kümmernitz mit 31,9 Prozent und Wanzer mit 29,3 Prozent (Landkreis Stendal 2017).

4.3.2 Bisherige parlamentarische Arbeit

Die bisherige parlamentarische Arbeit ist nur durch den Landtagsabgeordneten Ulrich Siegmund erfolgt. Während Matthias Büttner im Stendaler Stadtrat keinerlei nennenswerte Aktivität gezeigt hatte, steht seine Bewährung im neuen Bundestag noch aus. Bei der Menge an Abgeordneten und der bisherigen Aktivität dürfte jedoch zu bezweifeln sein, dass er eine tragende Rolle in der neuen Fraktion einnehmen wird. Siegmund hingegen zeigte sich bisher deutlich aktiver. Er bekleidet in der Landtagsfraktion die Position des Sprechers für Gesundheitspolitik. Insgesamt stellte er bisher über 20 Kleine Anfragen, viele davon zum Thema Gesundheitspolitik, aber auch zu anderen Themen, darunter «Überprüfung von eigenem Vermögen bei Asylbewerbern», «Telekommunikationsüberwachung» oder «Pflichtteilnahme an kulturellen Veranstaltungen im Rahmen der erzieherischen Ausbildung». Daneben finden sich auch Anfragen mit Bezug zu seinem Wahlkreis. Eine, unter dem Titel «Herz statt Hetze», fällt in den Kontext der parlamentarischen Antifa-Arbeit. Mit Bezug zu einer gegen einen rechten Aufmarsch in Stendal gerichteten Veranstaltung fragte Siegmund unter anderem nach direkten und indirekten Förderungen der Initiative «Herz statt Hetze» durch die Landesregierung und den Kosten für den Polizeieinsatz bei Demonstrationen der Organisation «Thügida» sowie eine Gegendemonstration des Bündnisses «Herz statt Hetze» (Landtag von Sachsen-Anhalt 2017). Zudem stand er selbst mehr als drei Dutzend Mal vor dem Plenum am Rednerpult.

Auch außerhalb des Plenarsaals war er aktiv: etwa als Initiator einer interfraktionellen Tagung in Magdeburg im November 2016, die ein Papier gegen «Frühsexualisierung» von Kindern entwarf (vgl. hierzu Kapitel 3.4.2). Drastische Worte fand Siegmund jüngst auch zu einer Aktion der Projektgruppe «Schule ohne Rassismus» an einem Osterburger Gymnasium. Anlässlich der Wahlergebnisse der Bundestagswahl und ohne explizite Nennung der AfD hatte die Projektgruppe ihre Mitschüler_innen aufgerufen, mit bunten T-Shirts ein Zeichen für Vielfalt und Toleranz zu setzen. Ein Artikel in der *Altmark Zeitung*, der dies als «Zeichen gegen das Abschneiden der AfD» deutete, rief wütende Reaktionen der AfD hervor (Walter 2017). In einer Erklärung diffamierte Siegmund die Aktion als «antidemokratische Indoktrinierung», «Gehirnwäsche» und sprach von «Zustände[n] wie im Dritten Reich» (Altmark Zeitung, 2.10.2017).

Bernd Linke

LITERATUR

AfD Stendal FB: Facebook-Auftritt der Alternative für Deutschland/Kreisverband Stendal, unter: www.facebook.com/afd.stendal/.

AfD Stendal I: Internetseite der Alternative für Deutschland/Kreisverband Stendal, unter: <https://afd-stendal.de/>.

Brahms, Bernd-Volker (2016a): Nachhilfeabend zur Ausstattung der Bundeswehr, in: *Volksstimme*, 27.2.2016.

Brahms, Bernd-Volker (2016b): TV-Star sprengt Stendaler Podium, in: *Volksstimme*, 9.11.2016.

Bausemer, Arno (2016): Private Facebook-Seite, unter: www.facebook.com/photo.php?fbid=1010083239128728&set=a.388465644623827.1073741826.100003811846697&type=3&theater [3.12.2017].

Landkreis Stendal (2015a): Wahlergebnisse der Wiederholung der Stadtratswahl 2015, unter: www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/ew14/index.html [3.12.2017].

Landkreis Stendal (2016): Wahlergebnisse der Landtagswahl 2016, unter: www.landkreis-stendal.de/static/wahlen/app/ltw2016.html [3.12.2017].

Landkreis Stendal (2017): Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2017, unter: www.landkreis-stendal.de/static/wahlen/app/btw2017.html [3.12.2017].

Landtag von Sachsen-Anhalt (2017): Kleine Anfrage – KA 7/75 «Herz statt Hetze», Drucksache 7/1390, unter: www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d1390aak.pdf.

Lyko, Donald (2017): Ein verhängnisvolles «Ja», in: *Volksstimme*, 18.9.2017.

Presseservice Rathenow (2016): Tangermünde: «Bürgerbewegung Altmark» blamiert sich, 14.2.2016, unter: <https://presseservicern.wordpress.com/2016/02/14/tangermuende-buergerbewegung-altmark-blamiert-sich-bei-kundgebung/> [5.3.2018].

Statistisches Landesamt (2014): Ergebnis der Europawahl 2014, unter: www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/ew14/index.html [3.12.2017].

Statistisches Landesamt (2016): Ergebnis der Landtagswahlen 2016, unter: www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/lt16/index.html [3.12.2017].

Statistisches Landesamt (2017a): Ergebnis der Wahlen zum Verbandsgemeinde Bürgermeister im

Elbe-Havel-Land: unter: www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/vmvm/index.html [3.12.2017].

Statistisches Landesamt (2017b): Ergebnis der Bundestagswahl 2017, unter: www.statistik.sachsen-anhalt.de/wahlen/bt17/index.html [3.12.2017].

Walter, Alexander (2017): Bunte T-Shirts erzürnen AfD, in: Volksstimme, 7.10.2017.

Anlage 1: Übersicht und Information zu den Mitgliedern der AfD-Landtagsfraktion

Name	geb.	Vita/Beruf	politische Vita	Einzug/Wahlergebnis	Funktion
Gottfried Backhaus	1958	evangelisch-evangelikal, verheiratet, vier Kinder/selbst. Fahrlehrer und Orgelbauer	1989–2013 Gründungsmitglied Neues Forum (Querfurt), 2013 AfD, Kreisvorsitz, Kommunalpolitik, Regionalverband stellv. Vorsitz, Christen in der AfD, Mitteldeutschland	Direktmandat WK 40 Querfurt mit 33,1 %	Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ausschuss für Bildung und Kultur
Matthias Büttner	1983	evangelisch, ledig/Unternehmer	2014 Wählergruppe UWG Salzland, 2014 AfD, Kreisvorsitz, Kommunalpolitik	Direktmandat WK 17 Saßfurt mit 32,1 %	Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr
Jens Diederichs	1963	konfessionslos, verheiratet, ein Kind/Diplom-Ingenieur- u. Pädagoge, Justizvollzugsbeamter	1987–1990 SED, 2011–2014 SPD, 2014 AfD, Kreisvorsitz, Landesvorstand	Direktmandat WK 32 Eisleben mit 31,5 %	Ausschuss für Petitionen, Wahlprüfungsausschuss, Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung
Robert Farle	1950	geschieden, zwei Kinder/Steuerberater, Rechtsanwalt	1968–1992 DKP, Kommunalpolitik, 2015 AfD	Direktmandat WK 33 Saalekreis mit 30,1 %	Parlamentarischer Geschäftsführer, Ausschuss für Finanzen, Unterausschuss Rechnungsprüfung, Ältestenrat
Lydia Funke	1982	konfessionslos, ledig/Umweltwissenschaftlerin (M. Sc.), Bankkauffrau	2014 AfD, Kreisvorsitz, Landesvorstand	Landesliste, 30,8 % (2.) WK 42 Naumburg	Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss für Bildung und Kultur
Andreas Gehlmann	1974	verheiratet, zwei Kinder/Diplom-Ingenieur (FH)	2013 AfD	Direktmandat WK 31 Sangerhausen mit 30,3 %	Ausschuss für Umwelt und Energie
Thomas Höse	1967	Bundeswehrbeamter	2014 AfD	Landesliste	Ausschuss für Inneres und Sport
Oliver Kirchner	1966	verheiratet, zwei Kinder/Automobilkaufmann	2014 AfD	Direktmandat WK Magdeburg I mit 23,9 %	1. Fraktionsvize, Ältestenrat, Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration
Hagen Kohl	1969	verheiratet, zwei Kinder/Verwaltungsbeamter beim LKA	2013 AfD	Landesliste, 14,2 % (4.) WK Magdeburg II	Ausschuss für Inneres und Sport, Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung, Wahlprüfungsausschuss
Mario Lehmann	1970	verheiratet, zwei Kinder/Diplom-Verwaltungswirt (FH), Kriminalhauptkommissar	2014 AfD, Landesvorstand	Landesliste, 26,5 % (2.) WK 30 Quedlinburg	3. Fraktionsvize, Ausschuss für Inneres und Sport
Matthias Lieschke	1970	konfessionslos, geschieden, zwei Kinder/Karosserie- und Fahrzeugbaumeister	2014 AfD, Kommunalpolitik, Landesvorstand	Landesliste, 28,8 % (2.) WK 25 Jessen	Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Hannes Loth	1981	evangelisch, verheiratet, ein Kind/Landwirt	2013 AfD, Landesvorstand	Landesliste, 26,2 % (2.) WK 22 Köthen	Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung, Wahlprüfungsausschuss, Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung

Name	geb.	Vita/Beruf	politische Vita	Einzug/Wahlergebnis	Funktion
Willi Mittelstädt	1947	konfessionslos, verheiratet, ein Kind/Ingenieur für Chemieanlagen und Rohrleitungsbau sowie Wärme- und Kälteisolierung	1973–1989 SED, 2014 AfD	Direktmandat WK 39 Merseburg mit 32,4%	Vizepräsident des Landtages, Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr, Ältestenrat
Andreas Mrosek	1958	konfessionslos, verheiratet, zwei Kinder/Diplom-Ingenieur für Schiffsführung	2002–2012 CDU, Kommunalpolitik, 2002 Listenkandidat der Freiheitlichen Deutschen Volkspartei, 2013 Bürgerbewegung WA, 2013 AfD, Kreisvorsitz, stellv. Landesvorsitzender	Direktmandat WK 26 Dessau-Roßlau mit 25,5%	Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr
Volker Olenicak	1966	konfessionslos, ledig, zwei Kinder/Kaufmann	2013 AfD, Kommunalpolitik, Besuche auf Montagsdemos und einmal Pegida	Direktmandat WK 29 Bitterfeld mit 33,4%	Ausschuss für Umwelt und Energie, Ausschuss für Petitionen, Parlamentarische Kontrollkommission
André Poggenburg	1975	ledig/Behälterbauer, Kaufmann	2013 AfD, seit 2014 Landesvorsitzender, Bundesvorstand, Kommunalpolitik, Höcke- und Flügel-Unterstützer	Direktmandat WK 41 Zeitz mit 31,6%	Fraktionsvorsitzender, Ältestenrat
Alexander Raue	1973	konfessionslos, ledig, zwei Kinder/Angestellter	2000–2013 CDU, 2014 AfD, Kommunalpolitik, Landesvorstand	Direktmandat WK 35 Halle I mit 31,1%	Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Daniel Rausch	1963	verheiratet, vier Kinder/CNC-Programmierer	2013 AfD, Kreisvorsitz	Landesliste	Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie Medien
Tobias Rausch	1990	ledig/Immobilienunternehmer	2013 AfD, 2014 kommissarischer Landesvorsitzender, Kommunalpolitik	Landesliste, 24,9% (2.) WK 19 Schönebeck	2. Fraktionsvize, Ausschuss für Finanzen, Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie Medien, 15. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss
Daniel Roi	1987	ledig (mit S. Sauermann liiert)/Ingenieur Landwirtschaft (B.S., FH)	2013 AfD, Landesvorstand, Kommunalpolitik, 2015 Mitarbeiter der Thüringer AfD-Fraktion, Initiator von «Ruf der Vernunft»	Direktmandat WK 28 Wolfen mit 31,0%	Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Sarah Sauermann	1988	konfessionslos, ledig (mit D. Roi liiert)/Ing.-Architektur (M.A.)	2013 AfD, Kommunalpolitik	Direktmandat WK 21 Bernburg mit 30,8%	Ausschuss für Petitionen
Jan Wenzel Schmidt	1991	konfessionslos, ledig, ein Kind/selbstständiger Unternehmer	2014 AfD, Landesvorstand, Landesvorsitz der Jungen Alternative, Kontakte zur Identitären Bewegung	Landesliste, 20,9% (2.) WK Magdeburg III	Ausschuss für Finanzen, 15. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss
Ulrich Siegmund	1990	römisch-katholisch, ledig/selbstständiger Unternehmer	2008–2014 CDU, 2014 AfD	Landesliste, 27,4% (2.) WK 5 und Genthin	Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie Medien, Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration
Marcus Spiegelberg	1992	evangelisch/freikirchlich, ledig/Student (Geschichte und Ethnologie)	2011–2015 CDU/JU, 2015 AfD und Junge Alternative, Landesvorstand der Jungen Alternativen; Sudentendeutsche Landsmannschaft	Direktmandat WK 43 Weißenfels mit 31,8%	Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration
Hans-Thomas Tillschneider	1978	deutsche Minderheit Rumänien, konfessionslos, ledig, ein Kind/Islamwissenschaftler	1996 FDP, 2013 AfD, Sprecher Patriotische Plattform, Bindeglied zu Pegida und Legida, Landesverband	Direktmandat WK 34 Bad Dürrenberg-Saalekreis mit 30,9%	Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie Medien, Ausschuss für Bildung und Kultur

